

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 18. Juni 1904.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne ober dem Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 35 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (Zettgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 1,10 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erklingt täglich außer Montags.

Zum russisch-japanischen Krieg.

Man schreibt uns: Die Welt steht nicht mehr lang! Schon erschrecken ostasiatische Heiden sich, fromme Christenmenschen zu schlagen. Nur mit der Herrschaft des Teufels ist es zu erklären, daß Truppen, die geweihte Heiligenbilder und Amulette bei sich haben, vor einer Armee davonlaufen, deren überwiegende Mehrzahl die Bibel nicht kennt. Aber nicht genug des Seltsamen! Die Japaner scheinen auch daran nicht zu glauben, daß die Prinzen regierender Häuser geborene Feldherren sind. Man denke an die Besetzung der deutschen Armeeführerstellen in den ersten Monaten des Krieges 1870/71: Die II. Armee wurde vom Prinzen Friedrich Karl von Preußen kommandiert, die III. Armee vom preussischen Kronprinzen, die Maasarmee vom Kronprinzen von Sachsen und nur die I. Armee, die die kleinste war, führte kein Prinz, sondern der General von Steinmetz, der aber bald heimgeschickt wurde, weil er mit dem schon genannten Prinzen Friedrich Karl etwas rauh umsprang und Rokosch Feldherrntum kritisierte. Die Japaner aber vertrauen ihre Armeen simplen Menschen an, die nur Kuroki, Ota und Rodzu heißen. Den Oberbefehl übertragen sie auch keinem Prinzen, sondern nur dem Marquis von Yamagata. Uebrigens scheinen auch die Russen kein übermäßiges Vertrauen auf die Feldherrntalente ihrer Großfürsten zu setzen, denn sie erfreuten keinen einzigen mit einer der leitenden Stellen. Es wurde sogar gemunkelt, Europaßin habe sich die Anwesenheit „hoher Herren“ energisch verboten.

Doch es giebt im ostasiatischen Kriege nicht nur Erscheinungen, die dem lokalen und gottesfürchtigen Staatsbürger befremdlich vorkommen, sondern auch solche, die weniger Gutgesinnte überraschen. Sie bestehen in dem Umstande, daß die Japaner den Krieg zu Wasser und zu Land nach modernem Rezept so sicher führen, wie ein altes europäisches Kriegsvolk, das unter großen Kriegen förmlich herangewachsen ist. Bei den europäischen Militärstaaten hat die Kriegskunst sich langsam und logisch entwickelt. Eine Reihe von großen Kriegen brachten die Erfahrungen, aus denen die Theorien für Taktik und Strategie abgeleitet wurden. Den Japanern aber wurden alles das, was die europäischen Militärmächte im Laufe des letzten Jahrhunderts — ein nicht kleiner Teil der heutigen Strategie beruht noch auf Napoleonischen Prinzipien — an kriegerischen Lehren gesammelt haben, vor ungefähr 20 Jahren künstlich eingeimpft. Nun ist es gewiß, daß jeder vernünftige und gebildete Mensch Taktik, Strategie und Kriegsgeschichte studieren kann; ob er dabei in ihr Wesen eindringt und sie auch praktisch zu verwerten weiß, ist eine andre Frage. Die Japaner aber haben auch den Kern der kriegerischen Theorien vollkommen erfaßt und sie verstehen sich auch auf die Praxis ausgezeichnet. Ihre Kriegsmaschine arbeitete bisher so vorzüglich und sicher, daß man staunen muß. Und dabei ist die Aufgabe, die sie zu lösen haben, das schwierigste Problem, das die Kriegskunst kennt, nämlich ein überseeischer Krieg gegen einen tapferen, wohlbewaffneten Feind. Solchen Operationen haften von vorn herein das Mißliche an, daß es unendlich ist, alle Kräfte auf einmal zu entsaften, denn die Zahl der Truppen, die über das Meer befördert werden können, ist durch die Zahl der vorhandenen Transportschiffe beschränkt. Deutschland begann den Krieg 1870 mit 447 000 Mann, die es sofort auf den Kriegsschauplatz schickte. Eine solche Armee könnte aber auf dem Wasserwege niemals in wenigen Tagen transportiert werden, denn hierzu wären mindestens 300 Transpordampfer nötig, abgesehen von den Kriegsschiffen, die diese Flotte begleiten müßten, um sie vor Angriffen der gegnerischen Kriegsmarine zu schützen. Kommen also bei einem überseeischen Kriege große Truppenmassen in Betracht, so bleibt nur ein Stückweises Einsetzen übrig. Dieses ist aber einem thätkräftigen starken Feinde gegenüber sehr gefährlich, weil es die zuerst gelandeten Truppen der Gefahr aussetzt, mit Uebermacht überfallen und geschlagen zu werden, noch ehe Unterstützung eintreffen kann. Da der Roskowitz aber kein thätkräftiger Gegner ist und seine Kriegsvorbereitungen jämmerlich waren, was bei der russischen Wirtschaft nicht zu verwundern ist, so konnte die erste japanische Armee unter Kuroki nach ihrer Landung in Korea ungehindert gegen die manchurische Grenze vordringen, sich nördlich des Jalu festsetzen und so eine vortreffliche Vorhut für die Landungen der übrigen Armee bilden. Am Jalu bewies die Russen, daß ihre taktischen Pläne recht mangelhaft sind. Zuerst besetzten sie eine Stellung, aus der sie von den Japanern ohne Schwerstrich herausmanövriert wurden; die hierauf gewählte Verteidigung sie mit einer ungenügenden Truppenzahl, und ihre Reserve hielten sie so weit zurück, daß sie nicht rechtzeitig eingreifen konnte. Kaum sah Kuroki in der Gegend von Fongtjwangschong fest, so wurden für ihn mit „affektvoller Geschwindigkeit“ Verstärkungen in der Gegend der Jalu mündung gelandet und außerdem erschien im Süden der Galbinsel Lieutenant General Ota zur Belagerung von Port Arthur auf dem Plan. Prompt schlug er die Russen bei Rimischau, die auch hier wieder nur einen Teil ihrer Kräfte verwendeten. Nicht lange dauerte es und auch die dritte Armee unter General Rodzu landete und besetzte die Linie Port Adams-Biseto-Takushan, wo sie jetzt bereits den russischen General Stakelberg schwer aufs Haupt geschlagen hat. Nach russischen Angaben, die bekanntlich mit großer Vorsicht aufzunehmen sind, soll die erste japanische Armee 122 000 Mann, 272 Kanonen stark sein, die zweite japanische Armee 89 000 Mann mit 476 Kanonen und die dritte Armee 85 000 Mann mit 288 Kanonen betragen. Wahrscheinlich sind die Zahlen übertrieben, da die Russen ihre Klammern wohl mit feindlicher Uebermacht bemänteln wollten. Voraussichtlich halten die Japaner noch eine vierte Armee in Reserve, die sie je nach der Kriegslage später verwenden werden.

Der Roskowitz mobilisiert, nachdem er seine „heitere Gelassenheit“, mit der er nach der Aussage eines russischen Generalstabs-offiziers dem Kriege entgegenschau, gründlich verloren hat, fest drauf los. Da er aber nur eine einzige, noch dazu ein- geleistige Bahn zum Transport von Truppen, Pferden, Proviant, Munition u. c. nach dem Kriegsschauplatz zur Verfügung hat, so ist es sehr fraglich, ob er alle die mobilisierten Truppen ernähren kann. Es sei hier wieder an das Jahr 1870 erinnert. Damals wäre anfangs August in der bairischen Pfalz unfehlbar eine Hungersnot ausgebrochen, wenn die deutsche Armee nicht ihre Vorwärtsbewegung hätte ausführen können. So sehr hatten die 200 000 Mann, die in der Pfalz zum strategischen Aufmarsch versammelt gewesen waren, das reiche Land laßig gelassen. Und die Schlacht von Sedan wäre unmöglich geworden, wenn die deutschen Truppen nach der großen Rechtsabwendung, der die Trains nicht so schnell folgen konnten, nicht in ein reiches Land, das vor kurzem erst die Ernte eingeheimt hatte, hineinmarschiert wären. Die Mandchurie ist aber keine Pfalz und kein Frankreich, sie wird vielmehr nicht allzubiel Lebensmittel bieten. Daher sind die Truppen auf den Nachschub angewiesen, der aber auf einer einseitigen Bahn, die auch durch den Transport von Menschen, Tieren, Munition belastet ist, nicht zu bewältigen sein wird.

Daß Japan zu Lande noch unterliegt, ist unwahrscheinlich. Aber dennoch drohen ihm schwere Stunden, wenn die russische Ostsee-Flotte, die über kurz oder lang nach Ostasien geschickt werden wird, sich Port Arthur nähert und dieses von den Japanern noch nicht erobert ist. Dann naht die Entscheidung des Krieges überhaupt. Es muß ein Verzweigungskampf zwischen der russischen und japanischen Flotte eintreten, denn für die erstere ist es eine Existenzfrage, ob sie Port Arthur erreicht, da sie sich ohne einen besetzten Hafen in den feindlichen Meeren auf die Dauer nicht halten kann, und für letztere handelt es sich darum, Japan auch weiter die Herrschaft zur See zu sichern. Würde die japanische Flotte geschlagen, so läme die Herrschaft über das Meer an Rußland, und damit würde die japanische Armee von ihren Hilfsquellen abgeschnitten. Haben die Japaner Port Arthur aber schon vor dem Eintreffen der russischen Flotte in ihrem Besitz, so bleibt dieser nur das Umkehrte übrig, da sie dann keinen geeigneten Stützpunkt finden. Wladiwostok ist zu weit vom Kriegsschauplatz entfernt, und außerdem soll es den Ansprüchen an einen großen Kriegshafen nicht genügen. Auch führt der Weg nach Wladiwostok durch die Meerenge zwischen Japan und Korea, und dies ist sehr bedenklich. So wird der Krieg voraussichtlich bei Port Arthur entscheiden, sei es nun durch eine Seeschlacht die die russische Ostseeflotte gewinnt oder durch einen japanischen Seesieg, in dem die Russen vernichtet geschlagen werden oder durch die rechtzeitige Einnahme von Port Arthur. Erst nach Eintreten eines dieser drei Fälle hat der unterlegene Teil allen Grund, an den Frieden zu denken.

Die Mirbach-Bank.

Vom Gordon Bennett-Sport wird gemeldet: „In einer Hofequipage folgte die Kaiserin, die ein hellgrünes Promenadenkleid und einen großen, weißen Federhut trug und unablässig grüßte. Den Beschluß machte eine Hofequipage, in der man neben der Hofdame Gräfin v. Brodorski den vielgenannten Oberhofmeister der Kaiserin, Freiherrn v. Mirbach bemerkte. Seine geistige Vernehmung in Moabit schien auf seine gute Laune nicht im geringsten eingewirkt zu haben, denn wiederholt sah man ihn bei dem nun folgenden Besuch der Saalburg heiter lächeln.“

Warum soll Freiherr v. Mirbach nicht heiter lächeln? Weil eine „agitatorische Presse“ noch immer wagt, gegen ihn zu „hegen“? Ein hochgestellter Hofmann lächelt darüber. Weil zahlreiche Geschädigte der Pommernbank in diesen Tagen wieder besonders schmerzlich ihrer Verluste gedenken? Aber das persönliche Konto des Freiherrn v. Mirbach ist ebenso wie Konto K und wie das Geld der Kaiserin sorgsam und sicher von den getreuen Bankwaltern Schulz und Romeid gehütet worden. Warum sollte Frhr. v. Mirbach nicht heiter lächeln?

Derweilen hat der Gerichtshof in Moabit die Beweisaufnahme im Pommernbank-Prozess geschlossen. Die Zeugen, die Geheimrat Budde zur Aufklärung des Geldverbleibs auf Konto K angegeben, zu verhören hat das Gericht nicht für nötig erachtet. Auch der Ankläger nicht. Es bleibt verborgen, was es auf sich hat mit der seltsamen Mitteilung über 328 000 M., die Frhr. v. Mirbach ausgestellt hat, ohne das Geld zu empfangen. Vielleicht werden die Gläubiger der Herren Schulz und Romeid in dem Civilprozeß, der bis nach Erledigung des Strafprozesses verschoben ist, verlangen, daß der Verbleib des durch Freiherrn v. Mirbach quittierten, aber nicht empfangenen Geldes nachgewiesen wird. Zunächst darf man erwartungsvoll fragen, wie das Gericht in seinem Urteil über die verschwundenen Summen denken wird.

Das Urteil der Presse.

Wenn die bürgerliche Presse auch keineswegs auf den Grund der Pommernkorruption, die Alliance der sich Christen Nennenden mit räuberischem Spelantengefährdet, zu gehen vermag, so ist immerhin erfreulich, daß die in tausend Fällen gern geliebte Zeugung aller Verhehlungen in diesem Falle denn doch nicht versucht wird. Der Fall liegt zu offen, als daß er als ein „sozialdemokratischer Lügenwindel“ abgethan werden könnte. Und es kommt für die Meinungsbildung der bürgerlichen Presse hinzu, daß die höhere Deduktion, unter der Geheimrat Budde vorgeht, nicht zu verkennen ist. Die „Frankfurter Zeitung“ stellt die Frage:

„Ob es wohl ein Zufall sein mag, daß Frhr. v. Mirbach sich heute zu einer Aussage bereit erklärt hat, nachdem gestern der Kaiser beim Reichskanzler gegessen hat und dort mit Herrn v. Bobbelski, dem Chef der Aufsichtsbehörde der Hypothekenbanken, und mit dem Fürsten zu Solms-Baruth, dem obersten Chef aller Hofämter, zusammen gewesen ist.“

Jedenfalls hat Frhr. v. Mirbach besser verstanden, sich Wohlthäter bei den Banken zu besorgen als in seinen Kreisen nur Freunde zu haben; es mag einige Persönlichkeiten geben, die um die Erhaltung dieser Säule des Kirchenbaues nicht allzu besorgt sind. So darf sich denn Frhr. v. Mirbach auch nicht rühmen, die so leicht zu gewinnende Presse durch seine Aussage gewonnen zu haben.

Als Mirbach-Presse tritt zunächst nur die „Kreuz-Zeitung“ und die „Post“ auf. Beide Blätter leisten, jedes in besonderer Art, kläffische Dokumente konserverativer Moral. Die „Kreuz-Zeitung“ hat acht Tage lang kein Wort des Urteils über die Enthüllungen des Geheimrat Budde gesagt, jetzt findet sie die Sprache, um sich zu entschuldigen, daß sie den Prozeßbericht überhaupt veröffentlicht habe, und um in wenigen Zeilen zu erklären, daß die ganze Angelegenheit durch die Aussage des Freiherrn v. Mirbach „vollends erledigt“ sei!

Die „Post“ ist gründlicher. Sie zieht gewaltig zu Felde gegen die Korruption — der Presse, die es wagt, noch immer Bedenken und Einwendungen zu erheben. Im gestrigen Morgenblatt erklärte die „Post“:

„Der „Vorwärts“ und die gesinnungsverwandten Blätter sind seit gestern um ein schönes Agitationsmaterial ärmer. Freiherr v. Mirbach... steht glänzend gerechtfertigt da. Alle niedrigen Angriffe gegen ihn sind in nichts zusammengefallen.“

Die „Post“ mußte jedoch erleben, daß die „niedrigen Angriffe“ nicht zusammengefallen sind, sondern fortgesetzt wurden, und daß der „Vorwärts“ das „schöne Agitationsmaterial“ nur noch vermehrt hat. So viel Schlächtigkeit hat die Entrüstung der „Post“ mächtig entfacht und im Abendblatt wälzt sie gegen uns in der Sprache, die selbst die Rhinogeros-Leistung des freierlichen Schöpfungs schlägt:

„Der Triumph spielt natürlich wieder der „Vorwärts“ aus. Daß dieses edle Blatt für seine geradezu gemeinen und empörenden Verdächtigungen des Freiherrn v. Mirbach auch jetzt, nachdem die von ihm geforderte öffentliche Vernehmung stattgefunden, sein Wort der Entschuldigung hat, darf bei dem sattem bekannten Charakter des Blattes ja allerdings nicht wundernehmen. Die Art aber, in der es über die betreffende Gerichtsverhandlung und die dort gemachten Enthüllungen schreibt, wirkt in ihrem ohnmächtigen Jorn einfach komisch. So macht das Blatt zunächst dem Gerichtshof bittere Vorwürfe, daß er dem Freiherrn v. Mirbach Gelegenheit gegeben habe, sich in scharfen Worten gegen die Presse auszusprechen, die systematisch sein Wirken für die Wohlthätigkeit zu verdächtigen und ihn zu verleumben am Werke sei; jedenfalls ein Zeichen dafür, daß das Blatt sich durch die Zurückweisung getroffen gefühlt hat. Im übrigen heben wir aus den weiteren Verdrehungen und Salbadereien des Blattes nur die Vermerkung hervor, daß der Pommernbank-Standal nach dieser Aussage „größer erscheint als je.“

„Einfach komisch“ wirken auf die „Post“ die Ausführungen des „Vorwärts“, dessen gesamte sachliche Argumente natürlich mit der Fertigkeit unterschlagen werden, mit der höchstens die Schulz und Romeid zu weitern vermögen. „Einfach komisch“ wird auf die „Post“ natürlich auch wirken, wenn sie erinnert wird, daß sie im November 1900, als die Hofkittel-Reklame den Bankbruch verhindern sollte und als die „Frankfurter Zeitung“ erneut warnte, sich ebenso zur Verteidigung der ehrenwerten Pommernbank erhob wie sie jetzt die Verteilung aller Standalosa des Prozesses treibt; damals schrieb die „Post“:

„Wer also noch nicht gerade geschäftstechnischen Logik verlustig gegangen ist, der wird gerade jetzt in einer Aktion der Pommernbank zur Festlegung ihrer Werte in so seriösen Kreisen, wie die Kirchenvorstände sind, eine Art Manifestation für die moralische Unantastbarkeit des Institutes erblicken.“

„Einfach komisch“ hat es gewiß damals auf die „Post“ gewirkt, da alsbald nach der glorreichen Manifestation der Pommern-Unantastbarkeit der Staatsanwalt, den „gemeinen und empörenden Verdächtigungen“ folgend, die Schulz und Romeid unter Anklage stellte.

Der „Post“-Eifer würde übrigens leicht verständlich, wenn die Schulz und Romeid sich in der Bewahrung von Post-Bintermänner-Geld ebenso vertrauenswürdig erwiesen haben wie im Mirbach- und Schatullen-Geld.

Die übrige Presse setzt die „Preßhege“ fort. Die „Post“ muß erleben, daß selbst die „Deutsche Tageszeitung“, dem Landwirtschafsmi- nister folgend, sich gegen die Mirbach-Wohlthätigkeit wendet. Noch eindringlicher verhält sich die „Tägliche Rundschau“.

Von Bedeutung sind die Ausführungen der „Zukunft“, die noch vor der Mirbach-Aussage geschrieben sind. Die „Zukunft“ stellt mit Zug fest, daß sie schon vor fast Jahresfrist auf die seltsamen Beziehungen des Freiherrn v. Mirbach zu der Pommernbank hingewiesen hat. Weiter stellt sie die Frage, warum denn Herr Budde seine Enthüllungen nicht schon in der vorjährigen Hauptverhandlung und nicht in der jetzigen Hauptverhandlung bei seiner ersten Vernehmung gemacht hat?

Ueber die Persönlichkeit des Oberhofmeisters erzählt die „Zukunft“:

„Herr v. Mirbach ist durchaus nicht der Weltfremdling, als der er jetzt der Guld empfohlen wird; gar nicht einfältiges Kinder-gemüt. Sonst hätte er für sein Amt auch nicht getaugt. Die Hofleute halten ihn für einen Schlaufopf und fürchten seine Feindschaft. Und seine eigenen Angelegenheiten hat er mit ungewöhnlicher Gewandtheit verwaltet. Als er bei den Gardesuffizieren stand, ging's noch ziemlich knapp bei ihm zu. Jetzt soll er zwischen Wängelsberg und Marmoralpalais so viel Grundbesitz haben, daß die Offiziere ihn scherzend den König von Pommern nennen. Ein guter Haushalter und Praktiker.“

Und das wunderfame Pommern-Mirbach-Gef., „Kultur“-Sibd vervollständigt die „Zukunft“:

„Wer nachrechnen möchte, was Katholiken, Juden, Gottlose zu den Berliner Kirchenbauten der letzten Lustren beigetragen haben, würde staunend vor der Biffranzhöhe stehen. Das ist das Werk des Freiherrn v. Mirbach. Schon vor

vierzehn Jahren brachte mir ein israelitischer Industrieller den folgenden Brief:

Euer Hochwohlgeboren
Beehre ich mich Ihnen Mitteilung zu machen, daß ein Komitee unter dem Protektorat Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin zum Bau einer Kaiser Wilhelm Gedächtnis-Kirche zusammengetreten ist. Es werden daher voranschrittlich im ganzen Lande in allen Kreisen, oft wohl auch unter nicht Evangelischen, sich viele finden, welche diesen Plan gern unterstützen. Es sollen indessen dazu keine Kollektionen veranstaltet werden, um nicht die bereits bestehenden zu stören. Wir hoffen auch ohne Kollektion von allen, welche Liebe und Interesse für die Sache haben, freiwillige Spenden. Besonders bitten wir die mit irdischen Gütern reicher Gesegneten, durch eine einmalige große Gabe die Ausführung eines schönen Monumentalbauwerks zu ermöglichen. Euer Hochwohlgeboren erlaube ich mir nun ganz ergebenst zu ersuchen, diese Sache gütigst unterstützen zu wollen. Mit vorzüglicher Hochachtung Euer Hochwohlgeboren ergebenster
Freiherr von Mirbach,
Oberhofmeister Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin.

Der Mann war in heller Wut. „Was soll ich nun machen? Der Brief ist an mich adressiert, mit Tinte geschrieben, vom Oberhofmeister persönlich unterschrieben. Und — sehen Sie? — oben links in der Ecke Krone und Wappen mit der Aufschrift „Kabinett Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin“. Der Kaiserin kann ich doch keinen Korb geben. Daß ich Jude bin, wissen die Leute; deshalb der Appell an die „nicht Evangelischen“. Und unter dem beigelegten Aufdruck stehen Namen! Unser Mundel, denken Sie, der Fortschrittmundel, den wohl noch keiner für einen Gottesmann hielt; und Hainauer, der schlecht getaufte Großkapitän, der wegen wäutigen Jobbers der Dreinhauer hieß. Die sind gewiß auch so herangekommen worden, wie ich jetzt. Man will sich doch nicht mit Gewalt mißlieblich machen! So war es damals und so ist's noch heute.

Nur ist inzwischen ein System daraus geworden; das läßt sich schon profanen Zwecken nutzbar gemacht wird. Der Pomp- und Prunk der Kirche ist elektrisches Licht? Wenn Siemens in der letzten Zeit zu viel in Anspruch genommen ist, sollen die um Rathenau oder Loewe ihrem jüdischen Herzen einen Stoß geben. Wer hat den abschaulichen Hörenroland im Tiergarten bezahlt? Berliner Großkapitän. Die Puppen für den großen Stern? Die Straßenbahn-Gesellschaft, der dafür eine lästige Vorrichtung gestiftet wurde. Auerhahn Millionen für Friedrichs-Museum und nicht viel weniger für die Orientgesellschaft? Herr James Simon, der Titel und Orden versäumt, in seinem Haus aber den Kaiser als Gast sah und eine Photographie mit allergrößter Unterschrift erhielt. Tausend Beispiele wären anzuführen; doch nicht für jedes ist der Beweis so leicht zu liefern. Was den „mit irdischen Gütern reicher Gesegneten“ heutzutage zugemutet wird, würde man ahnen, wenn etwa die Kommerzienräte Anhold und Friedländer zu bescheidenen Zeugnissen gezwungen wären. Oft folgen die Auserwählten knirschend und stöhnend dem Ruf, freischen oft während auf: Könnte ich nur, wie ich wollte! Den meisten freilich ist ein Kronenorden, ein Titel, ein Daneschreiben aus dem Kabinett sogar reichlicher Ertrag. Und in zehn von fünfzehn Fällen hat Mirbach sein Kammerherrnhändchen im Spiel. Er ist unermüdlich in den Diensten des höchsten Herrn und der allerhöchsten Herrin und scheidet im Bewußtsein so hohen Wirkens auch die Ausnutzung menschlicher Schwächen nicht. Man muß die Eitelkeit kanalisieren, um Zufuhrströme für die heiligsten Güter zu schaffen. Wer ängstlich erst dem Ursprung des spendeten Geldes und den Motiven des Gebers nachspüren wollte, läme nicht weit. Mirbach ist weit gekommen. Bis zu Sanden und Schmidt, Schulz und Romeid.

Diese Mitteilungen ergänzen vortrefflich die Andeutung des Herrn v. Mirbach: Es sei ihm nichts Ungeübliches, von reichen Persönlichkeiten einige Hunderttausend für wohltätige Zwecke zu empfangen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Juni.

Ich bin kein Konsequenzmacher.

Der deutsche Reichskanzler ist, wie erinnerlich, ein abgefangener Feind der Konsequenz — wohl im Gefühl, daß er die Konsequenzen der Handlungen, die er zu verantworten hat, niemals ziehen kann. Ein besonders schönes Beispiel seiner Abneigung gegen die Konsequenzmacherei bietet sein Verhalten zur preussischen Kontraktbruch-Vorlage.

Am 9. Mai 1904, bei der dritten Staatsberatung, brachte Bebel die Sprache auf das eben bekannt gewordene Kontraktbruch-Gesetz. Schon damals wies Bebel auf den Einbruch in die Reichsrechte hin. Es liege wieder einmal die Thatfrage vor,

„daß die maßgebendste Regierung im Deutschen Reich, die preussische, mit den schlimmsten Partikularbestrebungen vorangeht und eine Gesetzgebungsmaterie der Entscheidung des preussischen Landtages unterbreitet, die bisher nach Auffassung maßgebender Personen in der preussischen Regierung nur auf dem Wege der Reichsgesetzgebung gelöst werden konnte.“

Darauf erhob sich Graf Bälou in seiner ganzen Würde und erklärte: „Auf das, was der Herr Abgeordnete Bebel über ein Gesetz ausgeführt hat, welches beim preussischen Landtag über die Erbschwerung des Vertragsbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter und des Befindens eingebracht ist, gehe ich hier nicht ein. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich lehne es ab, mich hier über die Motive auszusprechen, welche die königlich preussische Staatsregierung bei ihrem gesetzgeberischen Vorgehen in Preußen leitet. (Beifall rechts.) Der Ort, sich darüber auszusprechen, ist der preussische Landtag, nicht der deutsche Reichstag.“

Einen Monat darauf muß der Reichskanzler doch Rede stehen und durch seinen Vertreter Rieberding bekennen, daß die Erörterung des Gesetzes allerdings in höchstem Grade das Reich und den Reichstag angehe, schon deshalb, weil in dem „schwer zu verstehenden“ Entwurf „die Grenze zwischen dem Reichsrecht und zwischen dem Landesrecht, zwischen der Kompetenz der Reichs-Gesetzgebung und der Landes-Gesetzgebung nicht an allen Stellen mit der Deutlichkeit gezogen (seien), die gewünscht werden muß.“

Diese scharfe Wandlung binnen einem Monat kann nicht nur eine Furcht vor der Konsequenz sein, sondern sie darf vielleicht als ein kleiner Erfolg sozialdemokratischer Aufklärung und Erziehung betrachtet werden.

Wenn Graf Bälou am 9. Mai die Diskussion des Gesetzes ablehnte, weil zur Kompetenz Preußens gehörig, so hatte er entweder damals noch keine Ahnung, was in dem Gesetz der unter seinem Präsidium regierenden preussischen Minister stand, oder er wählte es und er hat dann absichtlich dem Reichstage die Wahrnehmung seiner Rechte und die Ausübung seiner Pflichten verwehren wollen, um Preußen vor einer Volksheldung zu retten.

Der Erfolg der Interpellation der Sozialdemokraten hat allgemeinen Aufschrei hervorgerufen. Die „Germania“ bekennet: „Nach der zweieinhalbständigen Rede Stadthagens antwortete Staatssekretär Rieberding, dessen Rede eine totale Abschlächtung des preussischen Justizministers Schönstedt ist. Schönstedt hat heute im Reichstage eine große Niederlage erlitten. . . . Bei dem Bund der Landwirte hat diese Erklärung große Erbitterung hervorgerufen; man hörte den Bundesrat als „Hofflerant der Sozialdemokratie“ bezeichnen. Inmitten darf es als ein seltenes Vor-

kommnis bezeichnet werden, daß ein Entwurf Preußens im Reichstage so vom Bundesrat kritisiert wird; das hätte doch können im Schoße der Regierung zuvor erfolgen.“

Selbst die „Post“, die nur von einem „Redaktionsfehler“ des preussischen Gesetzes spricht, muß als „bedauerlich“ zugeben, „daß ein Gesetzentwurf, bei dem vorauszuversetzen war, daß er schwere Aufsetzungen erfahren werde, so wenig sorgfältig vorbereitet ist, wie im vorliegenden Falle. Man wird den beteiligten Ressorts daher den Vorwurf nicht eriparen können, hier nicht mit der nötigen Sorgfalt und Genauigkeit gearbeitet zu haben; sie trifft demzufolge auch die Schuld, wenn der sozialdemokratische Vorstoß gegen die Gesetzgebung Preußens nicht auf der ganzen Linie so wirksam abgefertigt werden konnte, wie er dies von Rechts wegen verdient hat.“

Und der „Reichsbote“ sagt, daß der Reichskanzler dem preussischen Ministerpräsidenten „eine minder gute Note“ erteilt habe und schlägt:

„Nachdem man sich seiner Zeit das Justizhausgesetz, ohne ein Wort zu sagen, hat verscharren lassen, sollte man im Reich und in Preußen doppelt vorsichtig werden, immer wieder neue Splitter in die Planne der sozialdemokratischen Wählerumschmelzung zu geben. Und man sollte nicht immer wieder zu Mitteln der Verleumdung der Sozialdemokratie greifen, die man sich vor die Füße werfen läßt, das gebietet die Selbstachtung.“

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hatte am Freitag seinen frommen Tag. Dabei erheiterte wieder der alte Herr v. Bodelschwingh das Haus durch sein Naturmensch-Besin. Zunächst nahm es nach einigen salbungsvollen Reden den Antrag des konservativen Abgeordneten Graf Douglas an, daß den Mannschaften der Landarmee und der Marine bei ihrem Eintritt das Militär-Gesangbuch als Eigentum übergeben wird. Nachdem das Haus in dieser Weise für das geistige Wohl der Menschheit gesorgt hatte, that es so, als ob ihm auch das körperliche Wohl der Armeen der Armen am Herzen liege. Anlaß hierzu gab die Beratung des Antrages des Abg. v. Bodelschwingh auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den die Fürsorge für mittellose Wanderer mittelst Einrichtung von einstufigen Arbeitsstätten und Arbeitsnachweisen geregelt wird, falls die Provinzial-Verwaltungen einen entsprechenden Beschluß fassen. Es handelt sich im wesentlichen um eine Propaganda für die bekannten Bodelschwinghschen Anstalten, die als social wertvolle Institute nicht angesehen werden können. Die gleiche Materie hat das Haus schon zu wiederholten Malen beschäftigt. Aber eine Regierungsvorlage, die im Jahre 1895 eingebracht wurde und die Errichtung von Verpflegungsstationen bezweckte, scheiterte an dem Widerstand der Landtagsmehrheit, insbesondere an der Kostenfrage. Auch diesmal wird der Antrag, der der Gemeindekommission überwiesen wurde, eine gesetzgeberische Aktion schwerlich zur Folge haben, was an und für sich auch nicht weiter zu bedauern wäre. Will man auf dem in Frage kommenden Gebiete überhaupt etwas erreichen, so bleibt nichts andres übrig, als den Weg der Reichs-Gesetzgebung zu betreten.

In dritter Lesung erledigte das Haus sodann noch den Gesetzentwurf, betreffend die Verpflichtung zum Besuche ländlicher Fortbildungsschulen in der Provinz Hessen-Rassau und die Sekundärbahn-Vorlage.

Am Sonnabend stehen Wahlsprüngen auf der Tagesordnung.

Thyrantentod.

Vobriloff, der Tyrann Finnlands im Auftrage des Zaren, ist den Schüssen, die am Donnerstag gegen ihn gerichtet wurden, erlegen. Ueber das Attentat und den Tod Vobriloffs giebt die „Russische Telegraphen-Agentur“ diese nähere Meldung:

Petersburg, 17. Juni. Eugen Schumann, der den Aufschlag verübt hat, war zuletzt Beamter der General-Unterrichtsverwaltung Finnlands und früher Beamter des Senats; er ist Sohn eines früheren Senators. Die erste Kugel traf den Hals des Generalgouverneurs und verursachte eine leichte Verletzung; die zweite Kugel traf einen von den Orden, die der Generalgouverneur trug, und streifte diesen nur leicht, die dritte Kugel traf den Unterleib. Der Generalgouverneur wurde nach seiner Wohnung gebracht, wo die herbeigerufenen Ärzte eine sofortige Operation für nötig erachteten. Die Ärzte machten den Kaiserschnitt und entfernten die Kugel nebst vielem geronnenen Blut. Die Teile der Eingeweide, die von der Kugel getroffen waren, wurden entfernt. Nachts ist Vobriloff gestorben.

Es werden in Westeuropa wenige sein, welche die Schüsse Schumanns nicht als gerechte Vergeltung empfinden. Selbst das offizielle Organ der deutschen Regierung, die der zaristischen Barbarei alle Dienste leistet, vermag bisher nicht, die sonst übliche Empörung über den „Verbrecher“ aufzubringen. Diejenigen, welche sonst den Akt der Verzeiwung gegen fürchtbare Vergeivaltigung verleumden und bereit sind, „Terroristen“ und „Anarchisten“ in die Hände der Götter zu überliefern, bewerten die That gegen Vobriloff anders als ähnliche Thaten. Auch die deutsche Reaktionspresse, welche die Ausmühung solcher Geschehnisse geschäftsmäßig betreibt, verzichtet plötzlich auf das gewohnte Geschäft; die „Post“ läßt sich an bloßer Zusammenstellung der eingegangenen Meldungen genügen.

Diese mehr oder minder offene Anerkennung des Rechtes auf Thyrantentod erklärt sich aus der Besonderheit der That. Der Fall des Attentats. Der That des Eugen Schumann liegt nicht ein vorwiegend soziales Motiv zu Grunde, nicht die Verzeiwung des Verwahrlosten und Hungernden zeugt die That. Das Attentat gegen Vobriloff ist eine nationale That, ist der Ausdruck der Empörung eines getretenen Patriotismus gegen russische Fremdherrschaft. Nicht eine ausgebeutete Klasse richtet den Schuß gegen die ausbeutende Klasse. Die Klasse, der Schumann entstammt, ist die bis vor kurzer Zeit in Finnland die Verwaltung führende Klasse, die sich nun durch russische Gewaltthätigkeit verdrängt und entwürdigt sieht.

Ungefähr zu derselben Zeit, da Zar Nikolaus II. das wunderbare „Friedensmanifest“ entsandte, begann die Vergeivaltigung Finnlands. Finnland hatte, als Schweden es an Rußland abtreten mußte, die Dauer seiner staatlichen Selbständigkeit durch Alexander I. feierlichst zugesichert erhalten. Es hatte seine eigne, aus Finnländern bestehende Centralregierung und Verwaltung. Bis 1809 war es ein finnländischer Staatssekretär, der dem Zaren die finnländischen Geschäfte vortrug. Finnland ist bis heute vorwiegend ein konservatives Bauernland und die Bevölkerung hat dem Zarismus niemals Schwierigkeiten gemacht. Im Besitz ihrer Sprache und ihrer nationalen Selbständigkeit hat sie ihre Pflichten gegen die Petersburger Regierung nie verlegt.

Aber gerade diese nationale Selbständigkeit sollte nicht länger geduldet werden, wie die Petersburger Centralgewalt überall im weiten Reich jede nationale Art niedergedrückt und ihren Kreaturen die Beherrschung und Ausbeutung der Volksstämme übergeben hat. Die Vergeivaltigung Finnlands begann mit den Manifesten von 1899, durch welche die bisherige Verfassung des Landes

zerstört, der russische Reichsrat als oberste Regierungsbehörde eingesetzt und die nationale Armee Finnlands aufgehoben wurde. Da die Bevölkerung Finnlands und insbesondere ihre wohlhabendere Schicht diesen Maßnahmen bald aktiven bald passiven Widerstand entgegensetzte, folgte von neuem Grenellth auf Grenellth. Der gesamte Beamtenapparat wurde „geläubert“. Im Herbst 1902 wurden 13 höhere Beamte, darunter 9 Mitglieder des obersten Gerichtshofes, willkürlich, ohne Prozeß und Urteilspruch, ihres Amtes entsetzt, weil sie sich geweigert hatten, die Gültigkeit eines Wehrpflicht-Ulases anzuerkennen, der die finnische Jugend ungeschlechtlich zum Dienst in russischen Truppen zwingen wollte. Russen, die keinerlei Kenntnis des finnischen Rechts hatten, wurden in die Ämter eingesetzt. Der Senat, der als oberste Centralinstanz die Justiz und die Verwaltung des Landes geführt hatte, wurde unter die Gewalt eines russischen unumschränkten Generalgouverneurs gezwungen und Vobriloff erschien als der geeignete Mann, das schändliche Herkeswerk am finnischen Volke zu vollenden. Vobriloff hat beispielsweise dem Senat verboten, solche Gesuche, Adressen und Petitionen entgegen zu nehmen, die von mehreren Personen gemeinsam eingereicht werden und die unter dem Schein, Darstellungen von den Bedürfnissen des Landes zu geben, einen Tadel von Regierungsmahregeln oder eine Störung der allgemeinen Ordnung und Ruhe bezwecken“. Da das finnländische Volk sich wiederholt in Massenpetitionen bei dem Senat beschwert hatte, so wurde diesem einfach verboten, solche Petitionen zu empfangen und zu beraten.

Kurzum, die gesamte finnländische Selbstverwaltung wurde vernichtet, die gesamte russische Barbarei warf sich auf das unglückliche Volk. Die russische Sprache als Amtssprache eingeführt. Russische Beamte statt der finnländischen eingesetzt. Zeitungen wurden verboten, Versammlungen, Beschwerden, Petitionen verboten. Die Widerstrebenden eingekerkert. Tausende flohen aus dem Lande.

Westeuropa sympathisierte mit dem thätigen Volk, das sich nicht ohne Widerstand entnationalisieren ließ. Deutsche Staatsrechtler schrieben Bücher und Broschüren gegen die Vergeivaltigung Finnlands. Freilich — die Freundschaftsbände, welche die deutsche Regierung an den zarischen Absolutismus binden, wurden auch durch diese Schmach nicht gelodert.

Wir haben jüngst die Proklamation veröffentlicht, welche aus einer Massendemonstration von über zehntausend Arbeitern in Helsingfors — denn in der Hauptstadt des Landes hat nun bereits auch eine Arbeiterbewegung eingesetzt — herborging. In dieser Proklamation wurde die Aufhebung der ungeschlichen Verordnungen und der Diktaturbefugnis des Generalgouverneurs, die Heimförderung der Beamten und die Einberufung des finnischen Landtages gefordert. Ferner wurde vollständige Vereins-, Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit gefordert. „Nieder mit Plehwe, Vobriloff und dem kriecherischen finnischen Senat!“ — so schloß die Proklamation vom Anfang dieses Monats.

Die finnländische Bevölkerung ist in gährender Erregung. Und aus dieser Erregung ist der Anschlag gegen den Diktator und Verderber des Vaterlandes hervorgegangen. Eugen Schumann, der Thäter, der sich selbst nach der That das Leben nahm, um den Schergen des Zaren zu entgehen, ist Beamter und Sohn eines früheren Senators. Offenbar hat seine eigne Familie unter der russischen Vergeivaltigung unmittelbar und schwer gelitten. Er hat in der Person Vobriloffs die russische Tyrannei getroffen.

Ob der politische Sinn der That auch politischen Erfolg ernten wird? Ob der Zarismus lernen wird?

Es verleiht, daß zum Nachfolger Vobriloffs ein Mann ausersuchen ist, dessen Name das blutigste Programm bedeutet: Generalleutnant v. Wahl. Er ist der berüchtigte Polizeibarbar von Wilna, der Arbeiter und Studenten schändlich prügeln ließ und der infolge seiner Methode bereits selbst Gegenstand eines politischen Attentats war, jenes Attentats, das kürzlich im deutschen Reichstag Graf Bälou unter die Gründe seiner Maßnahmen gegen russische Studenten in Preußen zählte! Zum Dank für seine Verdienste in Wilna wurde v. Wahl vor kurzem nach Petersburg an die Seite des Ministers v. Plehwe berufen, der den Willkür des Zarismus leitet.

v. Wahl bedeutet die blutige Verschärfung der finnländischen Zustände. Vielleicht gelingt es dem finnländischen Volk dennoch, Widerstand zu leisten. Möge Japan ihm helfen! —

Deutsches Reich.

Die Trotha-Intigue. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hatte vorige Woche abermals die seiner Zeit im „Vorwärts“ geäußerte Vermutung, an der verantwortlichen Stelle in der Wilhelmstraße sei die „Total-Anzeiger“-Depesche über die Deutwein-Krisis vorher gelesen worden, dementiert.

Das neuerliche Dementi richtete sich, ohne das Blatt zu nennen, gegen die „Zukunft“. Diese antwortet nun in ihrer neuesten Nummer:

„Was hier bleibt trotzdem natürlich, daß der Kanzler die Depesche vorher gelesen hat; daß sie ihm, auf Wunsch des Absenders, vorgelegt werden sollte, vorgelegt und als zur Veröffentlichung geeignet bezeichnet worden ist. Erweislich wahr. Das, sagte ich schon im vorigen Heft, ist das Unangenehme an der Sache. Zu viele Leute wissen drum; und wenn's zu Schwären läme, bliebe von dem Dementi kein Buchstäbchen stehen. Daß man's trotzdem riskiert hat, ist ganz in der Ordnung. Man kennt seine Leute. Die Zeitungsschreiber, die sich um mich kümmern, wissen zwar, daß ich solche Dinge nicht vorbringe, wenn ich sie nicht beweisen kann; aber sie thun, als wäre mit der offiziellen Ablehnung alles erledigt. Ist die lästige Geschichte auf diesem bequemen Weg zu verscharren, so läßt sich dagegen nichts einwenden. Nicht das mindeste auch gegen die edle Ruhe der „Norddeutschen Allgemeinen“. Wozu ist sie denn da?“

Graf Bälou hat also gegen eine von ihm mißbilligte Entscheidung des Kaisers den „Total-Anzeiger“ spielen lassen. Politisch! —

Das Geschäft der Offizisten. Daß es der Verfall der offiziellen Presse ist, feierlich zu — lägen, dafür bringen die jetzt in den „Grenzboten“ veröffentlichten Tagebuchblätter des früheren Kultusministers Woffe wieder einen anmutigen Beleg.

Bismarck hatte 1879 den Bündnisvertrag mit Oesterreich, der zum Dreibund führte, vorbereitet. Wilhelm I. — der Groke — war gegen alle politischen Maßnahmen, deren Ruhm ihm nachher zugeschrieben wurde. So war er auch, weil Woffe erzählt, aus keinem Russenfanatismus heraus ein so hartnäckiger Gegner einer deutsch-österreichischen Alliance, daß er erklärte, seinerseits abzusenden, um Bismarck, der auf diesem Vertrag bestand, im Amte zu erhalten.

Am 11. Oktober wurde der Vertrag unterzeichnet. Es blieb strenges Geheimnis. Bald darauf hielt der damalige Kultusminister Puttkamer in Essen eine Rede, in der er von dem Vertrag sprach und auch andeutete, daß der Kaiser ihm Widerstand geleistet hätte. Darüber allgemeine Aufregung in hohen Kreisen.

Am 27. Oktober notiert Woffe: „Neute früh fand bei dem Grafen Stolberg ein Ministerrat statt ohne Zuziehung des Kultusministers v. Puttkamer. Graf Stolberg erzählte mir, daß Bismarck habe ihm telegraphisch, vom Standpunkte der Diplomatie sei es ihm augenblicklich lieber, wenn der Minister v. Puttkamer im Amte bliebe, weil sein Abgang die Wahrheit der in der Essener Rede gemachten Enthüllungen bestätigen würde. In der That hat Herr v. Puttkamer sein Entlassungsgesuch eingereicht, habe sich bereit

erklärt, zu bleiben und sich desabundieren zu lassen, falls der König das wolle. Dieser hat sich für das Weiben des Kultusministers ausgesprochen, und dessen Aeußerungen sind heute in der „Post“ und der „Kordb. Allg. Ztg.“ förmlich dementiert; das Entlassungsgesuch ist laßiert. Graf Stolberg war aber der Meinung, daß das nur auf kurze Zeit helfen werde.

Das ist die politische Moral. Ist einmal ein Minister zufällig so leichtsinnig, die Wahrheit zu sagen, so wird die offiziöse Presse herbeigeholt, um den Unseligen Lügen zu strafen. Und erst wenn öffentlich festgestellt ist, daß er gelogen hat, als er die Wahrheit sagte, ist der Minister weiter würdig, im Amte zu bleiben.

Das Regieren ist, wie man sieht, nicht nur ein dummes, sondern auch ein schmutziges Geschäft, wofür übrigens der fromme Herr Woffe kein Verständnis gehabt zu haben scheint; denn er widmet der offiziösen Schwindelerei kein Wort der Kritik.

Wenn die „Korddeutsche Allgemeine Zeitung“ also etwas ablenget, so kann man immer annehmen, daß sie eine Wahrheit zu eskamotieren den Auftrag hat.

Vom Königsberger „Hochverrat“-Prozess. Der Jar aller Neuen macht den preussischen Gerichten viel Mühe. Mehr als ein halbes Jahr bereits arbeitet die Königsberger Justiz zum Schluß des bescheidenen Ruhm. Und noch immer ist der Mühe kein Ende abzusehen, immer neue Verurteilungen werden unternommen, auf daß nur nicht der russischen Regierung eines Tages die traurige Mitteilung gemacht werden muß: Einer von uns erdeterer Strafanzug ist erfolglos geblieben!

Zu den von der Königsberger Staatsanwaltschaft Angeeschuldigten zählt, wie bekannt, auch unser Genosse Pögel, der in der Buchhandlung Wortwärts thätig ist. Auch gegen ihn wird die absonderliche Anschuldbildung erhoben, er habe durch Verendung russischer Schriften „Beihilfe zum Hochverrat gegen den russischen Staat und zur Majestätsbeleidigung wider den Jaren“ geleistet. Jetzt ist nun auf Antrag des Königsberger Staatsanwalts das gesamte Personal der Expedition des „Vorwärts“ auf das Polizeipräsidium geladen und dafelbst über den Vertrieb russischer Literatur vernommen worden.

Der Königsberger Staatsanwalt hat anscheinend nach den bisherigen Ergebnissen der über halbjährigen Voruntersuchung noch immer starken Bedarf nach Besetzungsmaterial. Doch wir verstehen durchaus: um Väterchens willen ist keinerlei Mühe zu teuer! —

Die Vertagung des Abgeordnetenhauses. Der Seniorenkongress des Abgeordnetenhauses einigte sich dahin, daß das Abgeordnetenhause am Donnerstag nächster Woche seine letzte Sitzung abhält und sich dann verläßt, bis das Herrenhause seine Beratungen vor der Sommerpause beendet hat, was voraussichtlich am 2. Juli der Fall sein wird. Man einigte sich weiter dahin, daß der Regierung der Wunsch ausgesprochen werden soll, die Vertagung unter Mitwirkung der Regierung bis zum 18. Oktober dauern zu lassen. Erledigt sollen noch werden: Wahlprüfungen, die beiden Reliorationsvorlagen, das Lotteriegesez, die Seehandlungsvorlage.

Spek der Dankbare. Es war eine diplomatische Sensation, als der junge Spek v. Sternburg plötzlich und trotz seiner Jugend zum Votschaster bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika erhoben wurde. Spekchen hat sabelhaft schnell Karriere gemacht. Er sucht aber auch in seiner Weise sich dankbar zu erweisen.

Zu New York, so wird von dort telegraphiert, fand am Freitag ein deutscher Kriegertag statt. Da hielt der Votschaster eine Rede, in der er ausführte:

Der Anblick der Veteranen rufe mächtige Erinnerungen wach an die hehren Gestalten des großen Kaisers und seines großen Paladins Bismarck, deren Thaten den Geist der Zusammengehörigkeit aller Deutschen wachgerufen hätten. Kaiser Wilhelm I. ruhe jetzt unter dem Heldenlorbeer; aber Gott habe Deutschland ein neues Hiltzzeug gegeben: Kaiser Wilhelm II. habe das Erbe seiner Väter treu gewahrt. Se. Majestät Kaiser Wilhelm ihn beauftragt, dem nationalen Schützenbund einen deutschen Schützenabzeichen zu überreichen; derselbe solle die Brust des jetzweiligen Präsidenten schmücken. Auf Befehl seines laiserl. Herrn lege er dem Präsidenten Kröger das Schymol an.

Wir wissen nicht, ob der Votschaster im Verlauf seiner kurzen Karriere einmal Wagnz berührt hat.

Kornmann-Schumann, der Geheimnisvolle, den die Berliner Staatsanwaltschaft seit langem wegen Majestätsbeleidigung steckbrieflich verfolgt, hat ebenso viel Vertrauen in die Polizeiblintheit wie Freiherr v. Mirbach in seine Hofbankiers. Und sein Vertrauen ist ebenso berechtigt. Kornmann-Schumann scheint sich gegenüber der Polizei einer Tarnrolle zu erfreuen, die ihn unsichtbar macht.

Thatsächlich ist Kornmann-Schumann vor ungefähr 14 Tagen hier in Berlin gewesen und hält sich gegenwärtig in Thüringen auf, jedenfalls um von der Mühe, dem Staatsanwalt verborgen zu bleiben, Erholung zu suchen.

Todesmarsch. Aus Fürth wird telegraphiert: Das 19. Infanterie-Regiment in Erlangen marschierte am 16. Juni nachts von 12 Uhr stundenlang zu einem Exerzierplatz, wo selbzugsmäßige Gesezsbildung stattfand. Auf dem Rückmarsch kam es am 17. Juni gegen 4 Uhr nachmittags durch Fürth. Hier fielen wegen der großen Hitze an 40 Mann um. Zwei sollen tot sein. Da die Mannschaften nicht weiter konnten, ließ sie der führende Major in einem Walde lagern. Eine Compagnie fuhr von Fürth mit der Bahn nach Erlangen.

Die Volksschullehrer in Württemberg. Stuttgart, 17. Juni. Die Kammer der Abgeordneten hat beschlossen, eine Eingabe der Volksschullehrer, ihnen den Besuch der Hochschulen zu ermöglichen und einen Lehrstuhl für Pädagogik zu errichten, der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Ein Bild der Zeit.
Ein Siebzighjähriger wegen Majestätsbeleidigung verurteilt! Vor der Strafkammer in Saarbrücken stand der frühere Kaufmann, jetzige Landstreicher Adolf Kimmel aus Herlohn, weil er, als ihn in St. Wendel ein Gendarm beim Betteln traf, als Majestätsbeleidigung ausgelegte Aeußerungen über den Kaiser that. Der Alte, ein weißhaariger Mann, ist schon zweimal wegen Majestätsbeleidigung verurteilt. Man verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis und überwies ihn wegen Landstreicherei der Landespolizei.

Husland.
Rußland.
Zur Aufklärung. In der Nr. 111 des „Vorwärts“ vom 12. Mai 1904 haben wir nachstehende Notiz veröffentlicht:

London, 7. Mai. Auch die heutige „Morning Post“ hat eine Warschauer Korrespondenz von Wunro, der von der schweren Geschäftskrisis berichtet, ebenso von der Stärke und dem revolutionären Geiste der dortigen Socialdemokratie. Dagegen hält er die P. P. S. (Socialistische Partei Polens) für nichtrevolutionär und deshalb weniger von der Regierung gefürchtet. Die P. P. S. verwirft sich unbemerkt mit der nationalistischen Partei Polens.

Diese Notiz hat in einem Teil der Presse den Eindruck hervorgerufen, als ob die Redaktion des „Vorwärts“ das Urteil des Warschauer Korrespondenten der „Morning Post“ zu dem ihrigen gemacht habe.

Der in „Vorwärts“ vom 12. Mai veröffentlichte Auszug aus der Korrespondenz der „Morning Post“ ist übrigens nicht wörtlich. Der Satz der „Vorwärts“-Notiz: „Dagegen hält er die P. P. S. (Socialistische Partei Polens) für nichtrevolutionär und deshalb weniger von der Regierung gefürchtet“ sollte nur die Inhaltsangabe des korrespondierenden Satzes der Originalkorrespondenz der „Morning Post“ sein, der lautet: „Die ... P. P. S. (Partei der Polnischen Socialisten) ... tritt mehr öffentlich auf und ist des“

halb (nach Ansicht also des Korrespondenten des englischen Blattes) weniger zu fürchten.“

Es lag und natürlich gänzlich fern, das Urteil des Korrespondenten der „Morning Post“ über die socialistischen Organisationen in Rußisch-Polen als richtig und den Thatsachen entsprechend hinzustellen.

Die P. P. S. (Socialistische Partei Polens) ist, wie uns von beteiligter Seite versichert wird, seit über zehn Jahren die politische Massenorganisation der Massen des polnischen und eines Teils des jüdischen Proletariats in Rußisch-Polen. Die zahlreichen Kundgebungen der P. P. S. — besonders seit dem Kriegsausbruch —, die von ihr organisierten Arbeiterdemonstrationen und Streiks, die Preise und die Schriften der P. P. S. — das alles beweist ihren revolutionär-socialistischen Charakter zur Genüge. Zu der nationalistischen Partei Polens steht die P. P. S. in allerhöchster Gegen-satz, der gerade jetzt besonders heftig zu Tage tritt.

Amerika.
Vom inneren Kriegsschauplatz.

Aus den letzten Meldungen aus den Vereinigten Staaten ist zu ersehen, daß die Schreckensherrschaft, welche die Grubenbesitzer im Staate Colorado errichtet haben, unverändert fortbauert.

Die Kanonen, meine Herren, das ist die Verfassung,“ sagte einst Ferd. Lassalle in einer Rede den Berliner Würgern, und es ist dräben wie haben, wenn es zum äußersten kommt.

Da sind die Amerikaner so ungeheuer stolz auf ihre Verfassung, die jedem Bürger volle Freiheit und Gleichheit neben jedem anderen Bürger garantiert, und mit Füßen getreten wird diese Verfassung jedesmal in dem Augenblicke, wo es sich um die Interessen der durch ihren Besitz Mächtigen und Herrschenden handelt.

Gegen die streikenden Bergleute in Colorado wird mit einer unerhörten Brutalität und Rücksichtslosigkeit vorgegangen, und kein Dahn kräft nach den verletzten heiligen Rechten amerikanischer Bürger. Man hat die Führer der Arbeiter mißhandelt; man hat Streiker, die sich unliebsam bemerkbar machten, überfallen und zu Hunderten deportiert, einfach mit Gewalt auf einen Eisenbahnzug geschleppt und außerhalb des Staates gebracht. Man hat andre ins Gefängnis geworfen, man hat Rede-, Press- und Versammlungsfreiheit unterdrückt. Man hat richterliche Entscheidungen, vor denen der Amerikaner im gewöhnlichen Leben einen heillosen Respekt hat, unbeachtet gelassen oder sogar denselben entgegen gehandelt, sobald solche Entscheidungen den Streikern Rechte zugestanden. General Vell an der Spitze der Staatstruppen beherrscht die Situation und gehorcht den Befehlen des Gouverneurs von Colorado, Peabody; dieser folgt sich willig den Wünschen der Kapitalisten, welche die Unterwerfung der Arbeiter um jeden Preis fordern.

Es herrscht die Revolution in Colorado, die Revolution von oben, und in Washington stellt man sich blind und sieht nichts.

Der Krieg in Ostasien.

Die letzten Tage haben mehrere wichtige Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz gebracht: eine schwere russische Niederlage auf der Liaoning-Halbinsel und einen bedeutenden Erfolg der Wladimost-Flotte.

Die russische Niederlage erfolgte in einer zweitägigen Schlacht bei Telissu nordöstlich von Futschou. Eine starke russische Armee von 2 1/2 Divisionen wurde von den Japanern getroffen. Die Japaner erbeuteten 13 Geschütze und mehrere Fahnen. Die Russen zogen sich zurück. Weitere Kämpfe zwischen den bei Telissu engagierten Truppen dürften bevorstehen.

Haben bei Telissu die Russen die dritte große Niederlage zu Lande erlitten, so haben sie gleichzeitig zur See den ersten wirklichen Erfolg errungen. Die drei großen Kreuzer der Wladimost-Flotte überraschten mehrere japanische Transportschiffe, von denen sie zwei versenkten; das Schicksal eines dritten Transportschiffes ist unbekannt. Gegen 1000 Japaner sollen mit den Schiffen gesunken sein, dazu Pferde und Kriegsmaterial. Und die russischen Kreuzer sind nach gefährlichem Schlage entkommen! Wenn es den Japanern nicht gelingt, die Wladimost-Flotte unschädlich zu machen, könnten sich solche Ueberfälle wiederholen.

Ueber die Schlacht bei Telissu

liegt noch folgende russische Meldung vor:

Petersburg, 16. Juni. Die Generaladjutant Kuropatkin von heute meldet, hat General Baron Stadelberg um 1 Uhr 20 Min. nachts heute folgendes Telegramm gefandt: Am 15. Juni beabsichtigte ich den rechten Flügel des Gegners anzugreifen. Während die hierzu bestimmten Truppen den rechten feindlichen Flügel erfolgreich zu bedrängen begannen, griffen die Japaner ihrerseits meinen rechten Flügel mit überlegenen Streitkräften an. Ich wurde gezwungen, meine ganze Reserve vorzuschicken, sie erwies sich aber als ungenügend. Ich sah mich genötigt, auf drei Wegen in der Richtung nach Norden zurückzugehen. Die Verluste sind groß, aber noch nicht genau bekannt. Im Laufe des Kampfes wurden die dritte und vierte Batterie der ersten Artillerie-Brigade von den Geschossen der Japaner buchstäblich überschüttet. Von 16 Geschützen wurden 13 völlig unbrauchbar gemacht und aufgegeben. Die Haltung der Truppen war vorzüglich. Viele Truppenteile zogen sich erst auf wiederholten Befehl zurück.

Ueber die Versenkung der japanischen Transportschiffe

wird aus Japan gemeldet:

Tokio, 17. Juni. Amtlich wird gemeldet: Am Morgen des 15. Juni erschien das Wladimost-Geschwader, bestehend aus den großen Kreuzern „Rossija“, „Gromoboi“ und „Rurik“ in der Koreastraße und griff die japanischen Transportschiffe an. Von der „Hitachi Maru“, die sank, retteten sich nur wenige, von der „Sado Maru“, die mit Torpedos beschossen wurde, aber nicht unterging, nimmt man an, daß die Mehrzahl der Mannschaft gerettet wurde. Das Schicksal der „Jzumi Maru“ ist unbekannt. Das Geschwader wurde am 16. Juni bei der Insel Ok gesehen.

Die Flotte des Admirals Kamimura ging am 15. Juni zur Verfolgung des Wladimost-Geschwaders ab.

Tokio, 17. Juni. (Meldung des Russischen Bureaus.) Wahrscheinlich hat der Rebel wieder das russische Wladimost-Geschwader gerettet. Ueber Vorgänge, die sich auf der See abgespielt haben sollen, sind viele Gerüchte im Umlauf, die aber alle unbestätigt sind. Admiral Trunoda hat eine Torpedobootflotille zur Verfolgung der Russen entsandt; Wind, Regen und Nebel ließen jedoch ein erfolgreiches Vorgehen nicht zu.

Tokio, 17. Juni. Die Ueberlebenden von der „Hitachi Maru“ erzählen, daß sie die russischen Schiffe um 7 Uhr morgens in Sicht bekommen hätten, später auf Signal gestoppt, aber um 10 Uhr versucht hätten zu entkommen; darauf wären durch das Feuer der Russen innerhalb weniger Minuten an 200 Leute getötet worden. Das Deck wäre mit Leichen bedeckt gewesen. Der englische Kapitän Campbell sprang, wie weiter berichtet wird, über Bord und wird vernichtet; der erste Ingenieur wurde auf der Kommandobrücke getötet; der Kommandeur der Landungstruppen und der zweite Offizier begingen Selbstmord. Viele von den Mannschaften schühten sich in den Vooten. Die „Sado Maru“ sah die Russen 35 Meilen westlich von der Insel Schiro, beobachtete aber die Befehle zum Stoppen nicht; darauf schossen die Russen und signalisierten das Schiff zu verlassen. Die Besatzung ging in die Vooten und viele entkamen, das Schiff wurde dann in Brand gesetzt.

Partei-Nachrichten.

Sals so, Sals so! Es ist ein beliebtes Jugtstück der „Post“ mehr Anverwandten, zu behaupten, die Vertreter der Socialdemokratie im Reichstage seien ja gar keine Arbeiter. Jetzt weiß sie's auf einmal besser. Sie findet, daß Jubel eigentlich nichts zweiter wie Tischergeselle sei, Adolf Hoffmann Bergdorgeselle und Dubende andre, die jetzt einen Reichstagsstih inne hätten, wären auch nichts andres gemein. Da hat die „Post“ ganz recht, und wir betrauen ihr gewiß kein Geheimnis, wenn wir noch besonders darauf aufmerksam machen, daß auch in den socialdemokratischen Redaktionsstuben meistens solche „Gesellen“, Schustergejellen, Schneidergesellen, Fäberrgesellen und dergleichen sitzen. Und wenn es einmal in Deutschland soweit sein wird wie in Australien, dann werden sich die Schustergejellen sogar frech auf die Ministerstihel setzen, ohne die „Post“-Esel um Erlaubnis zu fragen. Die socialdemokratische Partei ist unter der Führung der Schuster- usw. Gesellen bisher recht wohl geblieben; solche Leute jedoch, die zum „Post“-Redakteur oder zum Minister von preussischen Junkers Gnaden gut genug sind, die wären sicher zum Schuster nicht gut genug — weil man als Schuster etwas gelernt haben muß.

Die Breslauer „Volkswacht“ teilt mit, daß ihr Abonnentenstand innerhalb Jahresfrist um 3000 gestiegen ist.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.
Die Polizei im Polizeistaate.

Wegen Beleidigung eines ehemaligen Polizeibeamten wurde gegen den Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“, Genossen Jander in Frankfurt a. M. öffentliche Klage erhoben. Jander hatte im September v. J. eine Notiz aus Griesheim veröffentlicht. Darin war mitgeteilt, daß dem dortigen Polizeiwachtmeister Holtmann keine Stellung gekündigt worden sei. Dies sei geschähen, weil Holtmann sich im Dienste fortgesetzter Diebstähle, der Urkundenfälschung im Amte und der Verleitung zur Unterschlagung schuldig gemacht habe.

Das Verfahren gegen Jander wurde längere Zeit ausgesetzt, bis ein gegen Holtmann schwebendes Strafverfahren wegen Diebstahls erledigt war. Dieses endete mit der Freisprechung Holtmanns. Das Gericht in Höchst nahm an, daß Holtmann nicht die Absicht gehabt habe, sich die von anderen Beamten beschlagnahmten Gegenstände, einen Kamm und zwei Besen, dauernd anzueignen. Genosse Jander trat für andre, dem Holtmann zur Last gelegten Diebstähle und Verfehlungen einen umfangreichen Wahrheitsbeweis an. Die Polizeigeanten Schwerberger und Dmmert behaupteten, daß Holtmann zwei beschlagnahmte Körbe voll Pfeffermünzen teils verheimlicht und seinen eignen Kindern gegeben hat. Durch die beiden Zeugen wurde ferner festgestellt, daß Holtmann ein beschlagnahmtes Gewehr fast ein Jahr lang im Besitz hatte!!

Dieses Gewehr hat er erst zurückgebracht, als er von einer gegen ihn und den Polizeibeamten Trippl gerichteten Anzeige wegen mehrerer Diebstähle Kenntnis bekommen hatte. Diese Anzeige, welche nach der eidlischen Bekundung Schwerbergers der Bürgermeister Wolf mehrere Monate in seinem Schreibtische liegen ließ, hatte Holtmann nachts eingesehen; am andren Morgen wurde auch das Gewehr wieder gebracht. Als Schwerberger dem Gemeindefretär Drömann von dem Diebstahl Mitteilung machte, meinte dieser: Er solle es nur anzeigen; es würde noch mehr gestohlen und läme doch einmal zum Brauch. Auch andre beschlagnahmte Sachen, wie Galanteriewaren und dergleichen, kamen abhanden. Festgestellt wurde ferner, daß Holtmann im Februar 1903 den Polizeigeanten Schwerberger zu verleiten suchte, 70 Kilo gestohlenes und beschlagnahmtes Blei zu verkaufen und den Erlös mit ihm zu teilen. Auch die Verleitung zu Urkundenfälschungen wurde bewiesen. Zeuge Bureaugehilfe Diener hat, wie er eidlisch bekundet, in mehreren Fällen seinen Namen unter Naturalisationsanträge setzen müssen. Einer der Anträge wurde sogar von der Heimatsbehörde des Antragstellers an die Griesheimer Behörde zurückgeschickt, mit dem Bemerkten, die Unterschrift könne nicht echt sein, da der Antragsteller eine ungenügende Schulbildung genossen habe. Ferner hat Holtmann zwei Signalkrupen, die beschlagnahmt waren, seinen Kindern geschenkt. Schwerberger bekundet ferner noch, er sei verdrängt worden, gegen eine Vergütung von 6 Mark eine gegen einen gewissen Nestor gerichtete Anzeige unterschlagen zu haben. Später habe sich herausgestellt, daß Holtmann von dem Nestor 3 M. erhalten habe. Holtmann scheint auch sonst als Beamter keinen einwandfreien Lebenswandel geführt zu haben.

Nach der eidlischen Aussage des Bürgermeisters Wolf wurde Holtmann entlassen, weil er sich oft betrunken und sogar einmal ein Mädchen betrunken gemacht hat. Wolf erklärte auch auf Befragen, daß der Artikel nicht die Veranlassung zur Entlassung gewesen sei; diese war schon beschlossene, als der Artikel erschien. Dem Zeugen Schwerberger hat Holtmann selbst erzählt, er habe einmal ein Mädchen, welches keine Wohnung hatte, zu seiner Frau führen wollen, habe es aber auf die Polizeiwache gebracht. Das Mädchen sei ihm aber nicht zu Willen gewesen, er habe es dann wieder entlassen. Auf Befragen muß der Bürgermeister zugeben, daß nach der Entlassung des Holtmann noch eine Rechnung für sogenannte Stammbücher bezahlt werden mußte. Den Verlauf dieser Bücher hatte Holtmann und ein andrer Beamter unter sich. Wer das nicht abgelieferte Geld für sich verwendet hat, konnte nicht ermittelt werden. Die Beamten Schwerberger und Dmmert, denen der Bürgermeister Wolf auch in der Verhandlung noch das beste Zeugnis ausstellt, wurden entlassen, weil sie „unboshäftig“ gegen Holtmann gewesen sein sollen. Diese Beamten verwahren sich dagegen. Holtmann habe in betrunkenem Zustande von ihnen Sachen verlangt, wozu er nicht berechtigt war. Trotz seiner Verfehlungen scheint sich Holtmann der besonderen Gunst des Bürgermeisters zu erfreuen. Dieser hat verschiedentlich versucht, ihm Stellen zu verschaffen, was er bei den andren Beamten, die sich auf geföhrt haben, nicht gethan hat. Auch der Antrag des Gemeindevrats, Holtmann eine Gnadenpension von 30 M. per Monat zu geben, deutet darauf hin. Durch eine zweite in der „Volksstimme“ erschienene Notiz will Holtmann bei Meyer, wo er eine Stelle bekommen hatte, entlassen worden sein. In der Notiz war der Bewunderung darüber Ausdruck gegeben, daß ein solcher schwerbelasteter Mann als Aufseher in einer Fabrik angestellt wird. Er tritt deshalb als Nebenläger auf und verlangt eine Ruhe von 1000 M.

Es mühte geradezu in Erstaunen setzen, daß Jander bei dieser Sachlage verurteilt werden könnte, wenn wir nicht wüßten, daß wir im Polizeistaate leben, der sein heiligstes unter allen Umständen vor unheiliger Kritik schützen muß. Das Urteil gegen Jander lautete auf 200 M. Geldstrafe und 600 M. Ruhe an Holtmann.

Das Gericht nahm an, daß der Beweis für die schweren Verbrechen nicht erbracht sei. Zweifello habe sich Holtmann große Uebergriffe und Pflichtwidrigkeiten erlaubt; kriminell strafbare Vergehen wären es aber nicht. Das Gewehr hat er in unberechtigter Weise benutzt. Das Gericht ist auch davon überzeugt, daß Holtmann das Gewehr erst zurückbrachte, nachdem er die gegen ihn gerichtete Anzeige gelesen hatte. Bei dem Blei bleibt es auch bei einer groben Pflichtverletzung. Eine Verleitung zum Verkauf des Bleies sei nicht strafbar.

Die Gehirnerschütterungen im Tannus.

In dem halbbredenden und gehirnerschütternden Kampfe um die „Ehre der deutschen Industrie“ — Gordon Bennett - Rennen genannt — ist die deutsche Industrie, wenn der Sieg denn entscheidend sein soll, ehelos geworden.

Es wird nämlich folgende Votschaft telegraphiert:

Saalburg, 17. Juni, 5 Uhr 15 Min. nachmittags. Thery passierte das Ziel nach 5 Stunden 50 Minuten 3 Sekunden, Jenach nach 6 Stunden 1 Minute 21 Sekunden. Thery ist Sieger.

Thery ist der Vertreter der französischen Automobil-Industrie, Jenach hat bei dem vorigen Rennen die deutsche Industrie zum Siege geführt.

Seine Deutschland über dies — Venzin-Jena!

Das am Sonntag auf dem Felde der Genzlin-Öhre geblieben ist, das wissen wir in diesem Augenblick noch nicht. Am Tage zuvor hatte der Baron Leitenberger Gelegenheit, den süßen Tod fürs Automobil zu sterben. Es liegen über diese Unfälle des Geldentums folgende Nachrichten vor:

Baron Leitenberger, österreichischer Großindustrieller, stürzte mit seinem Automobil, in welchem sich auch seine Gemahlin befand, an einer steilen Kurve bei Graebenwiesbach. Das Automobil fuhr in einen Graben und überschlug sich. Der Baron und seine Gemahlin wurden schwer und der Chauffeur sehr schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Im Laufe der Nacht verschied Baron Leitenberger.

Den zweiten Unfall erlitt der Berliner Hotelier Uhl. Er fuhr mit seinem vierwheiligen Mercedes-Wagen den Abhang bei der Saalburg hinunter, sein Chauffeur verlor die Gewalt über den Wagen, und in einer Kurve, nahe Dornhofshäusern, stürzte der Wagen über einen Graben hinweg ins Feld und verlor hierbei das linke Vorderrad. Herr Uhl, der Chauffeur und ein dritter Insasse, der Hotelier Wähling aus Frankfurt a. M., flogen heraus; Herr Uhl kam jedoch mit einer leichten Armverrenkung und Herr Wähling mit einer blutigen Stirnwunde und dem Schrecken davon.

Ueber weiteren Verlauf des Rennens berichtet ein Korrespondenz-Bureau, daß Dyei zum zweitenmal Beck gehabt und nunmehr endgültig das Rennen aufgegeben hatte. Er hatte einen Achsenbruch erlitten, der nicht mehr zum Reparieren war. Die Nachricht von seinem Ausscheiden wurde mit allgemeinem Bedauern aufgenommen. Wenige Minuten später erfuhr man, daß auch Edge hatte absteigen müssen, da ihm bei Reuhof ein Pneumatik geplatzt war. Die Auswachsung erforderte einen Aufstich von zwanzig Minuten, dann fauste der wohlgenährte phlegmatische Engländer weiter, um den Zeitverlust möglichst einzuholen. Sein Landsmann Warden, der einen der österreichischen Wagen steuerte, fuhr in der Nähe von Eschenheim in einen Straßengraben, doch rappelte auch er sich wieder auf. Dann meldete der Telegraph noch den Tod eines Hundes, den Jenahy bei Königstein überfahren hatte. Damit war die Unfallsliste erschöpft.

Saalburg, 17. Juni. (B. Z. V.) Jenahy und Thöry wurden am Ziel mit stürmischer Begeisterung empfangen.

Saalburg, 17. Juni. (B. Z. V.) Baron de Caters passierte das Ziel nach 6 Stunden 46 Minuten 31 Sekunden als Dritter. Ferner passierten das Ziel: Braun nach 6 Stunden 59 Minuten 49 Sekunden, Lancia nach 7 Stunden 17 Minuten 54 Sekunden, Werner nach 7 Stunden 32 Minuten 14 Sekunden. Während des Rennens ereignete sich kein erheblicher Unfall.

Aus Industrie und Handel.

Aus dem Geschäftsbericht des Kohlenhandels für 1903 sichern so nach und nach ein paar dürftige Angaben durch, und gerade über alles, was die eigentlichen Kohlenkonsumenten und die Oefentlichkeit besonders interessiert, wie Preispolitik, Lieferungsbedingungen, Gewinnkonto u. dgl. erfährt man wieder nichts. Aus den Angaben, die durch die Syndikatspresse veröffentlicht werden, können denn so bisher auch nur für weitere Kreise die statistischen Angaben über die Entwicklung der Steinkohlen-Gewinnung in den wichtigsten einheimischen Kohlenrevieren in Betracht.

Damals ist die Kohlenproduktion in Preußen im Jahre 1903 auf 108 780 155 Tonnen gestiegen, das sind 8 Millionen mehr als im Vorjahre; von dieser Steigerung entfallen allein auf das Ruhrbecken 7 Millionen, denn hier ist die Kohlenförderung von 58 1/2 Millionen Tonnen im Jahre 1902 auf 65 1/2 Millionen Tonnen im Jahre 1903 emporgegangen. Diese 65 1/2 Millionen Tonnen des Ruhrbeckens stellen über 60 Proz. der gesamten preussischen Kohlenproduktion dar. Und nun ist bedeutsam, daß von diesen 65 1/2 Millionen Tonnen von Syndikatszechen wieder allein nahezu 64 Millionen Tonnen produziert werden oder 49,48 Proz., das heißt: fast genau die Hälfte der gesamten preussischen Produktion! In früheren Jahren war dies Verhältnis ja bekanntlich noch ein wenig größer, 1901 förderten die Syndikatszechen 49,81 Proz. der gesamten preussischen Produktion, 1897—1899 etwas über 50 Proz. und 1900 sogar 51,08 Proz. Seit der Gründung des Kohlenhandels im Jahre 1893 ist dies Verhältnis im großen und ganzen das gleiche geblieben, immer unterstand etwa die Hälfte der preussischen Kohlenförderung der Macht und damit der Willkür des Kohlenhandels; erst aus diesem Verhältnis begreift sich der ungeheure Einfluß der Syndikatspolitik auf die ganze wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, andererseits springt aus diesem Verhältnis der Produktion aber auch die große Verantwortung hervor, die der Staat und die volkfreundlichen Parteien haben, die Kohlenkonsumenten dieser Macht des Syndikats gegenüber energisch zu schützen.

Dem oberdeutschen Montanmarkt. Nach der „Dreslauer Zeitung“ hat sich die Marktlage für die Erzeugnisse der Montanindustrie während der letzten Wochen durchaus befriedigend entwickelt. Die zunehmenden Aufträge haben die Produktion gesteigert.

Gegen Petroleum-Tanks hat sich in einem von der Regierung eingeforderten Gutachten über die Deutsch-amerikanische Petroleum-Gesellschaft die Leipziger Handelskammer ausgesprochen. Es heißt in dem Gutachten, es liege für die Behörden bis jetzt zwar kein Grund vor, die Gesellschaft, die zum größten Teil aus deutschem Kapital fundiert sei, zu bekämpfen, es sei aber nicht angebracht, daß ihre von behördlicher Seite irgendwelche Erleichterungen gewährt würden. Von einem Monopol der Gesellschaft könne zwar kaum die Rede sein, aber sie habe versucht und versuche noch, einen entscheidenden Einfluß auf den Markt zu gewinnen. Der Verkauf des Petroleum in Tankwagen (die unmittelbar aus den Tanks gefüllt werden) bezwecke, den Großhandel auszuhalten. Die Gesellschaft verpflichte zwar die Detailisten nicht, zu einem bestimmten Preise zu verkaufen, sie verkaufe auch nicht selbst direkt an Konsumenten, doch sei die Befürchtung, daß dies letztere der Fall sein werde, nicht von der Hand zu weisen. Dadurch werde dann auch der Zwischenhandel schwer getroffen. — Man sieht, das Gutachten vertritt völlig einseitig den Interessenstandpunkt des großen und kleinen Zwischenhandels, das Interesse des Konsumenten kommt nicht in Frage, höchstens insoweit, als „befürchtet“ wird, die Petroleum-Gesellschaft könne direkt an Konsumenten verkaufen, wobei dann der schöne Händlerprofit wegfallen könnte. Uebrigens hat der reaktionäre sächsische Landtag schon früher denselben Standpunkt gegenüber den Tankwagen vertreten.

Die Lage des englischen Eisenmarktes ist noch immer eine gedrückt. Die Zwischenhändler bieten fortwährend hohe Preise zu erzwungenen Preisen an. Der Export weist eine erhebliche Abnahme auf.

Gewerkchaftliches.

Schwarze Saarabier.

Eine Generalaussperrung sämtlicher organisierter Arbeiter wird gegenwärtig in Münster, der Hochburg der westfälischen Centrums-partei, in Scene gesetzt. Zweck dieser Massenauflösung ist nicht etwa Ablehnung der Forderungen, welche die Arbeiter gestellt haben, nein, die sofortige Bewilligung dieser Forderungen. Hier gilt es vielmehr, das Kontraktionsrecht der Arbeiter zu zerstören. Was die um Herold herum im Innersten ihres Herzens wünschen, befehlen sich die lokalen Centrumsgrößen in die Praxis umzusetzen. Wir sagen Lokale Centrumsgrößen, denn mit Ausnahme des Hof-Planofortefabrikanten Herrn Knake, der eine ausgeprobenere

Arbeiterpartei für Liberalismus hat, gehören fast sämtliche Unternehmer und ehrbare Handwerksmeister, die ihre Arbeiter wegen Ausübung eines ihnen gesetzlich gewährleisteten Rechts brutal aufs Pfaster getworen haben, der Centrumpartei an und bekleiden in dieser „arbeiterfreundlichen“ Partei mehr oder minder hervorragende Pöstchen und Ämter.

So ist Herr Grewe, der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe des Arbeiterschutzes-Verbandes für das Baugewerbe, unbesoldetes Magistratsmitglied, mehrere andere Bau-Unternehmer sind Stadtverordnete, alle auf das bekannte Programm für Wahrheit, Recht und Freiheit vereidigt. Und was die ehrlichen Tischlermeister anbelangt, die ja auch zu nächsten Sonnabend ihre Gefellen auf den Hungeretat zu sehen beabsichtigen, so gehören 90 Prozent derselben dem katholischen Gesellenverein als Ehrenmitglied an, viele gehören dem Centrums-Wahlomitee an, oder bekleiden Stellungen im Volksverein für das katholische Deutschland.

Dies alles hindert jedoch die frommen Herren nicht, im Falle eines Attentats auf ihren heiligen Profit nach dem Grundgesetz zu handeln: Nicht auch nach meinen Worten, aber nicht nach meinen Werken. In diesem Bestreben werden dieselben aber auch nach Kräften unterstützt von der katholischen Presse, welche samt und sonders „arbeiterfreundlich“ ist. In Frage kommen der „Westfälische Merkur“, die „Münstersche Zeitung“ und der „Münstersche Anzeiger“. Kamentlich letzterer, hervortragend in rader Bekämpfung der Socialdemokratie, ist eifrig bemüht, durch eine mehr als zweideutige Haltung seine „Arbeiterfreundlichkeit“ zum Ausdruck zu bringen.

Das Empörende eines solchen Verhaltens tritt aber noch besonders grell hervor, wenn man bedenkt, daß es sich bei der Generalaussperrung in Münster größtenteils um christlich organisierte Arbeiter (!) handelt, um Leute, die — solange sie sich als Sturmböck gegen die freien Gewerkschaften brauchen liegen — bis über den Scheitelpunkt gelobt wurden. Dies Wohlwollen hat mächtig nachgelassen, sollte es sich vielleicht um eine „christliche Nachtprobe“ handeln?

Die Folgen dieses „arbeiterfreundlichen“ Verhaltens seitens der Centrumpresse sind denn auch die, daß auch die hiesigen katholischen Arbeiter schon zu der Einsicht gekommen sind, daß es nur einzig und allein die socialdemokratische Presse ist, die ihre Interessen vertritt. Zu der Aussperrung selber sei mitgeteilt, daß bisher 380 Bauarbeiter und 180 Zimmerer davon betroffen sind. Zu diesen gesellen sich am nächsten Sonnabend noch 300 Tischlergesellen, so daß nächste Woche annähernd 1500 Arbeiter wegen Ausübung des Kontraktionsrechts arbeitslos sind.

Und das im nordischen Rom!

Deutsches Reich.

Stettin, 17. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Steinfeger und Hammer sind in einen allgemeinen Ausstand getreten; sie fordern die neunstündige Arbeitszeit und eine Lohn-erhöhung von 10 Pf. pro Stunde. Stettin, Altdamm und Stargard sind gesperrt.

Lohnreduzierung im Vorigewerk.

Der „Voss. Zig.“ wird aus Breslau telegraphiert: Im Walzwerk des Vorigewerkes hat die ganze Belegschaft der Feinstrecke infolge einer Lohnreduzierung die Arbeit niedergelegt.

Die Situation im Baugewerbe zu Bremen weist wesentliche Veränderungen nicht auf. Bei den Maurern sind 1404 Streikende in die Liste eingetragen, wovon 905 mit 1685 Kindern beschäftigt sind. Bauarbeiter befinden sich 1190 im Streik, davon 742 verheiratete, die insgesamt 2258 Frauen und Kinder zu ernähren haben. 126 Maurer arbeiten zu den neuen Bedingungen. Den Bauarbeitern wurden ihre Forderungen von 40 Arbeitgebern bewilligt; jedoch ist ein Versuch dahin gescheitert, nur da in Arbeit zu treten, wo die Forderungen auch von Arbeitgebern bewilligt sind. In allen Fällen wollen die in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen gemeinsame Sache machen.

Ächtung, Schuhmacher! Die Arbeiter und Arbeiterinnen der mechanischen Schuhfabrik von Oaase u. Kuh sind am 18. Juni nach vierzehntägiger Kündigungsfrist in den Ausstand eingetreten. Die Ursachen des Ausstandes sind bereits bekannt gegeben, sie beruhen in der Maßregelung von drei organisierten Kollegen. Am Ausstand beteiligt sind 53 Personen, darunter 22 weibliche. Die Ausständigen sind sämtlich bis auf eine Person organisiert. Der Fabrikant sucht auch Arbeitskräfte von Berlin heranzuziehen. Wir erlauben, den Zugzug nach Romaues streng fernzuzubalten. Die Agitationskommission des Vereins deutscher Schuhmacher.

Ausland.

Die Aussperrung in der Diamantindustrie. In den letzten Tagen haben nun auch in Amsterdam Verhandlungen zwischen den Vertretern beider Parteien, und zwar unter Leitung des neuen Vorsitzenden der Antwerpener Arbeiter, des Herrn Koetermans, stattgefunden. Nach dem der Presse mitgeteilten Bericht wurde dabei „vollkommene Uebereinstimmung hinsichtlich eines Uebereinkommens erreicht, das den in Betracht kommenden Organisationen vorgelegt werden soll und beiden Parteien eine befriedigende und ehrenvolle Beendigung des Konfliktes bringen wird.“ — Der Inhalt des Uebereinkommens wird vorläufig noch geheim gehalten. Die Amsterdamer Diamantarbeiter-Organisationen haben auf Freitagabend eine kombinierte Mitgliederversammlung einberufen, um über die Annahme der Vorschläge zu entscheiden.

Der Streik der Hasenarbeiter von Brest ist beendet. Die beiderseitigen Organisationen haben folgende Uebereinstimmung getroffen: Der Lohn beträgt in Zukunft 50 Cent. pro Stunde; die Arbeit beginnt um 7 Uhr morgens und endet um 6 Uhr abends; Ueberstunden, sowie Sonntags- und Feiertagsarbeit werden mit 75 Cent. pro Stunde entlohnt; eine Abschlagszahlung von 2 Franc ist jedem Arbeiter am Abend auszuführen.

Soziales.

Um den ursächlichen Zusammenhang zwischen einem Unfall und einem landwirtschaftlichen Betriebe handelte es sich bei einem Rechtsstreit des jugendlichen Ringel wider die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft. A. hatte sich beim Holzspalten mit der Äxt den linken Daumen verletzt. Er beantragte eine Unfallrente, indem er geltend machte, der Unfall sei als Unfall beim landwirtschaftlichen Betriebe anzusehen. Die Berufsgenossenschaft holte eine behördliche Auskunft über die tatsächlichen Verhältnisse ein. Danach hatte der Vater des Klägers einen landwirtschaftlichen Betrieb im Umfange von etwa 6 Hektar, der aber infolge Geisteskrankheit — der Mann kam ins Irrenhaus — sehr zurückging. Die Söhne sollten etwas verdienen, sie wurden deshalb angehalten, für die Gemeinde und auch für private Personen Holz klein zu machen. Am Unfalltag hat nun Klägers für die Schwiegermutter eines Onkels, für die Witwe Schäfer, Holz gespalten, das zur Heizung der Zimmer und zur Zubereitung von Speisen dienen sollte. Die Witwe Schäfer selbst hat keinen landwirtschaftlichen Betrieb mehr. Ihre Landwirtschaft hat sie ihren beiden Schwiegerjungen überlassen, woraus für diese die Verpflichtung erwuchs, zu ihrem Lebensunterhalt beizutragen und ihr unter anderem in der Landwirtschaft gewonnene Naturalien zu überlassen. — Gerade auf den letzteren Umstand berief sich der Kläger. Hier wäre zweifellos ein Zusammenhang mit dem landwirtschaftlichen Betriebe gegeben, denn das gespaltene Holz habe zum Teil den Zweck gehabt, bei der

Zubereitung jener aus der Landwirtschaft stammenden Naturalien verwendet zu werden. Es bestände also ein ursächlicher Zusammenhang zwischen einem landwirtschaftlichen Betriebe und dem Unfall; Klägers habe demnach Anspruch auf eine Unfallrente.

Die Berufsgenossenschaft lehnte jedoch den Anspruch ab. Auch das Schiedsgericht erkannte zu Ungunsten des Klägers und des Reichs-Versicherungsamt verwarf seinen Rekurs. Der Senatsvorsitzende Geheimrat Graf bemerkte in der Urteilsbegründung, daß ein Unfall beim landwirtschaftlichen Betriebe nicht angenommen werden könne. Die Witwe Schäfer habe keinen mehr und ein Zusammenhang des Unfalls mit dem landwirtschaftlichen Betriebe ihrer Schwiegerjunge sei zu verneinen. Es handele sich lediglich um einen Unfall bei der Hauswirtschaft der Frau Schäfer. Die Unfallrente sei darum mit Recht verweigert worden.

Die Art der Begründung des Rentenanspruches legt die Vermutung nahe, daß sie dem Verletzten von einem Winkelschlichter eingegeben worden ist, der dafür denn natürlich auch Bezahlung genommen hat.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schon wieder ein Truppentransport nach Südwest-Afrika.

Hamburg, 17. Juni. (B. Z. V.) Heute nachmittags 5 1/2 Uhr ging mit dem Dampfer „Valatia“ ein neuer Truppen- und Pferde-Transport nach Deutsch-Südwestafrika ab. Der kommandierende General v. Bod und Polak, der zur Verabschiedung erschien, brachte ein Hoch auf Seine Majestät den Kaiser aus, der Transportführer Major Meißner ein Hoch auf Heer und Marine.

Bergarbeiterstreik.

Essen a. d. Ruhr, 17. Juni. (B. Z. V.) In einer Abteilung der Gesellschaft „Deutscher Kaiser“ treten wegen Lohnunterschieden von 1000 Mann 700 in den Ausstand.

Der Diamantarbeiter-Ausstand beendet.

Amsterdam, 17. Juni. (B. Z. V.) Die Diamantarbeiter nahmen mit 3274 gegen 1186 Stimmen die Vermittlungsvorschläge der vereinigten Versammlung der Arbeitgeber und Arbeiter in dem Streitpunkt für die Lehrlingsfrage und den Reinfundentag an. Die Arbeitgeber nahmen mit Ausnahme von sechs die Vorschläge an. Der Ausstand, der 4 1/2 Monat gedauert hat, ist somit beendet.

Die Karthäuser Angelegenheit vor der Untersuchungskommission.

Paris, 17. Juni. (B. Z. V.) Die Kommission zur Untersuchung der Karthäuser-Angelegenheit vernahm heute Chabert, welcher erklärte, daß er im Laufe einer Unterhaltung beiläufig einmal Lagrange gefragt habe, die Karthäuser würden Aug. daran thun, der Regierung zwei Millionen anzubieten, um die Genehmigung zu erhalten; er fügte hinzu, daß er mit mehreren Freunden dem Komitee Lagrange, welches für die Postfilial Walded-Rouffeaux eintrat, 100 000 Franc überwiesen habe; er lehnte es jedoch ab, die Namen seiner Freunde, die sich bei dieser Spende beteiligt haben, anzugeben und lehnte es ferner ab, über den Ursprung seiner Beziehungen zu Millerand und über die Angelegenheiten, welche dieser ihm anvertraut habe, Angaben zu machen.

Paris, 17. Juni. (B. Z. V.) Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung vernahm die Kommission für die Untersuchung der Karthäuser-Angelegenheit Wassourand, den Vorsitzenden des republikanischen Komitees für Handel und Industrie. Dieser erklärte, er wisse nichts von der Millionen-Affäre der Karthäuser. Das von ihm geleitete Komitee habe Gelder empfangen und ausgegeben für den Wahlkampf gegen die oppositionellen Vereinigungen. Damit niemand bloßgestellt würde, seien über Einnahme und Veranschlagung der Gelder keine Quittungen ausgestellt worden, auch habe er keine Rechenenschaft abzulegen gehabt. So habe er die 100 000 Franc von Chabert erhalten, den er nicht gekannt habe; Chabert habe dies Geld im Namen einer Gruppe von Industriellen, die anonym bleiben wollten, eingezahlt.

Verhaftung eines Kolonialhelden.

Paris, 17. Juni. (B. Z. V.) Justizminister Fallé verhängte die Verhaftung des ehemaligen Generaladministrators von Französisch-Westafrika, Gerard. Derselbe soll angeblich Grausamkeiten an Eingeborenen begangen und seinen Dolmetscher, einen Neger, ermordet haben.

Automobil-Unfall.

Paris, 17. Juni. (B. Z. V.) Bei Mais fuhr ein Automobil, in welchem sich ein Ländler mit seiner Gemahlin und einem Chauffeur befand, gegen einen Eisenbahnzug, da infolge Unachtsamkeit des Bahnwärters die Schranke nicht geschlossen war. Das Automobil wurde zertrümmert, die drei Insassen sind tödlich verletzt.

London, 17. Juni. (B. Z. V.) Das Unterhaus nahm heute die dritte Lesung der Bill an, wonach ausländische Silberwaren mit einem deutlichen Kennzeichen versehen sein müssen.

Polizei-Exzess in Warschau.

Warschau, 17. Juni. (B. Z. V.) Beim Ausbruch eines Brandes von Apothekermaterialien am 13. d. M. besetzte eine Anzahl Arbeiter den Hof des Grundstückes, die auf die Aufforderung der Polizei, auseinander zu gehen, mit Steinen warfen. Der hinzugelommene Ober-Polizeimeister wollte auf den Hof gehen, wurde jedoch von den Arbeitern nicht hineingelassen. Als Kosaken herbeieilten, wurden sie mit Steinwürfen und zwei Schüssen empfangen. Die Kosaken gaben darauf zwei Salven ab. Ein Arbeiter ist tot, drei schwer und einige leicht verwundet. Von den Polizeimannschaften wurden 10 leicht durch Steinwürfe verwundet, 16 Arbeiter wurden verhaftet.

Vom russisch-japanischen Kriegsschauplatz.

Tokio, 17. Juni. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Ein Bericht der Volkzeitung Saga bei Sasebo besagt, daß längs der Küste Kanonendonner gehört wurde. Es sei möglich, daß die japanische Flotte mit der russischen zusammengestoßen und eine Schlacht im Gange sei.

Ragafak, 17. Juni. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Das japanische Transportschiff „Katsuno Maru“ rampte, als es gestern nach in Roffi einließ, die „Jamatoan“ an und sank. Das Transportschiff „Sado Maru“, welches von den Russen beschädigt wurde, geriet bei Oinoschima auf Grund. Die „Gino Maru“ ist von Roffi zur Hilfe abgegangen.

Tokio, 17. Juni. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Die „Ise Maru“ ist heute mit weiteren Ueberlebenden von der Mannschaft und dem Truppentransport der „Sado Maru“ in Akura eingetroffen. Es bestätigt sich, daß die „Sado Maru“ nicht untergegangen ist. Sie wird von der „Gino Maru“ geschleppt.

Sur Dampfer-Katastrophe.

New York, 17. Juni. (B. Z. V.) Die Untersuchung über das Brandunglück ergibt schwere Verfehlungen der Geschäftsleitung des Schiffes. Einen peinlichen Eindruck machte es, daß der deutsche Volkshändler Speck von Sternburg bei seinem öffentlichen Auftreten hier kein Wort über das Unglück sagte, während beispielsweise der Major Mac le Jan, der auch sein Erscheinen an Schiffsfesten zugefagt hatte, schriftlich eine sehr sympathisch berührende Abgabe schied.

faktionen unter sozialdemokratischem Einfluß. Selbständige Arbeiterinnen-Organisationen giebt es seit wenigen Jahren. In den staatlichen Fabrikfabriken sind fast alle Arbeiterinnen organisiert, 3400 sozialdemokratisch, 200 christlich. Die jetzige Regierung hindert die Organisation der Staatsarbeiter nicht, sie ist in dieser Hinsicht einsichtiger wie die Regierungen anderer, benachbarter Staaten. Eine Organisation der Heimarbeiterinnen mit 800 Mitgliedern ist von der Sozialdemokratin Adelheid Popp ins Leben gerufen, die sich um die Organisation der Heimarbeiterinnen große Verdienste erworben hat. Die großen politischen Frauen-Organisationen sind sozialdemokratisch.

Nachdem eine amerikanische und eine französische Referentin, sowie einige Diskussionsrednerinnen gesprochen hatten, erhielt Lily Braun, mit starkem Applaus begrüßt, das Wort. Sie sagte unter anderem: Fräulein Aders hat die Gewerkschaftsbewegung objektiv besprochen, sie hat aber nicht — wie Frau Lang hinsichtlich der österreichischen Verhältnisse — gesagt, daß es in Deutschland die sozialdemokratischen Frauen waren, die unter ungeheuren Opfern die Organisationsarbeit in den Reihen ihrer unterdrückten und ausgebeuteten Mischweibern betrieben haben und noch betreiben. Auch unsere männlichen Gewerkschaftler haben die Organisation der Frauen längst betrieben und durchgeführt. Das muß den bürgerlichen Frauen gesagt werden: Es handelt sich nicht darum, daß man zu den Arbeiterinnen geht und sie für die Organisation zugänglich zu machen sucht, sondern man muß vor allem den Kampf aufnehmen gegen das Unternehmertum, welches mit den brutalsten Mitteln die Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen zu hindern sucht. Die von bürgerlichen Frauen ins Leben gerufene Dienstboten-Organisation ist keine Arbeiterinnen-Organisation, wie sie sein soll. Ich wünsche, sie wäre es, und die Dienstboten legten eines Tages die Arbeit nieder. Dann wollten wir einmal sehen, was die Frauen machen. Die christliche Organisation der Heimarbeiterinnen ist im wesentlichen eine Unterstützungs-, aber keine Kampforganisation. Der Vorstand dieser Organisation hat das Recht, um Aufnahme nachsuchende ohne weiteres zurückzuweisen. Weil die Heimarbeiterinnen noch auf einer sehr tiefen Stufe stehen, darum ist es für sie eine Gefahr, wenn vornehme Damen als Protektorinnen zu ihnen kommen. Aufgerüttelt, nicht protegirt müssen die Arbeiterinnen werden. Es ist zu bebauern, daß hier nicht Arbeiterinnen über ihre Verhältnisse sprechen konnten. Daß es nicht geschehen konnte, ist ein Zeichen für den Egoismus der bürgerlichen Frauen, die diesen Kongress mit der goldenen Mauer eines Eintrittsgeldes von 2 bis 3 M. umgeben haben. Diese Mauer können die Arbeiterinnen, selbst wenn sie am Kongress teilnehmen wollten, nicht übersteigen. (Großer Beifall.)

Nach Lily Braun sprachen noch einige Diskussionsrednerinnen, die den bürgerlichen Standpunkt vertraten.

Aus der Frauenbewegung.

Adershof. Am Montag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Wehner, Bismarckstraße 60, eine Vollerversammlung für Frauen und Männer statt. Herr Dr. A. Bernstein spricht über das Vereins- und Versammlungsrecht. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die weibliche Vertrauensperson.

Neu-Weissenfee. Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am 13. Juni eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Der Schriftsteller Herr Baege sprach über Darwinische Theorie. In klarer übersichtlicher Weise schilderte Redner die Entwicklung und Abstammung der verschiedenen Lebewesen bis hinauf zum Menschen. Aufmerksamkeit folgte die Versammlung den lehrreichen Ausführungen des Redners und dankte durch lebhaften Beifall. Dem interessanten Vortrage folgte eine rege Diskussion. — Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 10. Juli unser Sommerfest stattfindet.

Berichtigung. In dem Bericht über den Vortrag der Genossin Lily Braun über „Sozialdemokratie und Frauenstimmrecht“ (Nr. 139 vom Donnerstag) sind an einer Stelle durch Druckfehler aus „proletarischen“ Frauen „patriotische“ Frauen geworden. Es muß, wie gesagt, „proletarische“ Frauen heißen.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Geehrte Redaktion!

Aus dem Bericht über die Versammlung vom 14. Juni sehe ich, daß Sie mich nicht gut verstanden haben. Sie berichten, daß wir schweizerischen Frauen aller Parteien zusammenarbeiten. Das ist richtig. Sie vergessen aber meine weitere Ausführung darüber, wie es geschieht. Die schweizerischen sozialdemokratischen Arbeiterinnenvereine arbeiten jeder für sich auf seinem Gebiete unabhängig; ebenso alle Sektionsvereine des Bundes schweizerischer Frauenvereine. Diesem Bunde haben sich bis jetzt etwa fünf Arbeiterinnenvereine angeschlossen. Weil die Statuten des Bundes verlangen, daß alle Beschlüsse einstimmig gefaßt werden, können wir Arbeiterinnen sehr wohl mit dabei sein. Diejenigen Arbeiterinnenvereine, welche dem Bunde nicht angehören, sind doch mit vielen seiner Arbeiten einverstanden und schließen sich denselben an. So hat sich der Centralverband schweizerischer Arbeitervereine, der es seinen Zweigvereinen freistellt, dem Bunde schweizerischer Frauenvereine beizutreten oder nicht, schließlich das Zusammengehen mit denselben in der Agitation für Aufnahme der Frau und der Wöchnerin in die allgemeine Krankenversicherung beschlossen. Er hat ein bestimmendes Gewicht zu der diesbezüglichen Petition an den Bundesrat gerichtet. Zugleich stellte er seine Mitarbeit in der Agitation für das Stimmrecht in Aussicht. Auf diese Weise arbeiten wir zusammen in vielen Fragen, ohne daß wir in anderen Fragen gehindert sind, unsere eignen Wege zu gehen.

Frau Marie Adam.

Zehnte ordentliche Generalversammlung der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg.

1. Sitzung vom 15. Juni 1904.

Die Generalversammlung wird von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats Kallosen-Dresden eröffnet, der die Verhandlungen leitet. Als Schriftführer fungiert Herr H. Stettin, als Führer der Rednerliste P. S. H. Hamburg.

Der Geschäftsführer der Großeinkaufs-Gesellschaft E. Scherling begrüßt die auswärtigen Gäste. Er konstatiert mit Genugthuung, daß die Beziehungen zwischen der Großeinkaufs-Gesellschaft und den Genossenschafts-Verbänden der Nachbarländer immer freundschaftlicher und enger werden. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter des Centralverbandes deutscher Konsumvereine, dessen Gründung von der Erstarkung der Genossenschaftsfrage Zeugnis ablegt und für die Großeinkaufs-Gesellschaft eine wertvolle Entlastung bedeute.

Der Sekretär des Verbandes schweizerischer Konsumvereine Dr. Hans Müller-Walser überbringt die Grüße und Glückwünsche der schweizerischen und zugleich auch der dänischen, englischen, schottischen, französischen und holländischen Genossenschaftsverbände. Er spricht in Ausdrücken der Anerkennung und Bewunderung von der Bedeutung der Großeinkaufs-Gesellschaft, die in den zehn Jahren ihres Bestehens eine größere Arbeit geleistet hätte, als andre Verbände in 40 und mehr Jahren. Die Geschichte der Großeinkaufs-Gesellschaft sei ein glänzendes Stück deutscher nationaler Entwicklung.

Der Vorsitzende des Centralverbandes deutscher Konsumvereine A. Aders überbringt der Großeinkaufs-Gesellschaft die Grüße des Centralverbandes, der ohne die Arbeit der Großeinkaufs-Gesellschaft nie zu stande gekommen wäre; daher müßten auch die deutschen Konsum-Genossenschaften stets treu zu ihrer Großeinkaufs-Gesellschaft halten.

Hierauf erstattet der Geschäftsführer der Großeinkaufs-Gesellschaft Scherling den Geschäftsbericht. Der Umsatz der Großeinkaufs-Gesellschaft ist in diesem Steigen begriffen; in den ersten fünf Monaten dieses Jahres ist er schon um 2 Millionen Mark

größer, als im Vorjahre. Das Kapital der Großeinkaufs-Gesellschaft hat um 1/2 Million Mark erhöht werden müssen, da bekanntlich die Finanzgründung der Eigenproduktion durch Gründung einer Seifenfabrik beschlossen ist. Auch die Errichtung einer Konsumgenossenschaftlichen Bank wird erwogen.

Der Vorsitzende verliest den Revisionsbericht des Revisors J. Heins, der keinerlei Ausstellungen zu machen hat. Bücher und Belege seien in musterhafter Ordnung.

In der Diskussion über den Geschäftsbericht findet Bauer-Mainz, daß die Unkosten im Verhältnis zum Umsatz zu hoch seien. Vielleicht sei der Beamtenstab zu groß. Der Geschäftsführer Scherling erklärt die scheinbare Steigerung des Unkostencontos durch die neuen Aufgaben der Großeinkaufs-Gesellschaft. Der Beamtenstab sei eher noch zu klein, als zu groß.

Von einigen Rednern wird eine Anzahl kleinerer Wünsche vorgetragen, die sich auf die Art der Fakturierung z. B. beziehen oder lokale Angelegenheiten betreffen. Die Thüringer verlangen Errichtung eines eignen Lagerhauses der Großeinkaufs-Gesellschaft für Thüringen. Einige Weiterleit rufen eine komplizierte Gänse-Affaire hervor, in der der Frankfurter Vertreter beweglich Klage führt, aber unter Zustimmung der Versammlung von dem Geschäftsführer Scherling zurückgewiesen wird.

Der Geschäftsführer Lorenz berichtet über eine von einem Herrn in Charlottenburg verfaßte und verandete Kritik der Geschäftsführung der Großeinkaufs-Gesellschaft, die er vollständig zerplückt. Der betreffende Herr beschäftige sich seit ganzen zwei Monaten mit der Genossenschaftsbewegung (Weiterleit), es sei ihm daher nicht besonders übel zu nehmen, daß er von dem ganzen Wesen des Genossenschaftswesens noch zu wenig verstehe.

Die weitere Debatte betrifft nur noch Nebensächlichkeiten, weshalb sie nach kurzer Zeit beendet wird.

Den Geschäftsführern wird widerspruchslos Entlastung erteilt.

In der Debatte über die Verteilung des Reingewinnes wird von Seiten der Berliner und Mainzer Vertreter beantragt, von einer Rückvergütung an die Vereine diesmal abzusehen und den gesamten Reingewinn dem Reservefonds zuzuführen. Ein anderer Antrag verlangt, die im Vorjahre gestrichene Entschädigung der Aufsichtsratsmitglieder wieder einzuführen. Die Debatte hierüber wird auf morgen vertagt.

Zweite Sitzung am 16. Juni 1904.

Zunächst wird die gestern abgebrochene Debatte über die Verteilung des Reingewinnes fortgesetzt. Von zwei Seiten ist beantragt worden, von einer Vergütung an die Vereine diesmal abzusehen und den gesamten Reingewinn dem Reservefonds zuzuführen. Ferner ist beantragt, die im Vorjahre gestrichene Entschädigung der Aufsichtsratsmitglieder wieder einzuführen.

Eberle-Bremen bekämpft diesen Vorschlag. Die Tätigkeit des Aufsichtsrats müsse Anerkennung finden, aber nicht in klingender Münze.

Fleischer-Dresden bedauert es, daß die Aufsichtsratsmitglieder nicht ganz von selbst eine solche Entschädigung abweisen. Die Diäten seien eine vollständig ausreichende Entschädigung.

Bollmar-Hagen bezeichnet derartige Anschauungen als sehr rückständig.

A. H. Mann-Braunschweig meint gleichfalls, jede Arbeit sei ihres Lohnes wert. Von Anerkennungen könne man nicht leben. Zudem gehe es hier keineswegs um „Idealismus“, sondern um den Pfennig, den die Konsumvereine mehr erhalten wollten. Die Diäten seien keine Entschädigung, sondern lediglich ein Gehalt.

Vom Konsumverein Lötian (Fleischer) wird beantragt, dem Aufsichtsrat als Entschädigung für die Arbeiten, die etwa außerhalb der Sitzungen zu verrichten wären, die Summe von 600 M. zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag wird angenommen, alle übrigen werden abgelehnt, die Anträge auf Befall der Rückvergütung gelangen gar nicht zur Abstimmung, da sie nach der Ansicht des Vorsitzenden statutenwidrig sind. Die Verteilung wird nach den Vorschlägen des Vorstandes festgestellt.

Ein Anspruch des Herrn Raucher-Karlstraße auf Auszahlung seiner Remuneration als früheres Aufsichtsratsmitglied, die er nach dem damaligen Statut zu beanspruchen hat, wird gutgeheißen.

Geschäftsführer Lorenz macht hierauf sehr interessante Mitteilungen, die die in diesem Frühjahr beschlossene Errichtung einer Seifenfabrik in Alen an der Elbe betreffen. Die Grundstücksübertragung ging nicht ohne Schwierigkeiten von statten, da infolge eines etwas vorläufigen Artikels in einem sozialdemokratischen Blatte das Gerücht von Konsumvereinsfeindlichkeit Seite aufgebracht wurde, als ob es sich hier um eine sozialdemokratische Gründung handle. Der bekannte frühere Reichstags-Abgeordnete Plade, der in Alen eine Schiffswerft besitzt und eine sehr einflußreiche Persönlichkeit ist, setzte alle Hebel in Bewegung, um die Sache zu hintertreiben. Die Geschichte hat viel Ärger, Zeit und Kosten verursacht. Schließlich gelang es doch, das Areal zu erwerben, und jetzt ist es im Besitz der G.-E.-G. Es umfaßt 28 822 Quadratmeter und kostet 49 547 M. Zunächst hat sich die Leitung der G.-E.-G. einen großen Betrieb in der Seifenindustrie angesehen, und zwar den in Aussicht (in Deutschland giebt es nämlich einen Seifengroßbetrieb noch gar nicht). Dann ging es um die Beförderung des Maschinenmaterials. Die Kosten für die maschinellen Anlagen belaufen sich auf 160 000 M. Die Fabrik der Großeinkaufs-Gesellschaft wird die erste große Seifenfabrik sein, die eine Zerpaltung in so großem Umfange einrichtet. Die Fabrik wird zunächst 250 Centner Kernseife, 75 Centner Schmierseife, 50 Centner Seifenpulver und 7 1/2 Centner Toilettenseife täglich produzieren. Doch kann die Produktion auch ohne Veränderung der Gebäude auf das Doppelte gebracht werden. Die Kosten für die Verwaltungsgebäude werden auf 72 768 M. veranschlagt, für das Fabrikgebäude auf 92 870 M., für das Siedehaus auf 111 000 M. Außerdem muß ein besonderer Wasserturm errichtet werden, so daß die Gesamtanlage auf 709 047 M. kommen wird. Die behaute Fläche wird 8908 Quadratmeter umfassen, so daß der Großeinkaufs-Gesellschaft noch reichlich Areal zur Verfügung bleibt.

Die Rentabilität des gesamten Unternehmens scheint nach der aufgestellten Befehungslostenrechnung reichlich gesichert.

Das Gebäude wird wohl noch in diesem Jahre unter Dach gebracht und im nächsten Jahre um diese Zeit wird wohl mit dem Betrieb begonnen werden können.

Die Generalversammlung nimmt sodann noch einige Wahlen vor. Zum Revisor wird Heins-Bremen wiedergewählt. Die statutenmäßig auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Kallosen-Dresden, Koch-Leipzig, Hübner-Gersdorf und Marcus-Kemnitz werden wiedergewählt, zu Ersatzmännern werden Hebestreit-Thüringen, Reubend-Brandenburg und Kretschmer-Hamburg bestimmt.

Die nächste Generalversammlung findet in Stuttgart statt. Der Vorsitzende Kallosen schlägt die Generalversammlung mit der Ermahnung an die einzelnen Vereine, für eine noch regere Teilnahme der Großeinkaufs-Gesellschaft beim Großeinkauf zu sorgen, und wünscht allen ein fröhliches Wiedersehen in Stuttgart.

Vermischtes.

In der Brandkatastrophe in New York wird berichtet: Die letzten polizeilichen Feststellungen ergeben, daß 592 Leichen geborgen sind, von denen 409 identifiziert worden sind, während noch 650 als permitt angemerkt worden sind. Der Besuch der Morgue hat einen schrecklichen Anblick. Die öffentlichen Schulen in dem von der Katastrophe betroffenen Distrikte berichten, wie der „Frankf. Ztg.“ aus New York gemeldet wird, daß gestern 316 Kinder beim Schulunterricht fehlten, die fast sämtlich für den Ausstieg um Erlaubnis zum Wegbleiben nachgesucht hatten. Der Sanitätskommissar Darlington erklärt, die Zahl der Toten werde die Höhe von 1200 erreichen.

Die Fahrt des Dampfers „General Slocum“ nach Ausbruch des Brandes zur Northbrothers-Insel, wo der Kapitän das Schiff

aufkaufen lassen wollte, gestaltete sich zu einem grauenhaften Wettrennen mit dem Tode. Von oben bis unten in Flammen gehüllt, die durch schnelle Fahrt des Schiffes noch härter angefaßt wurden, schoß der Dreidecker unter Volldampf dahin. So mächtig auch die Räder arbeiteten, es ging doch nicht schnell genug vorwärts, denn in der engen Fahrerinne des „Göllenthor“ hatte der Dampfer schwer gegen die starke Strömung anzukämpfen. Der Anblick des brennenden Schiffes und der Lärm der Sirenen hatte Tausende am Ufer versammelt, aber nur wenige waren im Stande, den Unglücklichen Hilfe zu bringen. Duzende von Booten eilten dem brennenden Schiffe zu, um zu thun, was unter diesen Umständen möglich war. Sie mußten sich darauf beschränken, die wenigen Personen aufzufischen, die einzeln und zu mehreren über Bord sprangen. Die Panik unter den Fahrgästen wurde mit dem weiteren Vordringen der Flammen immer furchtbarer. Vor die Wahl gestellt, im Feuer oder im Wasser umzulanden, drängten alle zum Schiffstrand, um über Bord zu springen. Die Boote, die vom Ufer herbeigeleitet waren, waren außer Stande, mit dem Dampfer gleiche Schnelligkeit inne zu halten, und da nur wenige Fluchdampfer sich um diese Zeit in der Nähe des „General Slocum“ befanden, konnte nur eine geringe Anzahl der über Bord Gesprungenen gerettet werden. Das schlimmste Unglück erfolgte erst, als das brennende Schiff endlich im seichten Wasser auf Grund lief. Durch den starken Anprall explodierten die Kessel und brachen die Bedeckte zusammen, so daß die oben Befindlichen in den Flammen erschlagen wurden. Als das Schiff festlag, begann die Rettungsaktion. Eine Polizeileute machte den Strand frei und Ruder- und Fahrboote eilten unaufhörlich zwischen dem Unglücksschiff und dem Ufer hin und her, um zu retten, was an Menschenleben noch zu retten war, und die Toten von Bord an Land zu bringen. Das ganze Ufer entlang stellten sich im Wasser Ränder in einer Reihe so nahe wie möglich dem noch immer brennenden Schiffe auf, um die Leichen der Ertrunkenen, die unaufhörlich von den Bogen herangeschwommen wurden, an Land zu befördern. Dort wurden sie niedergelegt und mit Segeltuch bedeckt. Ueber die wirkliche Ursache des Unglücks, über den Zustand des Schiffes, das Verhalten des Kapitäns und der Mannschaft und andre Umstände hat der stellvertretende Bezirksanwalt Garvan bereits eine Untersuchung eingeleitet. Bis deren Ergebnisse bekannt sind, muß man sich mit den Schilderungen begnügen, die Teilnehmer der Todesfahrt von der Katastrophe entwerfen. Einer der Fahrgäste Namens John E. Bell giebt folgende Darstellung: „Ich sah mir gerade im Maschinenraum die Maschinen an, als plötzlich eine mächtige Flamme emporstieß, die alles einzuhüllen schien. Ich erlitt Brandwunden im Gesicht und an den Händen. Ich stürzte zu meiner Mutter und ergriff sie, sie rief jedoch in dem sinnlosen Wetreiben, einige der kleinen Kinder, die um uns herum verbrannten, zu retten, von mir los. Ich sah sie dann nicht mehr. Ob sie tot ist oder lebt, weiß ich nicht. Die Flammen breiteten sich so schnell aus, daß keine Zeit zum Ueberlegen blieb. Ich sah, wie die Kleider von Kindern in den Armen der Mütter Feuer fingen und die Kinder verbrannten, bevor die Flammen unterdrückt werden konnten. Es war ein Grauen erregender Anblick. Es blieb nur eine Wahl, nämlich über Bord zu springen. Viele thaten das, und meiner Schätzung nach sind dabei gegen 300 Personen ertrunken.“

Ein Kapitän Namens August Schneider erschien mit einem kleinen Kinde im Arm auf der Polizeistation, um sich nach seiner Frau und seinen beiden andern Kindern zu erkundigen. Das einzige, was er aussagen konnte, war, daß er sich mit seiner Familie auf dem obersten Verdeck nahe dem Bug befand, als der Dampfer „plötzlich in der Mitte auseinander brach“. Dann erinnerte er sich nur noch, daß er mit seinem Kinde im Arm auf dem Deck eines Schleppdampfers lag. Ob er im Wasser gewesen war, und wie er gerettet worden war, wußte er nicht. Von seiner Frau und den beiden Kindern war keine Spur vorhanden.

Bei der Rettung zeichneten sich einzelne Personen, wie der Polizist Collins, besonders aus. Er zog 22 Personen in sein Ruderboot und brachte sie an Land. Der Maurec James O'Brien schwamm sechsmal hinaus und lehrte fünfmal mit einer Frau oder einem Mädchen, die er gerettet hatte, schwimmend ans Ufer zurück. Beim sechsten Mal brachte er einen Knaben und ein kleines Mädchen an Land. Als er das Ufer erreicht hatte, wurde er ohnmächtig. Nachdem er sich erholt hatte, wollte er noch einmal hinausschwimmen, wurde jedoch angefaßt seines Zustandes von seinen Freunden mit Gewalt zurückgehalten.

Ein weiterer Unglücksfall ereignete sich an der Landungsstelle bei Port Morris. Ein Schleppdampfer näherte sich mit den Geretteten, die er aufgenommen hatte, der Landungsstelle. In ihrer Hast, wieder an Land zu gelangen, drängten alle zum Schiffstrand. Der Dampfer legte sich infolgedessen über und lief auf. Da das Wasser an der betreffenden Stelle nicht tief war, mußte der Kapitän die Maschinen rückwärts arbeiten lassen, um den Dampfer wieder flott zu machen. Unter den an Bord Befindlichen, die noch von dem, was sie ausgestanden hatten, furchtbar mitgenommen waren, entstand eine Panik, da sie ein neues Unglück befürchteten. Alle schrien wild durcheinander, und die meisten sprangen über Bord, um sich durch Schwimmen zu retten. Aber alle bis auf zwei ertranken. So kamen noch weitere 20 Menschen ums Leben. Gegen 50 kleine Boote suchten Tag und Nacht im Wasser nach Leichen und bringen beständig Tote an Land. Eine große Anzahl der Ungekommenen wird wohl erst nach mehreren Tagen an Land gespült werden, da der starke Stromwirbel am „Göllenthor“ viele Leichen vom Ufer wegtreibt.

Verhängnisvoller Wirbelschuss. Nach einem in New York am 16. Juni eingelaufenen Telegramm aus Santiago de Cuba hat dort ein Wirbelschuss gewüthet, der von heftigen Regengüssen begleitet war. Gegen hundert Menschen werden bisher als getödtet angegeben. Großer Schaden wurde angerichtet. Infolge Zerstörung der Wasserleitung herrscht Wassermangel.

Aus Sibirien wird berichtet: Die 12 Jahre alte Victoria Brekle wurde in der vergangenen Nacht an der Mauer des Friedhofs von ihrer Mutter mit eisigen Klagenem Schädel aufgefunden. Als der That verdächtig ist der Sohn des Totengräbers Bruder verhaftet worden.

Die Stadt Minsk in Rußland ist durch ein großes Feuer heimgesucht worden, das im Centrum der Stadt an drei Stellen ausbrach und sehr bedeutenden Schaden anrichtete.

Eingegangene Druckschriften.

Denkschrift über die in Deutschland bestehenden Verhältnisse in Bezug auf das Vorkommen und über seine sittlichen, sozialen und hygienischen Gefahren. Herausgegeben vom Bunde deutscher Frauenvereine. Dresden 1904. Verlag von D. B. Schöner.

Das germanische Papsttum. Von Heinrich Ademann. Preis 2.-M. Selbstverlag von Heinrich Ademann, Wilhelmshafen.

Noetzer, Privatdozent an der Universität Jülich. Jugendlehre für Eltern, Lehrer und Gesellige. Preis brosch. 5.-M., geb. 6.-M.

Marktpreise von Berlin am 16. Juni 1904

nach Ermittlungen des Hl. Polizeipräsidiums.		Kartoffeln, neue D.-Gr.		7,00	5,00	
*Weizen, gut D.-Gr.	17,40	17,38	Rindfleisch, Keule 1 kg	1,80	1,20	
mittel	17,35	17,34	do. Bauch	1,40	1,10	
gering	17,32	17,30	Schweinefleisch	1,90	1,00	
*Roggen, gut	—	—	Kalbfleisch	1,90	1,20	
mittel	—	—	Hammelfleisch	1,90	1,20	
gering	—	—	Butter	2,60	2,00	
†Gerste, gut	14,50	14,30	Eier	60 Stück	3,60	2,40
mittel	13,10	11,80	Karpfen	1 kg	2,00	1,40
gering	11,70	10,40	Kale	—	2,80	1,40
†Hafer, gut	15,00	14,20	Hanser	—	3,00	1,20
mittel	14,10	13,30	Hechte	—	2,90	1,20
gering	13,20	12,50	Barfische	—	2,00	80
†Mehl, 100 kg	—	—	Schleie	—	2,80	1,20
Weizen	—	—	Fleie	—	1,40	0,80
Roggen	—	—	Krebse	per Schock	16,00	3,00
Gerste	—	—				
Hafer	—	—				
Zinsen	60,00	25,00				

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 3853.

Sonntag, den 26. Juni 1904, vormittags Punkt 10 Uhr, im
Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal IV:

Allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Eduard Bernstein über: „Arbeitszeit und Arbeitslohn“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! In dieser Versammlung müssen alle Mann erscheinen, da ein Thema zur Verhandlung steht, welches für alle Kollegen von gleichem Interesse ist. Die Versammlung wird Punkt 10 Uhr eröffnet.
116/15 Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgen. Deutschlands. (Ortsverwaltung Berlin u. Umgegend.)

Sonntag, den 19. Juni, nachmittags 5 Uhr, bei Boigt, Ritterstr. 75:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag. Bericht vom Stiftungsfeste. Verschiedenes. Angelegenheiten.
138/14 Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Köpenstrasse 29:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Max Schütte über: „Der Krieg und sein Kultus“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen der Kollegen mit Frauen erwünscht.

Der Arbeitsnachweis

für Südost und Nordost befindet sich seit dem 15. Juni bei Tzschacksch, Raunysstr. 6. — Zahlstellen für Südost nur bei Mix, Stalitzerstr. 59, und Tzschacksch, Raunysstr. 6.

Zur besonderen Beachtung!

Sonntag, den 31. Juli, morgens 7 Uhr:

Gr. Dampferpartie mit Musik nach Müggelheim.

Billets für Hin- und Rückfahrt sind für Erwachsene à 1 Mk., Kinder von 6-14 Jahren 50 Pf., in allen Zahlstellen und beim Vorsitzenden W. Nitschke, Kapernstr. 5, zu haben. Kinder unter 6 Jahren frei. — Für Unterhaltung, Tanz, Verlosung für Kinder usw. wird bestens gesorgt.

NB. Die Fahrpreise sind erteillicherweise im letzten Inserat sowie auf den Blakaten und Billets zu hoch angegeben, die obigen sind die richtigen.
146/16 Der Vorstand.

Neu! Billigste Neu! Dampfer-Extrafahrten

von der Michael-Brücke jeden Tag, außer Sonnabend, vormittags 9 Uhr, einfache Fahrt 30 Pf. Nachm. 2 Uhr hin und zurück 30 Pf. Jeden Sonntagvormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse-Schloss mit Musik. Einfache Fahrt 50 Pf.
Teleph. Amt VII, 2841. [5575L*] R. Tismer.

RENNABOR-

TRANSPORT-RÄDER



Fahrrad-Werke
BRENNABOR
Brandenburg & Hevel

für alle gewerblichen Zwecke.
Reicher Lauf.
Kräftige Bauart.

Mit oder ohne Motorbetrieb.

Reichhaltiger Musterbogen postfrei.



Filiale: Berlin W., Kronen-Strasse 11.

Die Entwöhnung der Kinder im Sommer ist schwieriger als in anderer Jahreszeit, da die Kinder sehr oft durch die Darreichung von Kuhmilch an Magen- und Darmstörungen erkranken. Man giebt deshalb lieber zuerst die Kuhmilch vermischt mit einer dünnen Suppe von Aufkates Kindermehl, welches die Kuhmilch leichter verdaulich macht und den Nährwert derselben erhöht. Man erzielt auf diese Weise eine geregelte Verdauung, den besten Schutz gegen die sogenannten Sommer-Erkrankungen.

RHEINWEIN MARKE

FUCHSPUTZUNG

15-100
CABINET 150

edle Blume garant. rein
überall heullich!

General-Depot: Sommer, Bergstr. 34

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Klein-Verlauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knappnähte. Halbarster Pilot-Taschen. Große Hüften umspannt. Die Hose

bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk. **4 Mt. 50**

Schilblanes Monteur-Jacke 1 Mk. 90
Schilblanes Monteur-Hose 1 Mk. 90
Schilblanes Monteur-Jacke
Prima Körper-Gewebe 2 Mk. 50
Schilblanes Monteur-Hose
Prima Körper-Gewebe 2 Mk. 10
Wandhose 8,75, 5,50, 4,50, 3 Mk. 50
Belüfteter Wandhose-Jacke 14,50 8,75
Weiße Reifeur-Jacke 3,50, 2 Mk. 75
Wandhose-Jacke, Dreifig 4 Mk. 50
Wandhose-Jacke 3,-, 2,50, 2 Mk. —
Wandhose-Jacke (braun) 3,-, 2 Mk. 40
Weiße Leder-Jacke, Dreifig 7,50, 3 Mk. 75
Weiße Lederhosen 4,50, 2 Mk. 90
Reifeur-Reiniger-Anzüge, blau, nach Vorschrift 5 Mk. 50
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseest. 24a/25, Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 23. Preisliste 1904 wird kostenlos und portofrei zugesandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacken und Mänteln die Brustweite anzugeben. 47072*
— Versand von 20 Mk. an franco. —

Nachdruck verboten!

Jos. Gremmer's Wwe.

Landshut, Bayern.

Erste und älteste

Brasiltabakfabrik

Brasilschnupftabak per Pfd. Mk. 170, Mk. 150 und Mk. 130. Von 6 Pfd. an franco.
Staniol-Pakete zum 10 Pfg.- und 5 Pfg.-Verkauf
Beste und vortheilhafteste Bezugsquelle.

Per Cassa von 6 Pfd. an 3 Proz. Sconto und 3 Proz. Jahresumsatzprämie.

Grosse Freiburger Dombau-Lotterie.

Ziehung 6.-9. Juli 1904.
Hauptpr. 100 000, 40 000,
20 000, 10 000 usw. 5344L*

Orig.-Lose 3.30 Porto u. Liste 30 Pf.
J. Rachor, Haupt-Kollektor, Mainz.

W. Zapel

Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.

Grösstes Special-Geschäft

für Seiden- und Filz-Hüte.

Lager in Schirmen und Mützen. [52382*]

Prima Trockenplatten

9 × 12: Dtzd. 1.— 19 × 18: Dtzd. 1.95

Bestes Cellulose-Papier sowie Cellulose-Postkarten äusserst preiswert.

Apparate u. sämtliche Bedarfsartikel für Photographie in nur guter Qualität bei denkbar billigsten Preisen. 5467L*

Herm. König

Rüdersdorferstrasse 42. Zandorferstrasse 9.
Preislisten gratis und franco.



Ergreifen Sie die Gelegenheit Tait's Diamanten

zu einem Spottpreise zu erwerben.

Den grössten Teil der Waren, die
früher 6 Mark gekostet haben,

1 Mk. das Stück.

verkaufen wir jetzt zu

Die Zeit ist eine limitierte, da das eine unserer Geschäftslokale schon vermietet, das andere zu vermieten ist.

Tait's American Diamond Palace · Berlin

FRIEDRICH-STR. 169 | FRIEDRICH-STR. 163 | CENTRAL-HOTEL

zwischen Behren- u. Französische-Str. | zwischen Mohren- und Tauben-Strasse. | Laden 15, Friedrich-Strasse 143.

Der Versand geschieht ab unserer Adresse:
Berlin W., Friedrich-Str. 169.

Zwei Gegenstände werden gegen Voreinsendung von 2,30 Mark franco oder gegen Nachnahme von 2,50 Mark verschickt. Weniger als zwei Gegenstände werden nicht versandt. Nichtconvenientes wird bereitwillig kostenlos umgetauscht.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 18. Juni. Anfang 7 1/2 Uhr: Cyrenäer. (Heller. Vorher: Luperale "Leonore". Nr. 3.) Neues Opern-Theater. Der Herr Professor. Deutsches. Die verfluchte Glocke. Festung. Japfenreich. Belle-Alliance. Der kleine Kästchen. Hierauf: Die Automaten-Wim. Anfang 8 Uhr. Berliner. Kamzelle Klouche. Weissen. Alt-Weidenberg. Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Troubadour. Schiller N. (Friedrich-Wilhelmsstädt.) Moritur. (Teja, Fritzen. Das Ewig-Männliche.) Neues. Einen Jux will er sich machen. Kleines. Nachtsyl. Die 300 Tage. Central. Der Raub der Sabinen. Carl Weich. Der Weg zum Herzen. Metropol. Ein tolles Jahr. Winter-Garten. Spezialitäten. Apollo. Liebesgötter. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Säger. Vossage-Theater. Spezialitäten. Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr: Von der Zagspitze zum Watzmann. Im Hörsaal Dr. B. Donath: "Radium". Sternwarte. Invalidenstr. 57/62. P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Die vielbewunderten zusammengewachsenen Schwestern Rosa und Josefa: !! einzig dastehend in der Welt !! Passage-Panoptikum. Der lange Josef 16 Jahre alt, 217 cm gross. Der Leichenfund in Charlottenburg. Originalgruppe nach Aufnahmen an Ort und Stelle naturgetreu dargestellt, ohne Extra-Entree.

Neues Theater. Schiffbauerdamm 4a-5. Einen Jux will er sich machen. Anfang 8 Uhr. Morgen: Einen Jux will er sich machen.

Central-Theater. 8 Uhr: Casspiel Geste Callus. Papageno. Schwant in 3 Akten von Rud. Kneffel. Sonnabend: Der Raub der Sabinen. Sonntag: Papageno.

Metropol-Theater. Der grösste Erfolg dieses Jahres: Ein tolles Jahr. Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollaender. Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater. 7 1/2 Uhr: Gartenkonzert. 8-9 1/2 Uhr: Die Attraktionen des phänomenalen Juni-Programms. Hierauf: Liebesgötter. Im zweiten Bild: Götterzug und die Sensations-Apothekose: im Tempel der Glückseligkeit.

Residenz-Theater. Heute und folgende Tage: Abends 8 Uhr: Die 300 Tage. Schwant in 3 Akten von Paul Gerault und Robert Charrey. Deutsch von Alfred Holm.

Carl Weiss-Theater. Große Franzosenstr. 102. Der Weg zum Herzen. Schauspiel in einem Akt u. 6 Bildern. Anfang 8 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Im Garten: Neues Programm. Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 5 Uhr.

W. Noacks Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Sommerfest. Der Stellmacher Berlin und Um. Konzert, Theater, Spezialitäten. Auf 6 Uhr. Kaffeeküche u. 3 Uhr ab. Bei schönem Wetter: Vorstellung im Saal.

Schweizer-Garten. Am Königsthor. Am Friedrichshain. Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Volkbelustigungen. Im Saale: BALL. Zum Schluss: Berliner Konfektionseisen. Große Gelangspiele in 2 Bildern. Entree 30 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) (Morwitz-Oper.) Sonnabendabend 8 Uhr: Casspiel Heinrich Büchel: Der Troubadour. Sonntagmittag 3 Uhr: Das Nachtlager in Granada. Sonntagabend 8 Uhr: Oberon. König der Elfen. Der Sommergarten ist eröffnet.

Max Klem's Sommer-Theater. Hasenheide 13-15. - Weisliche Leitung: Paul Milbtz. Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochlegante Regiebahnen, Wärscheln, Konditorei, Blumenstand etc. In den Sälen: Grosser Ball.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Von der Zagspitze zum Watzmann. Im Hörsaal Dr. B. Donath: "Radium". Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Die vielbewunderten zusammengewachsenen Schwestern Rosa und Josefa: !! einzig dastehend in der Welt !! Passage-Panoptikum. Der lange Josef 16 Jahre alt, 217 cm gross. Der Leichenfund in Charlottenburg. Originalgruppe nach Aufnahmen an Ort und Stelle naturgetreu dargestellt, ohne Extra-Entree.

Passage-Theater. Anf. Sonntags 3, Wochentags 5 Uhr, Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr. Jim und Jam. 14 erstklassige Nummern. Etablissement Suggenhagen. Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch. Im großen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr: Konzert. Dienstags, Donnerstags, Sonntags: Fuhrmann-Horst-Waldes-Sänger. Sonnabends im Kaiseraal: Tanz.

Sanssouci. Kottbuser Thor - Stat. der Hochbahn. Täglich im Garten: Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Sonntag, Montag, Donnerstag: Nach der Schere: Tanz. Wochentags haben Vorsugarten, auch die zu den Theaterabenden ausgegebenen, Gültigkeit.

Reichshallen. Stettiner Säger. Real Vieffe bei Vater Philipp. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Fröbels Allerlei-Theater. Fr. Pahlmann, Schönhauser Allee 148. Großes Sommerfest. Konzert, Theater u. Spezialitäten. Vollständig neue Spielfolge. Um 8 Uhr: Elternfest. Gr. Sommerachts-Tanz. Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Bernhard Rose-Theater. Gesundbrunnen. Badstr. 68. Heute: Großes Sommerfest verbunden mit Gartenkonzert und Theaterdarstellung. Auftreten sämtlicher Spezialitäten. Neu: Der gefoppte Liebhaber. Große komische Pantomime der Lepomene-Troispe. Im Saale: Sommerachts-Ball. Entree 30 Pf. Anfang 4 1/2 Uhr.

Berliner Prater-Theater. Kastanien-Allee 7-9. Täglich: Goldene Herzen. Pantomim: Im Nachtsyl. Harris, Stralijongleur. The Jarrey. - Uptis. - Langes. Ball, Konzert, Spezialität. Anfang 4 Uhr. Entr. 30 Pf. Num. 41. 50 Pf.

Gossmanns Konzert-Garten. SW., Kreuzbergstr. 48. Jeden Sonntag: Frei-Konzert und Ball. Montag: Eichlers Quartett-Sänger. Mittwoch: Militär-Konzert.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.) Sonnabendabend 8 Uhr: Moritur. (Teja, Fritzen, Das Ewig-Männliche.) Sonntagmittag 3 Uhr: Pauline. Sonntagabend 8 Uhr: Moritur. (Teja, Fritzen, Das Ewig-Männliche.) Im Garten täglich gr. Militär-Konzert.

Diez' Spezialitäten-Theater. Landsberger Allee 78/79. Direkt Ringbahnstation. Täglich. Ob Regen! im herrlichen Garten ob. gr. Saal: Das neue sensationelle Programm, ca. 36 erstklassige Nummern u. a. mit köstlichem Weis, besser Die 5 Wolsons atombaffiger Akt. 4 Vulkanos, bester Gleichm. Akt. Die Berliner Lieblinge. Orig.: Mita Roselli, Lang-Soubrette, Orig.: Fritz Brand, Humorist. Orig.: Marco et Tatjana. Orig.: Tho 3 Schönbirnen usw. Kaffeeküche. Volkbelustigungen. Sonntag, Montag und Sonnabend bis 2 Uhr: Ball. Entree 20 Pf.

Passage-Theater. Anf. Sonntags 3, Wochentags 5 Uhr, Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr. Jim und Jam. 14 erstklassige Nummern.

Etablissement Suggenhagen. Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch. Im großen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr: Konzert. Dienstags, Donnerstags, Sonntags: Fuhrmann-Horst-Waldes-Sänger. Sonnabends im Kaiseraal: Tanz.

Sanssouci. Kottbuser Thor - Stat. der Hochbahn. Täglich im Garten: Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Sonntag, Montag, Donnerstag: Nach der Schere: Tanz. Wochentags haben Vorsugarten, auch die zu den Theaterabenden ausgegebenen, Gültigkeit.

Reichshallen. Stettiner Säger. Real Vieffe bei Vater Philipp. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Fröbels Allerlei-Theater. Fr. Pahlmann, Schönhauser Allee 148. Großes Sommerfest. Konzert, Theater u. Spezialitäten. Vollständig neue Spielfolge. Um 8 Uhr: Elternfest. Gr. Sommerachts-Tanz. Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Victoria-Brauerei. Eützowstr. 111/112. Täglich im Garten oder Saal: Korsts Norddeutsche Humoristen und Quartett-Sänger. Anf. Woche 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Bons haben Gültigkeit.

WINTERGARTEN. Edith Helena, Bravour-Sängerin. Mason u. Forbes, amerik. Excentrics. Clément Lion, Zauberkünstler. Lydia Dobranow, Feuertänzerin. Professor Maboul, kom. Jongleur. Perzinas dressierte Affen. Gebrüder Schwarz, Parodisten. Will Nora, Reckkünstler. Heloise Titcomb, Sängerin. Die 4 Milans, Kraftnummer. Weiss-Familie, akrobatischer Akt. "Pas de deux", Cavini und Härtel. Lebende Photographien vom Kriegsschauplatz.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“

Gau 9.

Sonntag, den 19. Juni er. in dem Gesamt-Etablissement „Moabiter Schützenhaus“ in Plötzensee:

GAU-FEST.

Doppel-Konzert.

Gesangsvorträge des Gesangsvereins „Nord“ (Mitgl. d. A.-S.-B.). Auftreten des berühmten Berliner Ulk-Trio. Radsportliche Aufführungen der Bundesvereine. - Reigenfahrten etc. Auftreten des Kunstfahrers C. Lüdke aus Erfurt. Fackelpolonaise. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis, sowie einmalige freie Benutzung des Karussells oder der Schaukel.

Grosser BALL.

Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach 12/15. Anfang früh 8 Uhr. Billets im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Fest-Ausschuss.

Der Kampf im Bäckergewerbe!

In die Sonntagsliste der geregelten Bäckereien sind folgende Betriebe nachzutragen:

Norden. F. Goonke, Pappel-Allee 18. C. Viohweger, Gartenstr. 61. W. Ziebell, Kuglerstr. 8. Th. Hölweide, Bismarckplatz 1 und Brannenstr. 2. A. Wolff, Braumstr. 28. O. Krotzschill, Burgsdorfstr. 15. Brauner, Streiberstr. 64. R. Kleiner, Zimmerei-Str. 33. A. Känscher, Stajani-Allee 57. J. Braun, Kolbergerstr. 27. J. Hentschel, Strelitzerstr. 4. H. Brauner, Streiberstr. 64. M. Hölbarth, Fehrbellnerstr. 27. W. Eder, Anklamstr. 57. Kaschel, Dreißigerstr. 29. Franz Fehse, Pappel-Allee 21. Regen, Bismarckstr. 2. (Die Unterseite dieses Herrn ist von den Nachbarn der Zimmerei gestrichelt worden, und ist derselbe also ohne seine Schuld als „zurückgezogen“ bezeichnet worden.)	Osten. J. Mohr, Hausdörferstr. 11. R. Dienert, Ledußerstr. 11. M. Schneberger, Kartusstr. 11. M. Bauer, Liebigstr. 15. Kahlfuss, Löwenstr. 1. Ernst, Löwenstr. 18. Klose, Weidenweg 74. F. Stahnedorf, Lützenerstr. 77.	Süd-Ost. C. Schütz, Rudowstr. 34. C. Schulz, Kottbuser Ufer 59. Tr. Molster, Braungelstr. 82. G. Wenzel, Kottbuserstr. 21.	Centrum. Mittelstadt, Al. Franzfurterstr. 14. J. Neumann, Wendelbohnstr. 9. M. Hillich, Alexanderstr. 28. Schneider, Linienstr. 54.	Süden. August Michell, Kottbuserstr. 49. Becker, Brandenburgstr. 21.
---	--	---	--	---

Wegen Zurückziehung der Bewilligung oder Nichteinhaltung der Forderungen sind folgende Bäckereien aus der Sonntagsliste zu streichen:

Norden. O. Brandt, Borsigstr. 2. R. Kugow, Chorinerstr. 24. O. Koch, Scheiblerstr. 4. Thiel, Weidenstr. 44. Ernst, Harenstr. 1. K. Graul, Anklamstr. 56. Harbord, Stettinerstr. 56. A. Weiss, Bergstr. 2. J. Jung, Burgsdorfstr. 9. Müller, Wetzstr. 3. Houblein, Algenstr. 8. Seeger, Weissenstr. 28. Warnitz, Straßburgerstr. 15. Arthur Scholz, Weidenbergstr. 13. Hartwich, Bernauerstr. 20. Julius Bohle, Kamierstr. 34. Georg Engelhardt, Sluppinerstr. 16. Ed. Leopold, Böttcherstr. 68. H. Mal, Rodenbergstr. 1. E. Beyer, Wärschelnstr. 100. Aug. Wackerhagen, Postmünderstr. 15.	Osten. J. Grosch, Wehnerstr. 21. F. Ost, Rabalstr. 10. E. Stigl, Straßmannstr. 35. A. Kuhn, Blumenstr. 67. O. Sommer, Komintenerstr. 5. F. Bohne, Wärschelnbergstr. 11. P. Schneider, Capriplatz 22. J. Dehmel, Capriplatz 9. G. Papke, Franzfurter Allee 40. J. Conrad, Thierstr. 17. Sommer, Kottbuserstr. 8. St. Gussig, Prossauerstr. 8. Ziellinski, Borsdorferstr. 4. K. Bieringer, Lützenerstr. 12.	Südosten. G. Kruse, Liegnitzerstr. 5. H. Nickolas, Wienerstr. 66.	Süden. Bergner, Borsigstr. 9. Beckmann, Neue Jakobstr. 10.	Westen. Podehl, Lützowstr. 75.	Centrum. C. Görnitz, Gormannstr. 24.	Rixdorf. R. Fiedler, Dragenerstr. 44. Fricke, Linienstr. 87.	Weissensee. Rothkegel, Weidenstr. 119.	Rixdorf. M. Kasten, Fuldstr. 60. Hornig, Kottbuserstr. 43. Pritschkow, Borsigstr. 18. Kupfernagel, Bergstr. 73. O. Ecke, Juchowstr. 31. Firnstein, Weissenstr. 12. Scholz, Juliusstr. 35. Ecke, Weidenstr. 35. Hillmer, Weidenstr. 9. Grubke, Weidenstr. 39. Hagen, Hermannstr. 39. Penke, Bergstr. 122. Hoffmann, Kottbuserstr. 32.	Schöneberg. P. Bookisch, Prinz Georgstr. 7.	Reinickendorf. Richard Krause, Berlinerstr. 106. Schwach, Köpferstr. 15.
--	--	--	---	--	--	---	--	--	---	---

Hausfrauen! Arbeiter! Unterstützt die Bäckergefallen in ihrem schweren Kampfe dadurch, daß Ihr nur dort Euer täglich Brot kauft, wo die Bäckergefallen unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen leben.

Nachfolgende Bäckermeister sollen sich hervorragend an der Abholung der Plakate und Einwirkung auf die Bäckermeister zur Zurückziehung der Bewilligung beteiligt haben:

Otto Balkhausen, Koppenhagenstr. 2. **WBI**, Schönhauser Allee 72a. **Pudritzki**, Schönhauser Allee 70c. **Zechlin**, Franzstr. 37. **Abrecht**, Wehnerstr. 17 (dieser Herr hat schon einmal von uns veröffentlicht, erklärt, es nicht mehr zu thun, ist aber jetzt wieder rückfällig geworden). **Prenn**, Bernauerstr. 11. **Grahm**, Christburgerstr. 35. **O. Ecke**, Rixdorf, Juliusstr. 31. **Kupfernagel**, Rixdorf, Bergstr. 73.

Die Streikleitung. J. A.: Hetzschold, Rosenhägerstr. 11/12.

Hermsdorf a. d. Nordbahn Restaurant zum Forsthaus, rechter Bahn-Aufgang. Inhaber C. Dimke. Sonntag, den 19. d. M.: 55742

Humoristische Soiree renommierter Leipziger Quartett- u. Konzert-Sänger.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Blankenfelde. Wahlverein Bezirk Pantof. Sonntagnachmittag 4 Uhr ist bei Amius die regelmäßige Mitglieder-Versammlung, in der Parteigenosse Gbilde-Berlin über unser Parteiprogramm referieren wird. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Für Königswinterhausen und Umgebung findet Sonntagnachmittag 8 Uhr, im Gasthof Baerisch zu Niederlehme eine Volksversammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Zubeil den Vortrag hält. Sonnabends nach dem Ersten und Fünftzehnten im Monat ist im Siegestrang Zahlabend.

Rixdorf. Sonntag früh 7 1/2 Uhr findet Flugblatt-Verteilung statt. Treffpunkt in den bekannten Lokalen.

Ober-Schöneweide. Sonntag früh 8 1/2 Uhr erfolgt von den bekannten Lokalen aus eine Handzettel-Verteilung.

Treptow-Baumföhlenweg. Montag findet in Adernmanns Festföhlen, Baumföhlenstraße 78 eine Volksversammlung statt. Reichstags-Abgeordneter Adolf Hoffmann spricht über die Kirche, ihre Herrschaft und Abhängigkeit. Männer und Frauen, ersehnt zahlreich und gebt der von freisinniger Seite betriebenen Agitation zum Bau einer Kirche die richtige Antwort! Für diese Versammlung findet morgen früh 7 Uhr Handzettel-Verteilung statt. Treffpunkt an den bekannten Stellen. Die Wahlvereinsversammlung am Dienstag, den 21. d. Mts., fällt aus.

Rechenbors. Dienstagabend 8 Uhr: Versammlung des Wahlvereins bei Giese, Teltowstraße, 23. Tagesordnung: Das kommunistische Manifest von Karl Marx. Diskussion. Mitteilungen. Gäste willkommen.

Lokales.

Förderer der Kirchenbauerei.

Der „Evangelische Kirchenbauverein“, an dessen Spitze der Oberhofmeister der Kaiserin Herr v. Rixbach steht, hat seine Jahresversammlung abgehalten. Der Zeitpunkt war diesmal nicht sehr günstig — die Kirchenbauenden Frohmen haben gerade in der letzten Zeit einiges Pech gehabt, das ihre Stimmung stark beeinträchtigt haben dürfte. Erst gab es in dem strafgerichtlichen Nachspiel zum Ruch der Pommernbank die Entfällungen über die kirchenbaufreundliche Freigebigkeit zweier Männer wie Romeid und Schulz, und dann folgte in dem Rechtsstreit um die angeblüchte Kirchenbaupflicht der Stadt Berlin die endgültige Abweisung der geldheischenden, auf die Konfistorialordnung von 1878 poehenden Kirchengemeinden. Das sind innerhalb weniger Tage zwei Niederlagen hintereinander. Man scheint sich indes auf der Jahresversammlung getröhstet zu haben mit der Erinnerung an das Große, was trotz aller Hindernisse im Laufe der Jahre vollbracht werden konnte. Die Zeitungen berichten über die bisherige Tätigkeit des Vereins, das seit 1889 in und um Berlin 63 neue Kirchen entstanden sind. 20 andre sind noch im Entstehen, sieben davon sind bereits im Bau. Für alle diese Kirchenbauten sind über 30 Millionen Mark ausgegeben worden. Der Verein hat 11 1/2 Millionen dazu beigetragen, außerdem hat er 1/2 Million an die Provinzen abgegeben.

Wir vermessen in diesem Bericht einen anerkennenden Hinweis auf die mancherlei Förderer der Kirchenbauerei, die dem Verein hilfreich zur Seite gestanden haben. Die Mitwirkung der Herren Romeid und Schulz ist ja, wie schon erwähnt, im Pommernbank-Prozess zur Sprache gebracht worden, aber es sind da noch etliche andre Förderer der Kirchenbauerei, die gleichfalls der Vergessenheit entrissen zu werden verdienen. Wohlthäter, sagte der Herr Oberhofmeister als Zeuge im Pommernbank-Prozess, finden sich immer — Wohlthäter, die so tief in denbeutel greifen, wie es verlangt wird. Auch den Kirchenbauern hat es nicht an solchen „Wohlthätern“ gefehlt. Schulz und Romeid gaben Geld, andre haben Baugrundstücke gegeben — jeder, was er hatte. Auf geschenktem Baugrund steht z. B. die Kapernaum-Kirche. Die Geschichte dieser Kirche von der Grundstücksfindung bis zur Kirchengemeinde haben wir vor längerer Zeit geschildert. Der Mann, der an dieser evangelischen Kirche zum „Wohlthäter“ wurde, ist ein Katholik, ein Graf v. Dppersdorf, Besitzer großer Baugrundstücke an der Südseite der Seebrücke um die Kapernaum-Kirche herum. Sollte die Stadtgemeinde die Umgebung der Kirche rechtzeitig reguliert, so wäre das für den Herrn Grafen ein feines Geschäft gewesen; aber bisher hat sie ihm den Gefallen nicht getan. Auf geschenktem Baugrund steht auch die Samariter-Kirche. Hier war es gleich eine ganze Gruppe von „Wohlthätern“, die durch solche Freigebigkeit die Kirchenbauerei zu fördern suchte, die Allianzgesellschaft „Berliner Neustadt“, die damals noch auf die haulte Erschließung ihrer ausgedehnten Ländereien um das Samariterkirchen-Grundstück herum wartete. Man glaubt eben gar nicht, wie „wohlthätig“ selbst Allianzgesellschaften sein können, wenn es sich um Kirchenbauerei handelt.

An die Samariter-Kirche knüpfen sich noch verschiedene andre Erinnerungen; sie hat beispielsweise auch in dem Streit um die Konfistorialordnung eine Rolle gespielt. Den Ausgang dieses Streites haben die Freisinnblätter mit einem Freuden-ausbruch begleitet. Man kann das verstehen, wenn man nur die finanzielle Seite des Streites betrachtet. Im übrigen aber hätten sie doch besser daran getan, ihre Jubelstimme in gedämpfterem Ton vorzutragen. Die Siegerin in diesem Prozess, die freisinnige Berliner Kommunalverwaltung, ist nämlich lange genug auch nichts andres als eine stille Bundesgenossin ihrer jetzt von ihr besiegten Gegner gewesen. Die neuzeitliche Kirchenbauerei wäre in Berlin schwerlich so ins Maßlose ausgeartet, wenn sie nicht auch aus den führenden Kreisen des Berliner Freisinn eine mindestens indirekte Förderung erfahren hätte. Die Haltung, die zu dem Verstromungstreiben der Magistrat und Jahre hindurch auch die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung einnahm, mußte wie Zustimmung erscheinen und konnte nur ermutigend wirken. Es gab eine Zeit, wo in den allerunterstänigsten Gratulationen, die vom Rathaus nach dem Königsschloß gesandt wurden, fast nie eine Anspielung auf die Linderung der sogenannten sittlichen Not Berlins fehlte. Des Herrn Oberhofmeisters Verdienste auf diesem Gebiete wurden dadurch gewürdigt, daß man die Straöe, an der eine seiner ersten Kirchen, die Samariter-Kirche, errichtet wurde, zu dauerndem Gedächtnis „Rixbachstraße“ benannte. Der „moralische Erfolg der Kommune Berlin“, den ein Freisinnblatt in dem Ausgabe des Konfistorialordnungs-Streites sieht, ist sehr mächtig. Zum Beweiskreis war es ja erst gekommen, als Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung ihre Sympathie für die Verstromungsmäßen der Kirchenbauerei in klingende Münze umsetzen sollten. Es ist noch unvergessen, daß der treuehormamntliche Reichspräsident der Stadtverordneten-Versammlung schließlich auf eine an die Kaiserin gerichtete Geburtstags-Gratulation als Antwort jener

bekannte Käffelbrief zugestellt wurde, unterzeichnet nicht von der Kaiserin, sondern von demselben Herrn v. Rixbach, dessen Verdienste um die Stadt Berlin die „Rixbachstraße“ verehrigen soll.

Herr und Frau Professor Meyer. Die am 4. Juli vor der ersten Straßammer des Landgerichts I beginnende Verhandlung gegen den Professor Dr. Moriz Meyer und Ehefrau dürfte für alle diejenigen, die da glauben, sensationelle Einzelheiten in dem Prozeß enthält zu sehen, eine Enttäuschung bereiten. Abgesehen von dem Interesse, welches die Persönlichkeit des Angeklagten Ehemannes darbietet, wird eine Anzahl von gewöhnlichen Betrugsfällen verhandelt werden, die sich auf dem Niveau des leichtsinnigen Schuldenmachens teilweise unter Anwendung keiner hochstaplerischer Tricks halten. Zur Anlage stehen gegen Professor Dr. Meyer dreißig Fälle, gegen die Ehefrau 27 Fälle, außerdem 20 Fälle des gemeinschaftlich verübten Betruges. In einer Anzahl von weiteren Fällen, die ursprünglich Gegenstand staatsanwaltlicher Ermittlungen waren, ist das Verfahren eingestellt worden. Der 64jährige Angeklagte hat nach dem Tode seiner ersten Ehefrau seine jetzige, 24 Jahre alte Frau geheiratet, die früher in einem kaufmännischen Geschäft tätig war und sich in der Ehe für die Theaterkarriere ausbildete. Sie hat auch vorübergehend längere Engagements im Passage-Theater, Central-Theater und im Theater des Westens gehabt. Prof. Dr. Meyer ist durch seine öffentliche und schriftstellerische Tätigkeit weiten Kreisen bekannt geworden. Er war seiner Zeit Hilfsarbeiter bei der f. Universitäts-Bibliothek, lange Jahre Dozent der Nationalökonomie an der technischen Hochschule, dann Dozent an der Kaiserlichen Post- und Telegraphenschule, Vorkorrespondent an mehreren Zeitungen, hat dann die „Finanzielle Rundschau“ und die „Reichs-Korrespondenz“ herausgegeben und war schließlich Mitarbeiter der „Berliner Finanz- und Handelszeitung“ und des „Ratgebers auf dem Kapitalmarkt“. Prof. Dr. Meyer soll sich schon bei seiner Verheiratung in sehr mäßiger finanzieller Lage befunden haben, beide Eheleute haben auch später den Offenbarungseid geleistet. Es wird ihnen zum Vorwurf gemacht, daß sie trotz ihrer materiellen Verdrängnis ins Gelocke hineingeleitet, in der Parisstraße 50 eine Wohnung für 2800 M. bewohnt, vornehmen Allüren geschuldet, alle ihre Lebensbedürfnisse aus ersten Quellen befriedigt, teure Bade-Orte besucht, große Festlichkeiten gegeben, stets die teuersten Weine getrunken zu haben u. c. Durch ihr ganzes Auftreten und ihre Vorspiegelungen sollen zahlreiche große und kleine Kaufleute, große und kleine Gewerbetreibende geschädigt worden sein. Als Belastungszeugen werden von der Staatsanwaltschaft etwa 100 Personen vorgelöhrt werden, darunter zahlreiche Vertreter erster Firmen, Juweliere, Inhaber von Konfektionsgeschäften, Luxuswarenhändler, Lebensmittel-Fabrikanten, Schuhwarenhändler, Weinbändler, Fuhrherren, Bildhändler, Modistinnen, Photographen, Restaurateure u. c. aus Berlin, Charlottenburg, Schönberg und Wilmersdorf. Auch die Verteidiger, Rechtsanwalte Morris und Hugo Caro, haben noch eine große Anzahl Entlastungszeugen geladen. Die Angeklagten bestreiten jede betrügerische Absicht. Prof. Dr. Meyer behauptet, daß es sich lediglich um Zivilansprüche der betreffenden Kaufleute und Lieferanten handelt und daß er aus verschiedenen Vermittlungsgeschäften und den Erträgen seiner schriftstellerischen Arbeiten wohl damit rechnen konnte, seinen Gläubigern gerecht werden zu können. Er beruft sich auch darauf, daß er schon einige Zeit vor seiner Verhaftung einen Rechtsanwalt damit beauftragt gehabt habe, einen Vergleich mit seinen Gläubigern anzubahnen. — Die Verhandlung wird im kleinen Schörrichterssaale stattfinden. Die Anklage wird Staatsanwalt Friedheim vertreten, den Vorst Landgerichts-Direktor Geheimer Justizrat Gary führen. Es wird angenommen, daß die Verhandlung in drei Tagen wird zu Ende geführt werden können.

„Wider die Pfaffenherrschast“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts. Von Emil Rosenow. Das 10. Heft ist erschienen. Es bringt die Fortsetzung des in 9. Heft begonnenen 6. Kapitels: „Rich mit den Armen dein Brot“. In diesem Kapitel bringt der Verfasser die Erklärung für den tiefgehenden Haß, den am Ausgange des Mittelalters das Volk gegen die Pfaffen nährte. Nach ihren Grundföhren und nach ihren Lehren wäre die Kirche verpflichtet gewesen, gegen die Ausbeutung des Volkes durch Fürsten, Adel und Städte aufzutreten. Die Kirche bildete nicht nur diese Ausbeutung, sondern die schlimmsten Wucherer, die ärgsten Volksbedrücker waren die Pfaffen. In dem Kapitel werden auch die Zübenverfolgungen des Mittelalters behandelt. Diesem Thema sind auch einige Bilder alter Meister gewidmet, von denen wir erwähnen: „Die Judenmarterungen“ nach zwei Holzschnitten aus dem Jahre 1416.

Jedes Heft kostet 20 Pf. und ist jedem Genossen zu abonnieren empfehlend. Jede Parteibuchhandlung und jeder Kolporteur liefert die Hefte noch von Nummer 1 an. In Berlin nehmen die Parteispeditionen sowie jede sonstige Zeitungspedition Bestellungen entgegen. Der Verlag bittet die Parteigenossen um rege Unterstützung bei Verbreitung des Werkes.

Der Bau der nordöstlichen Zweigstrecke des Teltowkanals macht jetzt auch auf Treptow Gebiet in dem Ortsteil „Baumföhleweg“ rasche Fortschritte. In der Umgebung des Baumföhlenweges, der von dem Spätthähen Gelände her über die Gölthier Bahn zur Spree führt, sind die Ausschachtungen und Waggerungen in vollem Gange. Dieser Straßenzug wird von dem neuen Wasserweg gekreuzt. Er ist zur Zeit für den durchgehenden Verkehr gesperrt und bleibt es, bis die Brücke, die hier notwendig wird, ausgeführt werden kann. Beschlich von diesem Kreuzungspunkt, nach Wrig hin, liegt das Kanalbett grotenteils fertig da. In der Driger Allee, die den Kanal überkreuzt, ist der Bau der Brücke in der Ausführung begriffen. Ostwärts, nach der Spree hin, ist von dem Kanalbett noch nicht viel zu sehen. Dagegen ist die Brücke, auf der die Gölthier Eisenbahn über den Kanal hinweggeführt wird, so weit gefördert, daß schon mit der Aufbringung des Eisenwertes begonnen werden konnte. Die Köpenicker Landstraße und die Neue Krug-Allee wird der Kanal kurz vor der Stelle schneiden, an dem diese beiden Straßenzüge zusammentreffen. Beide sollen aber auf einer gemeinsamen Brücke hinweggeführt werden. In diesem Zweck soll die Endstraße der Neuen Krug-Allee so verlegt werden, daß sie schon vor der Brücke in die Köpenicker Landstraße einmündet.

Die Arbeiter-Radsfahrer haben bekanntlich auf ihrem Bundesstag in Erfurt sich für die Centralisation ausgesprochen. Leider scheint es, als ob die Durchführung dieses Beschlusses auf Schwierigkeiten stößt. In einer vom Arbeiter-Radsfahrer-Verein „Berlin“ in diesen Tagen abgehaltenen Versammlung wurde berichtet, daß bis jetzt nicht weniger als 18 dem Arbeiter-Radsfahrer-Bund „Solidarität“ angehörende Vereine bestehen, zum Teil mit einem sehr geringen Mitgliederbestande. Aus einem an den Verein gerichteten Schreiben ging hervor, daß etliche aus der Centralisation ausgeschiedene Vereine sich zu einem neuen Arbeiter-Radsfahrer-Bund zusammenzuschließen gedenken. In einer Resolution verurteilte die Versammlung dies Streben und erklärte ihr volles Unverständnis mit den Beschlüssen des Bundesstags. Die 100 in der Versammlung anwesenden Radsfahrer beschloßen dann einstimmig, für die Durchführung der Centralisation nach den in Erfurt geföhnten Beschlüssen einzutreten.

Kirchenbote. Der Bote der katholischen Kirche in Rixdorf ist von den polnischen Katholiken des Ortes bejöhllend worden. Die Rixdorfer Polen hielten eine Versammlung ab, in der von dem Referenten, einem Herrn Wilhelm und zahlreichen Rednern über die Zurüdföhren der polnischen Kirchengemeinde in Rixdorf gellagt wurde. Polnische Predigten fanden nur ganz vereinzelt, und dann um 5 Uhr nachmittags statt, wo die Zahl der Besucher, namentlich im Sommer, naturgemäß nur gering sein könne. In der Kirche polnische Kirchenglieder zu singen, sei verboten. Es hätten

jogar wiederholt deswegen unliebsame Unterbrechungen des Gottesdienstes stattgefunden. Beschwerden bei der kirchlichen Aufsichtsbehörde hätten sich als nutzlos erwiesen. Die Versammlung beschloß einmütig, „bis zur regelmäßigen Einrichtung polnischer Gottesdienste angeht“ des offenen Unrechts, das den Polen geschieht, die Rixdorfer katholische Kirche nicht mehr zu besuchen und, wie zur Zeit des Kulturkampfes, sich mit häuslichen Gebeten zu begnügen.“ Der Beschluß soll auch den andern Landsleuten mitgeteilt werden, damit jeder Pole die Rixdorfer Kirche meide.

Von der ermordeten Lucie Berlin wurden gestern vormittag auch die Beine gefunden. Um 6 Uhr sahen mehrere Arbeiter und der Kuttcher Schenkewitz in der Nähe der Sandkrug-Brücke gegenüber dem Invalidenpark auf der Seite des Kohlenhofes von Louis Schulz am Hamburger Güterbahnhofe zwischen zwei Kädhnen, die dort im Spandauer Schiffahrtskanal liegen, ein Paket, das ihnen verdächtig vorkam. Als sie näher herangelommen waren, bemerkten sie, daß auf der einen Seite Fleisch aus der Umhüllung herausragte. Sie dachten nun gleich an den Mord der Lucie Berlin, und Schenkewitz, der früher beim Lüdchen Rettungs- und Krankentransportwesen angestellt war, holte das Paket aus dem Wasser heraus, um es im Comptoir von Schulz einzuweisen zu bergen. Man öffnete es dort und fand darin das rechte Bein des gemordeten Mädchens. Unter- und Oberschenkel waren zu einem möglichst kurzen Paket fest zusammengeknüpft. Der Fuß war noch mit einem braunen Knöpfstiefel und einem Strumpfe, dessen Farbe nicht recht mehr zu erkennen ist, bekleidet. Das obere Ende des Strumpfes war bis auf die halbe Wade heruntergestreift. Reste des rotbraunen Unterrocks fanden sich am Oberschenkel. Das ganze Paket war in Zeitungspapier eingewickelt. Während die besondere Kommission der Kriminalpolizei diesen Teil der Leiche an der Fundstelle besichtigte und die äußeren Umstände des Findens aufnahm, lief die Meldung ein, daß man um 9 Uhr auch den linken Rest der Leiche, das linke Bein, gefunden hatte. Leute, die über die Warischalbrücke gingen, sahen in der Spree ein Paket treiben und beantragten einen Schiffer, der mit seinem Kahn am Schiffbauerdamm Nr. 28 liegt, dort, wo am vergangenen Sonnabend der Rumpf des Mädchens gelandet wurde, es herauszuholen. Es enthielt das linke Bein mit Strumpf und Schuh, das ebenso verpackt war, wie das rechte, so fest, daß die Schnur fünf Einschnitte in die Fleischteile gemacht hatte.

Was den Stand der Untersuchung betrifft, so sei vorläufig mitgeteilt, daß Berger und Penz nach wie vor die That bestreiten. Der Zuhälter Theodor Berger erscheint durch die Aussagen einwandfreier Zeugen, die alle an ihren ursprünglichen Verwendungen festhalten, so später belastet, daß er gestern nachmittag der Staatsanwaltschaft I zugeführt wurde. Zwei Kriminalbeamte brachten ihn um 2 Uhr mit einer Droßkiste nach dem Untersuchungsgefängnis, nachdem sie ihm auf dem Polizeipräsidium Fesseln angelegt hatten.

Die Untersuchung der letzten Leichenteile der ermordeten Lucie Berlin wurde gestern nachmittag von denselben Herren vorgenommen, die vorgestern den Kopf und die Arme besichtigten. Außer den schon genannten gehört dazu noch der Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Wittenzweig. Nach der Besichtigung werden alle Leichenteile, Kleidungsstücke, das Messer und die andern Sachen, die in der Wohnung der Betretet beschlagnahmt wurden, im Schauhause von den Gerichtsärzten und dem Gerichtschemiker Dr. Jechow nach dem Verfahren von Professor Wghorst zu Greifswald einer Serumuntersuchung unterzogen. Man hat dafür in sechs verschiedenen Tuben Blut von den Kleidungsstücken, dem Messer usw. gesammelt. Mit diesem Verfahren hat die Gerichtschemie in Kriminalfällen schon gute Erfahrungen gemacht. Es scheidet scharf verschiedene Blutarten, Tier- und Menschenblut usw. Die Untersuchungen nehmen geraume Zeit in Anspruch. An den zuerst gefundenen Leichenteilen und Sachen wurden sie vorgestern begonnen, ohne zum Abschluß zu gelangen. Da es bei dem vorliegenden Mord wie in der Regel wieder an unmittelbaren Augenzeugen fehlt und die Beschuldigten die That bestreiten, so kommt zu ihrer Ueberführung wieder viel auf den Indicienbeweis an. Nun bleiben, wie schon angedeutet wurde, die Zeugen dabei, Berger an dem verhängnisvollen Donnerstagnachmittag mit Lucie Berlin gesehen zu haben. Ein Schulmädchen hält auch die Behauptung aufrecht, daß Berger ihm unter Verdrohung mit Halsabschneiden einen Thaler dafür gegeben habe, daß es über sein Zusammensein mit Lucie nichts sage. Es hat diesen Thaler auch der Kriminalpolizei vorgelegt. Ein andres Mädchen bestätigt den Vorgang. Einwandfreie Zeugen wollen in der Zeit, die in Betracht kommen kann, Berger auch mit Paketen gesehen haben. Wahrscheinlich hat er die einzelnen Pakete mit dem Rumpf und den abgemäßen Teilen bald hintereinander an verschiedenen Stellen in die Spree geschafft. Um den Indicienbeweis noch zu ergänzen, läßt die Kriminalpolizei von den Schnittflächen am Rumpf und an den abgetrennten Leichenteilen Masten abnehmen. Sie kann dann an den gehärteten Abgüssen auch später noch zeigen, wie die besondere Form des gefundenen Messers zu den Schnitten paßt. Es handelt sich um ein Messer, wie Schlächter es gebrauchen, um Fleisch von den Knochen zu schälen. Solche Messer haben einen ihrem Zweck entsprechend geschnittene Spitze. Entsprechend nun die Schnittflächen und die Einschnitte dieser Spitzenform und findet sich an dem Messer auch nur ein einziger Rest von Menschenblut, so ist das für Berger, in dessen Besitz es gefunden wurde, schwer belastend. In seinen Ausföhrenungen ist der Verhaftete jetzt zurückhaltender geworden.

Erkrankungen bei der Feuerwehr. Was wir bereits in unserm Hauptbericht über den Wiesenbrand am Bahnhof Kulligstraße voraussetzte, ist eingetroffen. Eine große Anzahl von Feuerwehrmännern ist infolge der dort ausgestandenen Hitze erkrankt und konnte am Donnerstag früh den Dienst nicht antreten. Die Feuerwachen sind daher stark gelichtet. Einzelne Löschzüge mußten vorläufig gänzlich eingezogen werden. Auch werden noch weitere Krankmeldungen besichtigt. Die Feuerwehrmänner Lengner, Rosenberger, Rudowski und Wlrich, die, wie wir schon in voriger Nummer berichteten, direkt beim Hauptangriff auf das Clement Verlegungen erlitten und vom Brandplage getragen werden mußten, befinden sich auf dem Wege der Besserung.

Seinen Brandwunden erlegen ist im Rixdorfer Krankenhaus der Rohrlegerlehrling Heinrich Gellert, über dessen Unglück wir gestern berichtet haben.

In einer fürchtbaren Lage befand sich in der Nacht zu gestern die Familie des 41 Jahre alten Arbeiters Gustav Ranke aus der Cottasträße. Ranke, der verheiratet und Vater von drei Söhnen im Alter von 8 bis 11 Jahren ist, litt seit sechs Jahren an Krämpfen und war vor zwei Jahren ein Vierteljahr lang in der Heilanstalt Wuhlgarten. Wenn er Alkohol genoh, so bekam er Anfälle von Verfolgungswahnsum. Vor acht Tagen mußte die Familie schon einmal einen Hausgenossen zu Hilfe rufen. In der vergangenen Nacht wurde es noch schlimmer. Kurz nach 1 Uhr sprang der Mann aus dem Bett. Er sah Geister, die ihn verfolgten, ergriff ein Beil, um es drohend gegen Frau und Kinder zu schwingen, und zertrümmerte die Fensterscheiben der im Erdgeschoß am Hof gelegenen Wohnung. Dem ältesten Sohne gelang es, unbemerkt zu entkommen und vom Helmholzplatz einen Schuhmann zu holen. Als dieser kam, tobte er zunächst noch heftiger, ließ sich dann aber beruhigen und ging mit nach der Wache des 87. Regiments. Dort wiederholte sich der Tobföhrenanfall, nach einer Stunde brach der Kranke in Krämpfen ohnmächtig zusammen und starb, als man ihn gerade nach einer Anstalt bringen wollte.

Von einem Dummwogen überfahren und lebensgeföhrlieh verletzt wurde am Freitagvormittag an der Kreuzung der Lessing- und Prinz Handjersstraße in Rixdorf die neun Jahre alte Tochter des Arbeiters Juhlmann, Lessingstraße 17. Die Räder des Wagens waren dem Kinde über den Unterleib gegangen. Die Kleine wurde dem städtischen Krankenhaus zugeführt.

Der Berliner Spar- und Bauverein, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, begehrt morgen Sonntag, mittags 1 Uhr, die Feiler der Grundsteinlegung zu einer neuen Häusergruppe. Auf dem in der Nähe des Ringbahnhofes Büttlichstraße am Nordufer zwischen der Buch- und Fehmannstraße gelegenen 6000 Quadratmeter großen Gelände sollen 200 Wohnungen für minder Bemittelte errichtet werden. Zu diesem Bau hat die von der Stadt Berlin gerändete König-Friedrich-Stiftung durch Vergabe eines hypothekarischen Darlehens von 500 000 Mark unter günstigen Bedingungen ihre Beihilfe gewährt. In den von dem Verein bereits erbauten vier Ansbauungen in der Siedingstr. 7/8, in Westend, Ulmenallee 31 und Eichenallee 8, in der Kirchhof-Proslaner-Schreinerstraße und in der Stargarder-Greifenhagenstraße sind für 348 Familien hygienisch musterartige Wohnungen geschaffen. Als besonderer Vorzug dieser Wohnungen verdient erwähnt zu werden, daß dieselben den Mietern nicht gestiegen oder gelindert werden können, solange diese ihren Verpflichtungen dem Verein gegenüber nachkommen.

Der Margarine-Ruch. Wegen Verfälschung eines Nahrungsmittels sowie wegen Übertretung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb war der Wäckermeister Adler aus Berlin angeklagt worden. Im Schaufenster seines Geschäfts hatte ein Plakat „Ruch mit garantiert reiner Naturbutter“ angehängt, während zur selben Zeit Käppfchen und „Schnecken“ feilgehalten wurden, deren Fettbestandteil nur halb aus Butter, zur anderen Hälfte aber aus Margarine bestand. In erster Instanz wurde Angeklagter zu einer höheren Geldstrafe verurteilt, das Landgericht sprach ihn jedoch frei und führte unter anderem aus: Wegen Übertretung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb würde Angeklagter strafrechtlich verantwortlich gemacht werden können, wenn der in diesem Gesetz vorgesehene Strafantrag gestellt worden wäre, was nicht der Fall sei. Somit scheide jenes Gesetz aus. Aber auch das Nahrungsmittelgesetz sei nicht anwendbar, denn eine Verfälschung eines Nahrungsmittels liege nicht vor, denn es gebe Ruch, der nicht bloß mit Butter, sondern teilweise oder ganz mit Schmalz gebaden sei. Butter sei also nicht ein durchaus notwendiger Bestandteil des Ruchs. Und wegen Betruges könne auch nicht vorgegangen werden, da der Ruch verhältnismäßig sehr billig gewesen sei.

Das Kammergericht gab der Revision der Staatsanwaltschaft statt, hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück. Die Vorentscheidung sei unhaltbar. Der Vorderrichter meine, Ruch mit Margarine sei kein verfälschtes Nahrungsmittel, weil es nicht einzig üblich sei, Ruch mit Butter zu baden, sondern auch Schmalzruch vorkommen. Diese Logik sei durchaus anfechtbar. Er hätte in dem Zusammenhange nicht die Existenz von Schmalzruch, sondern das öftere Vorkommen von Ruch mit Margarine feststellen müssen. Vor allem habe aber das Landgericht bei der Anziehung des Nahrungsmittelgesetzes zu Unrecht das Plakat: „Ruch mit garantiert reiner Naturbutter“ nicht berücksichtigt. Denn wer Butterruch machen wolle und zu machen vorgebe, dann aber statt dessen Margarine ruchen biete, der verfälsche den Butterruch, indem er einen wesentlichen Bestandteil des Butterruchs, nämlich Butter, weglassen und dafür die minderwertige Margarine nehme. Darum müsse die Sache zu anderweiter Entscheidung nochmals dem Landgericht überwiesen werden. Da könne ja Angeklagter auch versuchen, seine eigenartige Behauptung, das Plakat sei „aus Versehen“ ins Schaufenster gekommen, zu erhärten.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche gesehen haben, wie am Dienstag dieser Woche früh 6 1/2 Uhr Ede Weidenweg und Thierstraße ein siebzehnjähriges Mädchen von einem Kradfahrer umgefahren wurde, so daß es einen Schädelbruch erlitt, werden ersucht, sich bei Wilh. Stange, Subenerstr. 18, Hof 2 Treppen, zu melden. Besonders der Droschkenfahrer, der die Verunglückte nach der Unfallstation gefahren hat, wird um Abgabe seiner Adresse gebeten.

Das Tegernseer Bauerntheater hat sich jetzt im *Welle-Alliance-Theater* niedergelassen und dort auf eine Weise begonnen, mit der sich das Berliner Publikum befreunden wird. Sieht man von der verhältnismäßig seltenen Aufführung wirklich wertvoller Schauspiele, wie „Der Reineidbauer“ ab, so sind im Repertoire der Oberbairern zwei Sorten von Theaterstücken zu unterscheiden, nämlich sehr traurige und sehr vergnügliche. Die traurigen trüben von Sentimentalität und sind daher durch und durch verlogen. Keine Spur vom wirklichen Leben und Treiben der Bauern, wohl aber eine alberne Gefühls-sentimentalität, von der Charlotte Birch-Pfeiffer noch hätte profitieren können. Anders die vergnüglichen Komödien. Das sind lustige Kasperle-stücke, selbstverständlich aus lauter Unwahrscheinlichkeiten zusammen-gesetzt, aber eben darum wirklich herzerquickend. Wer vergnügt lachen will, sehe sich die *Burleske* „Der kleine Kästler“ an, die gestern zum erstenmal aufgeführt worden ist. Wie der Maler Franzl, der seinen Eltern Gehorsam vorgeschwindelt hat, während er in Wahrheit ein vergnügtes Junggesellenleben führt, sich beim unbesonnenen Besuch der Alten eine Familie improvisiert und seinen Freund, den Amerikaspyl, als Kiesenkind in die Wiege legt: das muß man gesehen haben, um es nach Gebühr würdigen zu können. Möchten die Tegernseer, so lange sie hier bleiben, immer die lustige Kiste austräumen und die sentimentale unberührt lassen.

Die *Eintrittskarten zur Ausstellung der Seccion* sind nicht, wie es in der gestrigen Nummer heißt, im Bureau des Gewerkschafts-anstalt, sondern im Bureau des *Gewerkschaftshauses* in Empfang zu nehmen.

Im *wissenschaftlichen Theater der Urania* wird am Sonntag, Montag, Dienstag und Mittwoch der Vortrag „Von der Jagdpitze zum Bahnhofs“ wiederholt. An allen übrigen Tagen der Woche, also am Donnerstag, Freitag und Sonnabend wird der mit zahl-reichen farbigen Bildern und Wandpanoramen ausgestattete Vortrag „Die Insel Nügen“ zur Darstellung gelangen.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Die Erhebungen über den vor kurzem von unsren Vertretern gestellten Antrag auf Gewährung von Sommerurlaub an die in städtischen Betrieben Angestellten scheinen auf große Schwierigkeiten zu stoßen, da von einer der Versammlung zu machenden Vorlage in dieser Hinsicht nichts bekannt wird, trotzdem diese Angelegenheit, die augenblicklich im Ausschuss „ruht“, noch vor den im nächsten Monat beginnenden Ferien zur Erledigung gelangen soll. Von einer Dringlichkeit scheint somit nicht die Rede zu sein, trotzdem eine solche gewiß am Plage wäre.

Lichtenberg. Der Bebauungsplan für den innerhalb der Ringbahn belegenen Ortsteil hat die Genehmigung des Kaisers erhalten. Sofort setzt auch hier die Terrainspekulation ein. Die Süddeutsche Immobilienbank hat das große Ostwaldfische Gärtnereiterrain zwischen der Frankfurter Allee und der Beferstraße angekauft und geht sofort mit der Durchlegung von drei Straßen zwischen der Kronprinzenstraße und der Jungstraße vor. Man rechnet damit, daß innerhalb Jahresfrist in diesem Ortsteil an 90 Wohnhäuser neu entstehen werden. — In der Angelegenheit des Krankenhausbaues ist der Gemeindevorstand mit den Gemeinden Rummelsburg und Friedrichs-elde wegen eines Zwerchbaues in Unterhandlung getreten.

Lichtenberg. Die Gemeindevertretung lehnte die Errichtung einer obligatorischen Fortbildungsschule in ihrer gestrigen Sitzung mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ab. An sich sei die Fortbildungsschule als nützlich anzuerkennen, aber notwendig sei sie nicht. Berlin habe ja auch kein Obligatorium und bei der finanziellen Lage des Ortes müßten nicht notwendige Dinge eben zurückbleiben. Die Genossen Well und Grauer bekämpften diesen Standpunkt aufs lebhafteste und wiesen hin besonders darauf hin, daß der kleine Kreis der Herren vom Besitz es schon verstehe, Mittel und Wege zu finden, wenn es gelte, für diese Handvoll Leute aus Säckelringe Gold zu machen; sie sagten ferner, daß es einer Ge-

meinde unwürdig sei, sich immer auf die Unterlassungsfünden anderer Gemeinden zu berufen, doch war alles vergebens. Nicht eine Stimme aus den bürgerlichen Lager unterstützte den Antrag des Kreis-Ausschusses, von dem diesmal die Anregung ausgegangen war; die Socialdemokraten blieben allein die Verbündeten der Regierung. Doch wurden 25 000 M. debattelos bewilligt als Beihilfe zu den Pflasterkosten der Vorkagenerstraße; dafür sollen die Eigentümer zu Anliegerbeiträgen nicht herangezogen werden. Auch sollen 17 000 M. zur Verlegung eines Wasserdruckrohres auf der Cementbau-Feldmark in Neu-Lichtenberg bereitgestellt werden, obwohl es die dortigen Terrainspekulationen sind, in deren Interesse sich die Verstärkung des Rohrnetzes erforderlich macht. Auf Antrag unsrer Genossen wurde die Verlegung des Rohres beschloffen; die Erörterung der Kostenbedeckungsfrage wurde vertagt. — Die Wahl eines Mitgliedes zur Erntetrags-Kommission sowie die Fortbildungsschulfrage gaben dem Vertreter des besessenen Grundbesitzes, Herrn Blonz, Gelegenheit, die Stadtverordnungsfrage wieder in Erinnerung zu bringen.

Lehrstellen. Der Magistrat von Charlottenburg ersucht uns, folgende Mitteilung bekannt zu geben: In der Lehrlingsvermittlung des städtischen Arbeitsnachweises Charlottenburg, der mit dem freiwilligen Erziehungsbeirat in ständiger Verbindung steht, ist im Interesse einer sachgemäßen Auswahl von Lehrstellen die Einrichtung getroffen, daß die zur Entlassung gelangenden Schullinder zur frühzeitigen Angabe ihres Berufes veranlaßt werden. So sind schon jetzt Anaben angemeldet, die für Michaelis 1904 eine Lehrstelle suchen, und zwar nicht nur in den stets begehrten Metallgewerben (als Maschinenbauer, Mechaniker, Schlosser, Dreher, Klempner, Wächermacher), sondern auch in den verschiedenen Baugewerben (als Maurer, Zimmerer, Raler, Glaser, Stuckateur), sowie als Tischler, Bildhauer, Bildhauer, Gärtner, als Schlichter, Konditor, Koch, Barbier, endlich auch als Kaufmann, Schreiber usw. Auch haben sich eine Anzahl Mädchen gemeldet, die bereit sind, solche Dienstbotenstellen anzunehmen, in denen sie für den häuslichen Beruf ausgebildet werden. Die Vermittlung im städtischen Arbeitsnachweise Charlottenburg, Kirchstraße 5 — in der Nähe der Luisenkirche —, ist für beide Teile unentgeltlich.

Gerichts-Zeitung.

Im *Pommernbankprozeß* ist in der gestrigen (30.) Sitzung die Beweis-aufnahme geschlossen worden. Die gerichtlichen Bücherrevisoren Huschke und Kruse hatten noch die Ergebnisse ihrer Prüfung zweier noch unerledigter Anträge der Angeklagten vorzutragen. Der erste dieser Beweis-anträge enthielt den Nachweis, daß die Pommernbank jederzeit in der Lage war, ihre Pfandbrief-Zinsen bezahlen zu können. Die Sachverständigen Huschke und Kruse bestätigten dies nach dem Ausweis der Bücher. — Der zweite Beweis-antrag gab in detaillierter Weise den Nachweis dafür, daß die Pommernbank unter Veräußerung aller Ausfälle und Verluste sehr wohl in der Lage gewesen wäre, aus den Verrechnungen mit der Immobilien-Verkehrsbank, durch welche 9 Millionen Pommernbank-Aktien von dieser an die Pommernbank zurückgegeben wurden; zuzüglich des hieraus entfallenden Anteils am Referendonds die Ausfälle zu decken und daß demgemäß die Opfer, welche den Aktionären und Pfandbriefbesitzern auferlegt sind, überflüssig waren und die Bank auch durch ihre jetzt noch vorhandenen Werte in der Lage sei, die den Pfandbriefbesitzern und Aktionären auferlegten Opfer zurückerstatten zu können.

Da von keinem der Prozeßbeteiligten weitere Anträge gestellt wurden, erklärte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Heibrich die Beweis-aufnahme für geschlossen und vertagte die Fortsetzung der Verhandlung auf nächsten Dienstag. In der nächsten Woche können nur am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Sitzungen stattfinden. Am Dienstag wollen die Staatsanwaltschafts-Beck und Rufsal die Anklage begründen und die Strafanträge stellen, am Donnerstag werden Justizrat Bronner und Rechtsanwält Berthauer sprechen, am Sonnabend wird das Plaidoyer des Justizrats Dr. Sello beginnen und am Montag fortgesetzt werden, ihn wird sich das Plaidoyer des Rechtsanwalts Leonh. Friedmann anschließen. Die Verhandlungen in der nächsten Woche finden, da beide Schörrichterfälle anderweitig besetzt sind, im Saale 128—130 statt.

Ein *Gerichtshof wegen Befangenheit abgelehnt.* Vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I stand gestern Termin zur Verhandlung in einer Anklage wegen Verbreitung einer unächtigen Schrift gegen den Redakteur der „Welt am Montag“, Max Ludwig, und die Schriftstellerin Dorothea Goebeler an. Es handelt sich um einen in der „Welt am Montag“ veröffentlichten Artikel des Fräulein Goebeler, welcher unter der Ueberschrift „Unter Freundinnen“ Enthüllungen über das Treiben gewisser Frauenkreise machte. — Den Vorsitz im Gerichtshof führte Landgerichtsdirektor Langner, der Angeklagte Ludwig wurde vom Rechtsanwält Dr. Rosenstod, Fräulein Goebeler vom Rechtsanwält Hugo Caro verteidigt. Vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses überreichte der Verteidiger des Angeklagten Ludwig in dessen Auftrag einen Ablehnungsantrag, in welchem die vier Beisitzer Landgerichtsrat Busch, Landrichter Ahlne, Landrichter Fabrici und Amtsrichter Dr. Freitag wegen Befangenheit abgelehnt werden. Der Ablehnungsantrag stützte sich darauf, daß diese vier Richter bei dem kürzlich gegen Dr. Korn in der Lehrersache ergangenen Urteile mitgewirkt haben, und daß das dieser Tage zugestellte Erkenntnis einige gegen die „Welt am Montag“ gerichtete Sätze enthalte, die den Verdacht der Befangenheit rechtfertigen. — Rechtsanwält Caro erklärte, daß sich seine Klientin dem Ablehnungsantrage nicht anschließen. — Der Vorsitzende erklärte sich außer Stande, plötzlich vier andre Richter zur Entgegennahme der Erklärungen der vier abgelehnten Beisitzer zur Stelle zu schaffen. Infolgedessen beantragte Staatsanwält Meyer die Vertagung der Verhandlung und der Gerichtshof beschloß diese.

Ein *Kollektionsprozeß.* Freigesprochen wurde gestern der Schrift-seher Schiller, der sich gegen die Anklage, unbefugt eine Kollekte veranfaßt zu haben, vor dem Schöffengericht zu verantworten hatte. Er hatte für die ausgesprochene Weber in Grimmschau gesammelt. Da die Sammlung aber nur in einem Lokal vorgenommen war, konnte der Gerichtshof nicht zu der Ansicht kommen, daß die Anklage sich begründen lasse; Schiller wurde daher freigesprochen.

Verurteilte Sittenlos. Das hiesige Schöffengericht verhandelte Donnerstag die Privatklage des Schriftstellers Paul-Charlottenburg gegen den Vorstand des hiesigen Vereins zur Hebung der öffentlichen Sittlichkeit, der anlässlich einer Besprechung von Pauls Roman: „Madonna im Rosenbusch“ im „Hamburgischen Korrespondenten“ an eine Anzahl hiesiger Einwohner ein Rundschreiben erlassen und in den „Hamburger Nachrichten“ ein „Eingeländ“ veröffentlicht hatte, durch welches der Kläger sich beleidigt fühlt. Sämtliche Vorstandsmitglieder wurden wegen Beleidigung durch das Rundschreiben zu je 25 M., wegen des Artikels in den „Hamburger Nachrichten“ zu je 25 M. Geldstrafe verurteilt. Dem Kläger wurde die Publikationsbefugnis im „Hamburgischen Korrespondenten“, den „Hamburger Nachrichten“ und einer von dem Beklagten auszuwählenden deutschen Tageszeitung zugesprochen.

Verfammlungen.

Zweiter Wahlkreis.

Der Socialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag bei Habel in der Vergammsstraße seine Generalversammlung ab, die sehr zahlreich besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Mitglieder Salamon und Efferts. Dann gab der Vorsitzende Werner

den Vorstandsbericht über die seit der Neuwahl verfloffenen fünf Monate. Der Vorstand war hauptsächlich für den Ausbau der Organisation thätig, die bekanntlich in der Generalversammlung vom 9. Februar umgestaltet worden ist. Bis jetzt haben 2000 Mitglieder die neuen Mitgliedsbücher erhalten. Der Verlauf der Zahl-abende hat noch nicht die darauf gesetzten Hoffnungen erfüllt. Der Redner forderte die Genossen auf, an den Zahlabenden Berichte von ihren Bezirksführern zu verlangen und anregende Diskussionen herbeizuführen. Die äußere Agitation hatte gute Erfolge. Für den „Vorwärts“ wurden 500 neue Abonnenten gewonnen, wovon, wie das ja gewöhnlich geschieht, ein Teil wieder verloren ging, so daß schließlich eine Steigerung der Abonnentenzahl um ca. 300 übrig blieb. Das eigentümliche Verhalten der Polizei bei der Flugblatt-verbreitung für die streifenden Bäder hat im zweiten Wahlkreise einem Genossen ein Strafmandat von 30 M. eingetragen. Die Pflanzzeitung wurde im Kreise in 4100, die Reisezeitung in 4200, die Prospektüre mit den Herrenhausreden in 3800 Exemplaren verbreitet. Hinsichtlich der Veranstaltung von Versammlungen konnte nicht ganz nach der im Statut vorgesehenen Regel verfahren werden. Außer den Bezirksführern und kleinen Versammlungen wurden vier Agitationsversammlungen abgehalten. Vorstandssitzungen fanden 12 statt, in denen hauptsächlich über die Kleinarbeit beraten wurde. Der Vorstand mußte sich auch mit einigen unangenehmen Angelegenheiten befassen. In Sachen des Genossen Eralsam kam der Vorstand zu dem Schluß, daß es sich um eine private Angelegenheit handelt, und erklärte, daß die Sache für ihn erledigt sei. Ferner sah sich der Vorstand veranlaßt, eine genaue Nachprüfung der Geschäftsführung des früheren Kreis-Vertrauensmannes, des Genossen Scholz, vorzunehmen. Der Redner gab eine genaue Darstellung des ganzen Sachverhalts, aus der hervorging, daß die Gerüchte über Unterschlagungen und dergleichen durchaus unbegründet sind. Auch die Revisionen trifft keine Schuld, da sie die Revision ordnungsgemäß vorgenommen haben, aber infolge der Eigenart der Buchführung den Fehler nicht zu entdecken vermochten. Es ist jetzt ein andres System der Abrechnung eingeführt worden. Der Vorstand ist auf Grund seiner Untersuchungen zu folgendem Beschluß gekommen:

„Der Vorstand hat Veranlassung genommen, die Geschäftsthatigkeit des Genossen Scholz während seiner dreijährigen Thätigkeit als Vertrauensperson einer Nachprüfung zu unterziehen. Diese Untersuchung hat ergeben:

Es sind Einnahmeposten gar nicht oder unter andern Datum verbucht gefunden. Andererseits ist auch ein Ausgabebetrag vorhanden und nicht gebucht worden. Nachdem vom Vorstand die gar nicht oder an anderer Stelle gebuchten Einnahmen mit den Ausgaben geordnet und verrechnet worden sind, hat sich ein Fehlbetrag von 95,15 M. ergeben.

Der Vorstand ist nach eingehender Beratung unter Berücksichtigung der Verhältnisse, unter denen Genosse Scholz die Geschäfte der Partei geführt hat; vermehrte Arbeit sowie größere Einnahmen und Ausgaben während der Wahlzeiten 1903 (Reichstags-, Landtags- und Stadtverordneten-Wahlen) zu der Ansicht gelangt, daß eine absichtliche Verrechnung des Genossen Scholz nicht vorliegt. Aus diesem Grunde war der Vorstand zu dem Entschluß gekommen, der Generalversammlung vorzuschlagen, den Fehlbetrag von 95,15 M. dem Genossen Scholz als außerordentliches Managelgeld zu verrechnen. Genosse Scholz hat in der Vorstandssitzung erklärt, daß er diesen eventuellen Vorschlag des Vorstandes nicht annehmen wolle; er sei vielmehr bereit, den ganzen Fehlbetrag zurückzuerstatten. Indem der Vorstand der Generalversammlung von dem Ergebnis der Verhandlung Kenntnis giebt, überläßt er die endgültige Entscheidung der Generalversammlung des Kreises.“

Die Generalversammlung erklärte sich nach längerer Debatte einstimmig mit dem Entschluß des Vorstandes einverstanden. Genosse Scholz gab im Laufe der Debatte nochmals die Erklärung ab, daß er den Fehlbetrag ersetzen wolle.

Der *Kassenbericht*, den der Kassierer Schmidt gab, erstreckt sich auf die Zeit vom 5. Februar bis zum 31. Mai. Die Einnahmen beliefen sich, einschließlich eines alten Bestandes von 137,10 M., auf 7871,13 M.; die Ausgaben, darunter 636 M. für Agitation und 4759,35 M. an die Parteikasse, auf 7593,67 M., so daß 277,46 M. Kassenbestand verblieben. Der zweite Kassierer Lohse hatte 1578,50 M. Einnahmen und 1562,65 M. Ausgaben zu verzeichnen. — Den Kassierern wurde einstimmig Decharge erteilt.

Veranlaßt durch einige vom Genossen Kuske vorgebrachte Beschwerden über Mangel an Versammlungen und geeigneten Vorträgen, erklärte Genosse Werner, daß in nächster Zeit eine Bezirksführerversammlung sich gründlich mit diesen Fragen befassen werde. Die Mitglieder sollten aber dafür sorgen, daß dergleichen Wünsche dem Vorstande bekannt gegeben würden, so werde der Vorstand alles aufbieten, um sie zu berücksichtigen.

Hierauf berichtete Genosse Meyer von der *Preß-Kommission*. Er erwähnte zunächst, daß der Genosse Wiltner als Redakteur und Genosse Jülle an seiner Stelle als Korrektor im „Vorwärts“ angestellt worden ist. Bei der Abstimmung über die Gehaltsbedingungen in der Expedition hat sich der Redner entsprechend der Stimmung im Kreise der Stimme enthalten. Hinsichtlich des Planes, die gesamte Expedition des „Vorwärts“ zu centralisieren, hat die Preßkommission die Geschäftsleitung beauftragt, rednerische Aufstellungen zu machen. Bezüglich der viele nBeschwerden über die Berichterstattung von Versammlungen weist der Redner auf die Schwierigkeit hin, die mit diesem Teil des „Vorwärts“ verbunden sind, und erklärt, daß mit der Zeit wohl eine gründliche Umänderung getroffen werden müsse. Des weiteren wandte sich der Redner gegen die mit den taktischen Auseinandersetzungen verbundenen persönlichen Streitereien im „Vorwärts“ und sprach sich dafür aus, daß, wenn wieder mit den persönlichen Erklärungen begonnen werde, die Genossen bei Zeiten energisch dagegen Front machen müßten. — In der kurzen Debatte, die sich an den Bericht knüpfte, stellte Genosse Emmersch den Antrag, der Vorstand solle darauf hinwirken, daß der Abonnementspreis des „Vorwärts“ auf 1 M. herabgesetzt werde. Der Antrag fand jedoch keine Unterstützung, nachdem von einigen Genossen auf den großen Ausfall hingewiesen wurde, der damit verbunden sein würde. — Als Mitglied der Preßkommission wurde Genosse König (Buchdrucker) gewählt. — Sodann wurde auf Antrag des Vorstandes beschloffen, ein Komitee zur Arrangierung von Freizeittagen einzusetzen, das bis zum November 1905 im Amte bleiben soll. Es wurden hierzu die Genossen Röder, Herzog, Hinz, Röderich, Dähne und Heilmann gewählt. Sie sollen das Komitee unter Hinzuziehung des ersten Kassierers bilden. — Schließlich wurde der Vorstand auf Antrag des Genossen Silberschmidt beauftragt, in kürzester Zeit eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, die sich mit der Frage der Reichsorganisation der Partei befassen soll, mit einem Referat über dieses Thema.

Das erste Spelafschuß

des „Reichsverbandes gegen die Socialdemokratie“.

Eine stürmische *Strahenhändler-Versammlung* wurde am Donnerstag in Drafels Festsälen abgehalten. Veranstalter war dieselbe von einem Redakteur Komoll, der auch als Referent auftrat. Zweck der Versammlung sollte sein, einen neuen *Strahenhändler-Verein* zu gründen, der „frei von jeder Politik, ohne Geschäftigkeit gegen behördliche Maßnahmen, nicht fordernd, sondern hütend die weitere Duldung des Strahenhändels erstreben möge“. Wie der Referent später angab, sieht er im Dienste „des Reichsverbandes gegen die Socialdemokratie“, von dem ihm auch Gelder zur Gründung und zum Ausbau der zu schaffenden „neuen Organisation“ zur Verfügung gestellt seien. Die Versammlung war jedoch überwiegend von Mitgliedern des „Vereins zielbewußter Händler“ besucht, die in der geplanten Neugründung mit einem Versuch zur Zerspaltung der Strahenhändler in verschiedene Vereine sahen und demgemäß gegen den Referenten Stellung nahmen. Gleich nachdem der erste Diskussionsredner gesprochen hatte, wurde gegen nur fünf Stimmen eine Resolution angenommen, die sich entschieden gegen jeden Zerspaltungsvorschlag aussprach und betonte, daß die Versammlung nur in dem bereits bestehenden Verein die einzig richtige Interessenvertretung der Strahenhändler erblickt. Bei der Aussprache kam es mehrfach zu stürmischen Szenen, so daß

einer Auflösung der Versammlung nur durch schnelle Verlegung vorgehen werden konnte.

Da in der Debatte auch von einer „socialdemokratischen Tendenz“ des bestehenden Vereins gesprochen wurde, so warnte ein Redner davor, irgend einer Parteiirrtümlichkeit Einfluß auf den Verein einzuräumen.

Es sei zwar aus der Munde eines Elefanten gemacht worden, doch lasse sich nicht leugnen, daß ein socialdemokratischer Stadtverordneter sich in einer sehr ungeschöner Weise über den Straßenhandel geäußert habe.

Die Debatte wurde unter andauernder Lärme der Versammlung erst nach 1 Uhr nachts beendet. In seinem Schlusswort erklärte der Redakteur Komoll, er als moralischer Urheber der Versammlung komme sich unter den allgemeinen Angriffen auf seine Bestrebungen einfach wie ein „Handtuch“ vor; er müsse sagen: diese Versammlung habe man ihm gründlich „vermasselt“.

Genosse Antzid schreibt uns zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen: Es ist un wahr, daß ich zu der Straßenhändler-Deputation in einem ironischen Tone geredet habe.

Nichtig ist dagegen nur, daß ich den Herren ganz im Vertrauen meine persönliche Erfahrung mitgeteilt habe, die ich bei den verschiedenen Händlern beim Einkauf von Obst z. z. gemacht habe.

Wichtig ist dagegen nur, daß ich den Herren ganz im Vertrauen meine persönliche Erfahrung mitgeteilt habe, die ich bei den verschiedenen Händlern beim Einkauf von Obst z. z. gemacht habe.

Ich habe nicht gefagt, ich sei gegen den Straßenhandel, sondern ich bin gegen die Beschränkung des Straßenhandels, wie das die neue Polizeiverordnung will. Ich habe ferner nicht gefagt, wenn ich der Polizeipräsident wäre, würde ich den Straßenhandel verbieten, sondern ich habe gefagt: Wenn der Polizeipräsident eine strenge Kontrolle über das Verwiegen der Waren im Straßenhandel ausüben lassen würde, daß dann ein Teil des Straßenhandels verschwinden würde.

Das wurde mir auch ohne weiteres von den Herren zugegeben. Ich habe schließlich der Deputation den Rat gegeben, selbst gegen die unläuterer Elemente in diesem Verufe vorzugehen, damit nicht die Polizei auf andern Wege eine Beschränkung des Straßenhandels vornehme.

Nachdem ich den Herren weiter ganz ungewöhnlich erklärt habe, daß ich alles thun werde, um sie vor Schäden zu bewahren, wundert mich um so mehr, unter Mißbrauch des ihnen dargebrachten Vertrauens, in einer solchen Weise von ihnen angegriffen zu werden.

Pankow. Der hiesige socialdemokratische Verein hielt am 14. d. M. seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Benno Raab einen Vortrag über „Unser Parteiprogramm“ hielt.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. d. 29. Hamburg). Filiale Berlin 4. Sonnabend, den 18. Juni, abends 9 Uhr, bei der Korfowall, Andreasstr. 26: Mitgliederversammlung.

Filiale Rixdorf. Sonnabend, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstr. 151: Versammlung. Tagesordnung: Berichterstattung von der Generalversammlung und Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung.

In der humanistischen Gemeinde, Niederwallstr. 12, in der Aula der Friedrich-Werderschen Ober-Realschule, hält am Sonntagvormittag 10 1/2 Uhr Herr Dr. Rudolf Wenig einen Vortrag über: „Frauenberuf.“

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 19. Juni, vorm. 8 1/2 Uhr, in der Schul-Aula, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. „Freireligiöse Vorlesung.“

Briefkasten der Redaktion.

N. in Reinickendorf. Der Krankenassenbericht eignet sich leider nicht zum Abdruck.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 M.

Witterungsübersicht vom 17. Juni 1904, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Barometere, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp., and 8 columns for the following day.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 18. Juni 1904. Warm und vielwolke beiter bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Todes-Anzeige. Am Donnerstag, den 16. Juni, morgens 5 1/2 Uhr, entschlief nach langen schweren Leiden unsere liebe, gute Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Tante Johanna Oehwat geb. Uffmann im 76. Lebensjahre.

Verhand der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Filiale Berlin.

Todes-Anzeige. Am 17. Juni verschied plötzlich am Gehirnschlag unser Verbandskollege Albert Hiltmann.

Centralverein für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. (Filiale Berlin.)

Centralverein für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. (Filiale Berlin.)

Centralverein für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. (Filiale Berlin.)

Centralverein für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. (Filiale Berlin.)

Centralverein für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. (Filiale Berlin.)

Centralverein für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. (Filiale Berlin.)

Central-Verband d. Zimmerer Deutschlands. Zahlstelle Berlin u. Umgegend.

Emil Schulz im Alter von 25 Jahren. Ehre seinem Andenken!

Emil Mattern im 61. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahrt.

August Mann. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres Vaters, Schwiegers und Großvaters.

Central-Franken- u. Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

Central-Franken- u. Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

Central-Franken- u. Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

Central-Franken- u. Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

Central-Franken- u. Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

Central-Franken- u. Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

Partei-Organisationen und Gewerkschaften empfehlen wir für ihre Mitglieder die Anschaffung folgender Schriften zu Vorzugspreisen:

Leihhaus Friedrichstr. 191 D Ecke Karlstrasse.

Anzüge schon von 8 Mt. an bis 30 Mt. Hochseleg. Gehrock-Anzüge.

Leihhaus Friedrichstr. 191 D Ecke Karlstrasse.

Anzüge schon von 8 Mt. an bis 30 Mt. Hochseleg. Gehrock-Anzüge.

Leihhaus Friedrichstr. 191 D Ecke Karlstrasse.

Anzüge schon von 8 Mt. an bis 30 Mt. Hochseleg. Gehrock-Anzüge.

Leihhaus Friedrichstr. 191 D Ecke Karlstrasse.

SPREE-HAVEL Stern Dampf-Schiffahrt-Gesellschaft. Heute abend (den 18. Juni): Große Mondschein-Promenadenfahrt.

Paul Hilperts Restaurant u. Garten Halensee, Kurfürstendamm 126.

Rahnsdorfer Mühle Paradiesgarten. Bahnstation Rahnsdorf 10 Min. v. Bahnhof Herlich am Balde u. Riggelsee geleg. Gr. schattig. Garten.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Seebensee. Hermann Peter. Telefon: Grönu No. 29.

O wie schön! Carl Buttendorff, Institut für Präzisions-Optik.

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.

Das Beste "APENTA" Feiner Bitterwasser.

Ostbahn-Park. Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71. Hermann Imbs.

Club-Haus 72. Kommandanten-Strasse No. 72. Jeden Sonntag: 54892 Großer Ball.

Stiefe Herren-Filzhüte in grau und braun. 5310L* feine Qualität m. Atlasfutter.

Dr. Schönemann Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden.

Nathan Wand, 129 Faltherstr. 129. Die schönsten Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu. sowie speziell Monats-Garderobe.

Nathan Wand, 129 Faltherstr. 129. Die schönsten Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu. sowie speziell Monats-Garderobe.

Kinderwagen neu! hochlegant! unverwundlich und bequemer als je.

Kranz- u. Blumenbinderei von H. Eckert, 98. Rottbuser Damm 98.

Kranz- und Blumenbinderei von L. A. Trothe, Wrangelstr. 11, Markthalle IX, Stand 251/252, Eisenbahnstraße. 46142

